

Teil B

Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin

Seiten B 1– B 50

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten B 1 – B 4)

- 01)** Bezirksstadtrat: Senatsfinanzverwaltung blockiert Maßnahmen aus dem Sondervermögen Bund
- 02)** Gedenken an den kroatischen Dichter Marko Marulić am 18. August 2026
- 03)** Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer

➤ **Steglitz-Zehlendorf** (Seiten B 5 - B 7)

- 01)** Interkulturelles Fest auf dem Hermann-Ehlers-Platz am 11.11.2026
- 02)** Sommer Dankesfest würdigt Engagement von Ehrenamtlichen im Bezirk – „Baum der Wünsche“ setzt starke Impulse für die Zukunft

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten B 8 – B 10)

- 01)** Industriekultur in Tempelhof-Schöneberg erleben: Aktionstag lädt zu Entdeckungstouren durch den Bezirk ein
- 02)** Studie 60+: Ihre Meinung zählt!

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin** (Seiten B 11 – B 50)

- 01)** Auf der Suche nach der richtigen Alternative. Von Ed Koch
- 02)** Geschichte im Kiez. Von Ed Koch
- 03)** KW 35 (24. bis 30.08.2026). Von Ed Koch
- 04)** FDP greift Bürgermeister Oltmann an
- 05)** Totalversagen. Von Ed Koch
- 06)** Ausgebremste Jugend: Auf dem Radweg wie im Ehrenamt / Wahlhilfe. Von Ed Koch
- 07)** Man kann nicht alles wissen. Von Ed Koch
- 08)** CDU droht ALEX TV mit Fördermittelentzug während einer laufenden Sendung

- 09)** Wahlhilfe. Von Ed Koch
- 10)** Mehr Farbe ins Stadtbild
- 11)** KW 34 (17.08. bis 23.08.2026). Von Ed Koch
- 12)** Die Stachelschweine. DAS politische Kabarett in Berlin. Von Ed Koch
- 13)** Festival der Riesendrachen. Von Ed Koch
- 14)** GASAG Kunstpreis 2016. Gewinnerin Jeewi Lee stellt in Berlinischer Galerie aus
- 15)** Was ist geschehen? Lesermeinungen
- 16)** Kein Wohnraum für junge Menschen: Berlin braucht dringend eine Jugendquote
- 17)** Was ist geschehen? Von Ed Koch
- 18)** KW 33 (10.08. bis 16.08.2026) Teil 2 – Die SPD. Von Ed Koch
- 19)** KW 33 (10.08. bis 16.08.2026) Teil 1 – Die Zweitstimme. Von Ed Koch
- 20)** Verlorenes Vertrauen. Von Jannik Rubick
- 21)** Wählen gehen!!!
- 22)** Bleihaltig. Von Ed Koch
- 23)** Russen enteignen. Von Ed Koch
- 24)** KW 32 (03.08. bis 09.08.2026) Teil 2. Von Ed Koch
- 25)** KW 32 (03.08. bis 09.08.2026) Teil 1. An Banalitäten nicht zu überbieten. Von Ed Koch

B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten B 1 – B 50**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten B 1 – B 4)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Bezirksstadtrat: Senatsfinanzverwaltung blockiert Maßnahmen aus dem Sondervermögen Bund

Pressemitteilung vom 27.08.2026

Mit dem Sondervermögen Bund sollen in Berlin dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur ermöglicht werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat vier wichtige Maßnahmen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf abgelehnt, bevor diese dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorgelegt wurden. Der Bezirk kritisiert den Eingriff der Senatsfinanzverwaltung und warnt vor monatelanger Verzögerung wichtiger Investitionen.

1. Schwammschulhöfe

Fünf Schulhöfe sollten saniert und zu Schwammschulhöfen umgebaut werden. Regenwasser sollte bei Starkregen nicht mehr in die Kanalisation abgeleitet, sondern auf dem Gelände zurückgehalten und versickert werden. Das Projekt war von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) ursprünglich für eine Förderung aus europäischen Mitteln vorgesehen. Aufgrund fehlender Landes-Kofinanzierung wurde es letztlich jedoch nicht berücksichtigt. Die notwendige Kofinanzierung sollte nun aus den Mitteln des Sondervermögens abgesichert werden. Insgesamt könnten rund 12 Millionen Euro in die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur investiert werden, davon rund 40 Prozent aus EU-Mitteln.

2. Regenwassermanagement im Preußenpark

Das Regenwasser der landeseigenen Gebäude an der Württembergischen Straße soll nicht mehr in die Kanalisation eingeleitet sondern über eine Zisterne gesammelt und zur Bewässerung des Preußenparks genutzt werden. Derzeit wird hierfür Trinkwasser verwendet. Das Vorhaben ist ökologisch sinnvoll und rechnet sich langfristig auch finanziell: Sowohl Kosten für die Einleitung des Regenwassers in die Kanalisation als auch Trinkwasserkosten können eingespart werden.

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf und die BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) haben im Juni 2025 bereits eine Grundsatzvereinbarung für eine grundstücksübergreifende Lösung zur Regenwasserbewirtschaftung unterzeichnet.

[<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1572304.php>]

Auch dieses Projekt war von der SenMVKU ursprünglich für eine Förderung aus europäischen Mitteln vorgesehen, scheiterte jedoch an der fehlenden Landes-

Kofinanzierung. Die Landes-Kofinanzierung sollte nun aus den Mitteln des Sondervermögens abgesichert werden. Insgesamt könnten rund 10 Millionen Euro zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur investiert werden, wovon 40 Prozent von der EU kämen. Eigenmittel der BIM und des Bezirks sind jeweils in den dortigen Haushalten verankert.

3. Aufwertung des Yva Bogens

Der Yva Bogen direkt am Bahnhof Zoologischer Garten sollte neugestaltet und zu einem attraktiven Eingangsbereich des Quartier zwischen Bahnhof und Ernst-Reuter-Platz aufgewertet werden. Die Planung wurde bereits aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) der Senatsverwaltung für Wirtschaft finanziert. Aufgrund der dort vorgenommenen Kürzungen konnte jedoch keine Umsetzungsfinanzierung mehr über GRW realisiert werden. Die Umsetzung sollte nun aus dem Sondervermögen finanziert werden. Gerade an einem derart zentralen Ort ist der derzeitige Zustand aus Sicht des Bezirks nicht länger hinnehmbar.

4. Umbau der Barstraße

Die Barstraße soll zu einem dauerhaften klimaangepassten Markt und Aufenthaltsbereich umgestaltet werden. Ziel ist es, einen zentralen und attraktiven Ort für verschiedene Verkaufsveranstaltungen im Freien zu schaffen. Die Finanzierung des eigentlichen Umbaus übernimmt der Bezirk. Aus dem Sondervermögen sollten lediglich die zusätzlichen Kosten für die notwendige Verlegung der BVG-Haltestelle finanziert werden.

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger:

„Die Streichung dieser Maßnahmen aus der dem Hauptausschuss vorgelegten Liste greift massiv in die Entscheidungskompetenz des Bezirks ein. Das Parlament erhält nicht die Möglichkeit, über die Notwendigkeit einzelner Vorhaben politisch zu urteilen. Stattdessen entscheidet die Finanzverwaltung vorab, welche Projekte überhaupt zur Beratung und Entscheidung gelangen. Dabei geht es um zentrale Investitionen in die Infrastruktur, die auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit reagieren: Sie passen Schulen und öffentliche Räume an das Klima an, halten Regenwasser vor Ort, sparen Trinkwasser und steigern die Aufenthaltsqualität. Der Sommer hat erneut gezeigt, wie wichtig ein vorausschauender Umgang mit Wasser und Infrastruktur ist. Hitze und Trockenheit belasten die Wasserressourcen, häufiger Starkregen überfordert die Kanalisation.

Auch der Zustand des öffentlichen Raums erfordert Investitionen. Wie sehr Stadt und Menschen unter einem vernachlässigten Erscheinungsbild leiden, zeigt sich täglich – und spiegelt sich in zahllosen Beschwerden wider. Umso unverständlicher ist es, dass gerade solche Maßnahmen gestrichen werden, bevor das Parlament über ihre Notwendigkeit und Priorität entscheiden konnte.

Der Hauptausschuss tagt in dieser Wahlperiode letztmalig am 2. September. Maßnahmen, die dort nicht freigegeben werden, sind faktisch für die nächsten acht bis neun Monate nicht mehr umsetzbar. Die Aufträge können auch nicht dazu beitragen, das Wirtschaftsleben zu beleben. Senator Stefan Evers hat nur noch wenige Tage Zeit, die Fehlentscheidung seiner Verwaltung aufzuheben.“

Im Auftrag
Räsch

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

02) Gedenken an den kroatischen Dichter Marko Marulić am 18. August 2026



© BACW

Pressemitteilung vom 14.08.2026

Anlässlich des Gedenkens an den kroatischen Schriftsteller Marko Marulić legen Vertreter der kroatischen Botschaft und die Beauftragte für Städtepartnerschaften des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf am **Dienstag, 18. August 2026, um 10 Uhr** Blumen an der Marko-Marulić-Statue auf dem Julius-Morgenroth-Platz (vor dem Bürgeramt, Hohenzollerndamm 177) nieder.

Marko Marulić wurde am 18. August 1450 in Split geboren und lebte dort bis zu seinem Tod im Jahr 1524. Er gilt als einer der bedeutendsten Intellektuellen der europäischen Renaissance. Sein vielseitiges Werk umfasst theologische und philosophische Schriften sowie zeitgeschichtliche Berichte. Obwohl Marulić die meisten seiner Werke auf Latein verfasste, schrieb er auch wichtige Werke auf Kroatisch und einige auf Italienisch.

Seit 56 Jahren verbindet Split und den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf eine Städtepartnerschaft. Zum 30-jährigen Jubiläum dieser Partnerschaft im Jahr 2000 schenkte Split gemeinsam mit der Deutsch-Kroatischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg und der Kroatischen Gemeinde Berlin dem Bezirk eine Bronzestatue von Marulić. Der Schriftsteller gilt als Vater der kroatischen Literatur.

Im Auftrag
Ludewig

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

03) Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der Berliner Mauer



© BACW

Pressemitteilung vom 10.08.2026

Anlässlich des 65. Jahrestages des Mauerbaus erinnern die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung, Judith Stückler, und Bezirksstadtrat Simon Hertel am **Donnerstag, 13. August 2026**, an die Opfer von Mauer und Teilung. **Um 16 Uhr** legen sie am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz einen Kranz nieder.

Simon Hertel, Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit:

„Der 13. August erinnert uns daran, welche Folgen die Teilung Deutschlands für Millionen Menschen hatte. Familien, Freundschaften und Lebenswege wurden durch die Mauer getrennt. Das Gedenken an die Opfer der deutschen Teilung mahnt uns, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte niemals als selbstverständlich anzusehen.“

Judith Stückler, Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung:

„Erinnerung bedeutet Verantwortung. Indem wir an die Opfer der Berliner Mauer und der deutschen Teilung erinnern, halten wir ihre Geschichten lebendig und stärken zugleich das Bewusstsein dafür, wie wertvoll eine offene, demokratische Gesellschaft ist. Diese Verantwortung tragen wir auch gegenüber den kommenden Generationen.“

Im Auftrag
Ludewig

Kontakt

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

Steglitz-Zehlendorf (Seiten B 5 – B 7)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Interkulturelles Fest auf dem Hermann-Ehlers-Platz am 11.11.2026

Pressemitteilung vom 01.09.2026

Miteinander in Vielfalt – Ein Zeichen für Zusammenhalt

Am Freitag, den **11. September, ab 15 Uhr**, lädt das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf zum 11. Interkulturellen Fest auf den Hermann-Ehlers-Platz ein. Das Fest bildet den Auftakt der Interkulturellen Wochen (11.09.–02.10.2026) und steht in diesem Jahr unter dem Motto „Miteinander in Vielfalt“.

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg erklärt: „Mit dem Fest und den Interkulturellen Wochen setzen wir ein klares Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen Diskriminierung in Steglitz-Zehlendorf.“

Das Interkulturelle Fest bietet eine lebhafte Mischung aus Kultur, Information und Begegnung. Im Bühnenprogramm unterhalten Künstler*innen mit Musik, Slam Poetry und Tanz – kuratiert durch das Projekt „Mosaik – Erzähl- und Begegnungswerkstatt“. Auf einem „Markt der Möglichkeiten“ präsentieren bezirkliche Initiativen, Migrant*innenorganisationen und Anlaufstellen ihr Engagement für Teilhabe in der Migrationsgesellschaft. Spannende Mitmach-Aktivitäten für Kinder und Erwachsene sowie kulinarische Köstlichkeiten runden das Fest ab.

Gabriele Rosenstreich, die Bezirksbeauftragte für Partizipation und Integration, betont: „Eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Sie lebt davon, dass wir sie aktiv gestalten und verteidigen.“

Während der **Interkulturellen Wochen vom 11. September bis zum 2. Oktober** bieten Organisationen und Initiativen in Steglitz-Zehlendorf rund **50 weitere Veranstaltungen** mit vielfältigen Möglichkeiten für Begegnung, Austausch und Solidarität.

Termin: Freitag, 11.09.2026 15.00 – 19.00 Uhr

Ort: Hermann- Ehlers-Platz (S+U Rathaus Steglitz)

Eintritt: frei

Veranstaltet von: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, Beauftragte für Partizipation und Integration, E-Mail: integration@ba-sz.berlin.de, Tel: 030- 90299-6217

Weitere Informationen:

Interkulturelles Fest (11.09.2026): <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.1691880.php>

Interkulturelle Wochen (11.09.-02.10.2026): <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/artikel.1691881.php>

02) Sommer Dankesfest würdigt Engagement von Ehrenamtlichen im Bezirk – „Baum der Wünsche“ setzt starke Impulse für die Zukunft

Pressemitteilung vom 25.08.2026

Der **Seniorenservice Steglitz-Zehlendorf (Amt für Soziales)** blickt auf ein gelungenes Sommer-Dankesfest zurück. Am 24.08.2026 wurden die vielfältigen Leistungen der **über 300 Ehrenamtlichen, die sich in den Freizeitstätten, in den Suppenküchen sowie im Gratulationsdienst für ältere Bürgerinnen und Bürger engagieren** gewürdigt. Sie schaffen persönliche Momente der Nähe, stärken den sozialen Zusammenhalt und beleben die Nachbarschaften im Bezirk.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden 32 Ehrenamtliche besonders ausgezeichnet – unter anderem mit einer Auszeichnung in Gold, Silber und Bronze. Gold steht für 30 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit und besondere Verlässlichkeit.

Das Fest zeigte eindrucksvoll, wie wertvoll dieses Engagement ist: Ehrenamtliche schenken Zeit, Zuwendung und Kompetenz – oft im Hintergrund. Die öffentliche Anerkennung stärkt Motivation und Bindung an die Einrichtungen des Bezirks.

Ein Höhepunkt war der „**Baum der Wünsche**“. Die Teilnehmenden konnten ihre Ideen, Bedürfnisse und Visionen für das freiwillige Engagement im Bezirk auf Wunschkärtchen festhalten. Viele Beiträge betonten die Bedeutung persönlicher Kontakte, niedrigschwelliger Angebote und kreativer Beteiligungsformate zur Stärkung von Gemeinschaft und zur Vorbeugung von Einsamkeit.

Der **stellvertretende Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat Tim Richter** nahm den Baum zusammen mit der **Leitung im Amt für Soziales Ayse Adam** mit ins Rathaus Lankwitz. Die Impulse werden gemeinsam mit dem Seniorenservice ausgewertet und fließen in die Weiterentwicklung der Angebote ein.

Tim Richter ist beeindruckt: „Das Sommer-Dankesfest zeigt eindrucksvoll, wie stark das Ehrenamt unseren Bezirk trägt. Die vielen Menschen, die sich im Seniorenservice, in den Freizeitstätten und in den im Gratulationsdienst engagieren, schaffen Nähe, Verlässlichkeit und Gemeinschaft“, **so Richter**. „Der ‚Baum der Wünsche‘ hat uns wertvolle Hinweise gegeben, wie wir das Ehrenamt weiter stärken und gemeinsam mit den Engagierten neue Wege gehen können.“

„Im Amt für Soziales ist das Ehrenamt ein tragender Pfeiler unserer Arbeit. Ohne die vielen Engagierten könnten wir die Angebote für ältere Menschen nicht in dieser Breite und Qualität anbieten“, **freut sich Ayse Adam**. „Gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen: steigende Bedarfe, begrenzte finanzielle Spielräume und die Aufgabe, neue Formen des Engagements zu entwickeln. Der Seniorenservice hat sich in den vergangenen Jahren stark weiterentwickelt – und die Rückmeldungen aus dem ‚Baum der Wünsche‘ helfen uns, diesen Weg gemeinsam fortzusetzen.“

Das Sommer-Dankesfest wurde in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Steglitz-Zehlendorf durchgeführt, die eine zentrale Rolle bei der Gewinnung, Beratung und Begleitung von Ehrenamtlichen spielt.

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 875 vom 03.09.2026

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich dazu eingeladen, sich ehrenamtlich zu engagieren. **Weitere Informationen** zum Ehrenamt sind unter <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/seniorenservice/> abrufbar.

Ergänzend gibt es persönliche Einblicke in das Ehrenamt in **Folge 60 unseres Podcasts Amtsplausch**: [Hier klicken](#):

https://soundcloud.com/user-330132404/060-einblicke-in-die?utm_source=clipboard&utm_medium=text&utm_campaign=social_sharing

03) „Umstrittene Würdigung“ - Neue Schilder am Hindenburgdamm, Weddigenweg und in der Gallwitzallee informieren über die Namensgeber der Straßen

Pressemitteilung vom 25.08.2026

Diskussionen um Straßennamen hat es spätestens seit der Gründung Groß-Berlins 1920 immer wieder gegeben. Die großen Umbrüche der deutschen Geschichte haben wiederholt (Um)Benennungswellen und -debatten nach sich gezogen. Manche Würdigung vergangener Zeiten erscheint Jahrzehnte später in einem anderen Licht.

Drei Beschlüssen der **Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf** folgend, werden Ende August an drei Straßen des Bezirkes Schilder zur historischen Einordnung der jeweiligen Namensgeber errichtet. Den Beschlüssen vorausgegangen waren Diskussionen um **eine Umbenennung des Hindenburgdammes und der Gallwitzallee**, die vom Bezirksparlament mehrheitlich abgelehnt wurde. In Reaktion auf die Diskussionen und den Wunsch einer historischen Einordnung der namensgebenden Persönlichkeiten hat der **Fachbereich Kultur** ein **einheitliches Schildersystem** entworfen, das vor Ort über die Hintergründe der Straßenbenennung, die Vita der Namensgeber und heutige Kritikpunkte an der Würdigung informiert. Die einordnenden Texte wurden von renommierten Historikerinnen und Historikern verfasst.

Das neue bezirkliche System zur Kontextualisierung von Straßennamen wird am **Freitag, den 28. August 2026 um 16 Uhr** im Rahmen des Sommerfestes des am Weddigenweg gelegenen **Goethe-Gymnasiums** der Öffentlichkeit übergeben. **Das Sommerfest findet von 15-18 Uhr auf dem Schulhof des Gymnasiums statt (Drakestr. 72-74, 12205 Berlin).**

Ansprechpartnerin für die Presse: Dr. Christiana Brennecke

Tel: [030-90299-4516](tel:030-90299-4516)

E-Mail: christiana.brennecke@ba-sz.berlin.de

Weitere Informationen unter: www.berlin.de/kultur-steglitz-zehlendorf

Tempelhof - Schöneberg (Seiten B 8 – B 10)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281
pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Industriekultur in Tempelhof-Schöneberg erleben: Aktionstag lädt zu Entdeckungstouren durch den Bezirk ein

Pressemitteilung Nr. 362 vom 01.09.2026

Am **Sonntag, 20. September 2026**, beteiligt sich Tempelhof-Schöneberg mit dem Aktionstag „**Industriekultur in Tempelhof-Schöneberg**“ am Festival der Berliner Industriekultur. Gemeinsam mit dem Berliner Zentrum Industriekultur (bzi) und weiteren Partnern lädt das Bezirksamt dazu ein, die Industriegeschichte des Bezirks an außergewöhnlichen Orten zu entdecken. Das Festival findet vom **12. September bis 4. Oktober 2026** statt und macht mit mehr als 100 Veranstaltungen das industrielle Erbe Berlins erlebbar.

Unter dem Motto „**Vergangenheit bewahren – Zukunft gestalten**“ öffnen zahlreiche Orte im Bezirk ihre Türen und gewähren spannende Einblicke in die industrielle Entwicklung Tempelhof-Schönebergs. Besucher erwartet ein abwechslungsreiches Programm mit Führungen, Ausstellungen, Sonderöffnungen und Bustouren, das die Geschichte des Bezirks auf vielfältige Weise erlebbar macht.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann erklärt:

„Tempelhof-Schöneberg ist reich an Orten, die die industrielle Entwicklung Berlins bis heute prägen. Mit dem Aktionstag möchten wir diese Geschichte sichtbar machen und zeigen, wie eng Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Bezirks miteinander verbunden sind. Ich lade alle Berliner und unsere Gäste herzlich ein, diese besonderen Orte zu entdecken und Tempelhof-Schöneberg aus einer neuen Perspektive kennenzulernen.“

Ein besonderer Höhepunkt des Aktionstags sind **drei historische Doppeldeckerbusse**, die als kostenlose Hop-on-Hop-off-Shuttles im Halbstundentakt zwischen den Veranstaltungsorten verkehren. Ergänzend werden geführte Bustouren mit Anmeldung angeboten, bei denen Experten spannende Einblicke in die Industrie-, Architektur- und Stadtgeschichte des Bezirks geben.

Zu den Stationen des Aktionstags zählen die **BSR-Hauptwerkstatt** mit Führung über das Gelände und durch das Depot, der **THF TOWER** und der **Flughafen Tempelhof**, die **Fliegersiedlung Gartenstadt Neu-Tempelhof** mit ihrem historischen Flachbunker, der **Schwerbelastungskörper**, das **Depot des Museums für Kommunikation Berlin**, der **Natur Park Südgelände** sowie die **ufaFabrik**. Die Veranstaltungsorte stehen exemplarisch für die vielfältige Industriekultur Tempelhof-Schönebergs – von Verkehr und Infrastruktur über Kommunikation und Stadtreinigung bis hin zu Architektur, Stadtentwicklung und der nachhaltigen Umnutzung historischer Industrieareale.

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 875 vom 03.09.2026

Viele Programmpunkte sind kostenfrei. Für einzelne Führungen und Sonderveranstaltungen ist aufgrund begrenzter Teilnehmendenzahlen eine vorherige Anmeldung erforderlich.

Weitere Informationen zum Aktionstag, zum Programm sowie zu den Anmeldemöglichkeiten finden Interessierte auf der Seite des Berliner Zentrum Industriekultur [„Industriekultur in Tempelhof-Schöneberg“](#).

Das vollständige Festivalprogramm ist ebenfalls auf der [Internetseite des Berliner Zentrum Industriekultur](#) abrufbar.

Kontakt:

Wirtschaftsförderung

Helen Herold

- Tel.: [\(030\) 90277-3019](tel:030902773019)
- [E-Mail](mailto:h.herold@ba-ts.berlin.de) h.herold@ba-ts.berlin.de

02) Studie 60+: Ihre Meinung zählt!

Pressemitteilung Nr. 343 vom 21.08.2026

Repräsentative Befragung von Menschen über 60 Jahre startet

Um einen Überblick über die Lebenssituation der Generation 60+ zu erhalten, führt die Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit gemeinsam mit der Altenhilfeplanung eine anonyme und repräsentative Befragung durch. Ziel der Studie ist es, im weiteren Prozess anhand der Ergebnisse zielgenaue Strategien und Maßnahmen abzuleiten, die die Lebensqualität und Selbständigkeit der Menschen im Bezirk aufrechterhalten oder steigern.

10.000 zufällig ausgewählte Menschen über 60 Jahre mit Wohnsitz im Bezirk Tempelhof-Schöneberg erhalten demnächst einen Fragebogen zugesandt – das ist nahezu jede zehnte Person über 60 Jahre.

Der Fragebogen umfasst die Themenfelder Wohnen und Wohnumgebung, Mobilität und Aktivität, Soziale Beziehungen, Gesundheit, Pflegebedürftigkeit, Pflege von An- und Zugehörigen, Mediennutzung sowie Wissen um Beratungsstellen und Vorsorge.

Die Befragten erhalten den Fragebogen in Form einer Broschüre mit Fragen zum Ankreuzen. Das Rückporto übernimmt der Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Außerdem kann der Fragebogen online auf Deutsch sowie in fünf weiteren Sprachen (Englisch, Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch) ausgefüllt werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, Unterstützung beim Ausfüllen zu erhalten. Der Antwortzeitraum geht bis 4. Oktober 2026.

Weitere Informationen zur Studie 60+ sind auf der [Webseite der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit](#) zu finden.

Oliver Schworck, Bezirksstadtrat für Jugend und Gesundheit:
„Gute Lebensbedingungen für Menschen ab 60 Jahren liegen mir sehr am Herzen,

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 875 vom 03.09.2026

insbesondere die gesundheitliche und pflegerische Versorgung. Daher bitte ich Sie um Ihre Teilnahme an unserer Studie. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für ein lebenswertes, in die Zukunft gerichtetes Tempelhof-Schöneberg für die Generation 60+.“

Matthias Steuckardt, Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Soziales und Senioren:

„Um die bezirkliche Altenhilfe auf die Bedarfe der Menschen hin auszurichten, gehen wir den Weg der Beteiligung und befragen Menschen ab 60 Jahren zu ihrer Lebenssituation. Ich freue mich über Ihre Teilnahme.“

Die Befragung wird aus Mitteln der partizipativen Landespflegestrukturplanung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege finanziert.

Kontakt:

Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit

Gesundheits- und Sozialberichterstattung
Dr. Thomas Stein

- Tel.: [\(030\) 90277-1624](tel:030902771624)
- [E-Mail an Herrn Stein](mailto:stein@ba-ts.berlin.de) stein@ba-ts.berlin.de

Koordinatorin für die Gesundheit älterer Menschen
Katja Wohner

- Tel.: [\(030\) 90277-6519](tel:030902776519)
- [E-Mail](mailto:wohner@ba-ts.berlin.de) wohner@ba-ts.berlin.de

Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland,
Schwerpunkt Berlin (Seiten B 11 – B 50)

01) Auf der Suche nach der richtigen Alternative. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 653-011. September 202651. Jahrgang

Auf der Suche nach richtigen Alternativen

Gespalten ist unsere Gesellschaft nicht, sondern aufgeteilt wie eine Torte. Die Zeiten sind vorbei, in denen es die Union auf der einen und die SPD auf der anderen Seite gab, und die FDP als „liberales Korrektiv“ und Mehrheitsbeschaffer der beiden damals noch großen Parteien.

Eine Auswahl zu haben, ist natürlich schön, an der Fleisch- oder Käsetheke genauso wie in der Politik. Niemals wird im Bundestag oder Abgeordnetenhaus eine Partei allein die Mehrheit haben, nicht an der Anzahl der Mandate und erst recht nicht prozentual. Auch die Alleinregierung der SPD im Saarland ist ein Auslaufmodell, das Haltbarkeitsdatum endet am 18. April 2027. Eine mögliche Alleinherrschaft der AfD in Sachsen-Anhalt nach dem 6. September wird hoffentlich nie zu einem Modell.

Von der AfD, die zwar den Namen Alternative im Namen trägt, in Wahrheit aber keine ist, einmal abgesehen, sitzen im Bundestag Altparteien, ganz alte wie CDU, CSU und SPD und in die Jahre gekommene wie die Grünen und die Linke. Alle haben ihre Stammwähler, da kann kommen, was will. Die schwankende Masse der Wechselwähler entscheidet aber letztlich die Wahlen. In Berlin gibt es unterschiedliche Gründe, aus denen man die etablierten Parteien nicht wählen möchte, nicht wählen kann. Somit lohnt ein Blick auf jene, die im Balken *Sonstige* verschwinden.

Eine dieser kleinen Parteien sticht im Berliner Wahlkampf, vor allem wegen ihrer Präsenz im Stadtbild, hervor. Und nicht nur das, auch wegen ihrer intelligenteren Sprüche, als sie auf den anderen Plakaten zu finden sind. Unwissend wie ich bin, schreckte mich anfangs das Wort **unfuck** ab, bis ich bei Google nachfragte und lernte, dass es *im Netzjargon, eine völlig verfallene Situation oder ein kaputtes System wieder in Ordnung zu bringen* bedeutet. Das passt doch zu Berlin wie die berühmte Faust aufs Auge. Auf einem Plakat steht die ToDo-Liste, was alles in Ordnung gebracht werden muss, und das ist nicht wenig, was die Alt-Parteien uns hinterlassen haben.

Die Rede ist von **Volt**, einer Partei, die allein schon deshalb sympathisch ist, weil sie sich zu Europa bekennt. Das machen andere auch, aber nicht in dieser starken Ausrichtung und mit dem Blick auf andere europäische Städte, in denen für unsere Probleme schon Lösungen gefunden wurden. Wir haben uns mit **Anna Auerbach**, der Spitzenkandidatin von

Volt verabredet. Gleich um die Ecke von der Kulturbrauerei im Pankower Ortsteil Prenzlauer Berg befindet sich das Partei-Büro.



Foto: Ed Koch

Die europäische Bewegung Volt wurde im März 2017 gegründet, der deutsche Ableger folgte im März 2018 als Reaktion auf den Brexit und wachsendem Rechtspopulismus.

„Es läuft dieses Jahr bei Volt in vielen deutschen Städten. In München und Frankfurt am Main kam die noch immer junge Partei bei den Kommunalwahlen im März auf fast fünf Prozent der Stimmen. In Darmstadt waren es sogar fast zehn Prozent, womit die Partei die AfD hinter sich ließ. Ergebnisse, von denen das Volt-Spitzenpersonal in Berlin bislang nur träumen kann. Bei den letzten beiden Wahlen zum Abgeordnetenhaus landete man nur bei etwa einem Prozent.“ Zitat: Berliner Morgenpost 29.08.2026

Noch sind also die Erfolge in Berlin überschaubar, was sich ja von Wahl zu Wahl ändern kann. Auf kommunaler Ebene in Berlin würden schon drei Prozent reichen, um in eine Bezirksverordnetenversammlung zu kommen. 0,9 Prozent bei der Abgeordnetenhauswahl 2023 ist mager, aber steigerungsfähig. Auf BVV-Ebene waren es im Durchschnitt 1,8 Prozent. In Reinickendorf greift Volt-Kandidat **Sascha Hellwig** in einem sicheren CDU-Wahlkreis an und zeigt Präsenz mit Plakaten und persönlichem Einsatz. „Aus meiner Sicht habe ich gute Chancen, in meiner Nachbarschaft das Direktmandat zu gewinnen. Deswegen haben wir auch in viele Plakate investiert“, sagt Hellwig in einem Interview der **Berliner Morgenpost**.

Anna Auerbach sammelte als Schülerin erste politische Erfahrungen bei den Jusos der SPD. Sie wandte sich schnell wieder ab: „Die extrem Ideologie basierte Partei hat mich total gestört. Ich hatte sehr

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann: stillbrand*
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

früh das Gefühl, dass das nicht zum Ziel führt und dass es keine Basis für eine sinnvolle Politik ist. Wir sehen es in Berlin, dass die ideologischen Grabenkämpfe zu nichts führen. Die Grünen sind immer für die Radfahrenden, die CDU immer für die Autos, und am Ende haben wir kein Verkehrskonzept, alle stehen im Stau und der Verkehr ist unsicher."

Links	Mitte	Rechts
5 4 3 2 1	1 2 3 4 5	

X

Wir haben **Anna Auerbach** gebeten, dort ein Kreuz zu setzen, wo sie ihre Partei verortet sieht. Mehr Mitte geht nicht. „Volt ordnet seine Maßnahmen nicht nach links oder rechts ein. Wir schauen, ob es eine Evidenz basierte pragmatisch sinnvolle Lösung ist und dann unterstützen wir die.“, sagt sie selbstbewusst.

„Wir sind die einzige Partei, die sich von den ideologischen Grabenkämpfen entfernt. Die einzige Partei, die auf pragmatische Lösungen baut. Wir haben keinen ideologischen Ballast. Wir sind eine europäische Partei und bringen die besten Lösungen aus ganz Europa nach Berlin. Wir schauen, wo etwas schon funktioniert. Immer wieder aus Steuergeldern eine Expertenkommission bei null anfangen zu lassen, die etwas erfindet, was halb so gut ist wie das, was woanders schon gilt, weil man dort schon aus Fehlern gelernt hat. Es ist ein einfaches Modell, das andere Parteien nicht anwenden.“

Auf einem Flyer ist vermerkt, wo bei welchem Thema schon Lösungen gefunden wurden:

- Wohnen – siehe Wien
- Ämter – siehe Dänemark
- Bildung – siehe Frankreich
- Wirtschaft: Gründen, ohne dass du dafür tausend Formulare, drei Leben und eine Steuerberatung mit Nervenkostüm brauchst. Mit einem Gründungshub wie in München
- Nahverkehr – siehe Nürnberg
- Sauberkeit – siehe Barcelona

„Volt ist die einzige sozialliberale Partei.“

„Ich halte es für schwierig, dass wir gar keine liberale Partei mehr im Parlament haben, insbesondere eine sozialliberale Partei. Wir brauchen eine Partei, die die Wirtschaft versteht und die Menschen nicht zurücklässt.“

Digitalisierung sei das zentrale Thema, das keine andere Partei, „außer uns“, kompetent besetzt. „Alle Probleme, die wir in Berlin haben, lassen sich auf mangelnde Digitalisierung zurückführen. Wenn wir dieses Problem nicht angehen, ist es nur symptom-

doktern an den Problemen.“ Harsche Kritik übt die Spitzenkandidatin an der CDU. Der Vorgang um den Posten des Chief Digital Officer ist peinlich, das sieht auch **Anna Auerbach**. „Herr Wegner hat die Digitalisierung zur Chefsache erklärt. Ich finde es extrem erschreckend, dass er es in den drei Jahren nicht geschafft hat, die E-Akte in der eigenen Senatskanzlei umzusetzen, geschweige denn in der gesamten Verwaltung.“

Meinem Einwand, dass es bei der Verwaltungsreform zumindest gelungen ist, schnelle Termine bei den Bürgerämtern zu bekommen, widerspricht **Anna Auerbach**. „Dass jetzt schnellere Termine bei den Bürgerämtern buchbar sind, hat mit der Verwaltungsreform nichts zu tun. Wegner hat einfach schnell hundert neue Leute eingestellt. An der Struktur hat das nichts verändert.“

Anders als bei den Alt-Parteien schaut **Volt** vornehmlich auf die Qualifikation von Bewerbern und muss keine alt-gedienten Parteimitglieder berücksichtigen, bei denen es nicht um Kompetenz geht.

„Durch die Nicht-Lösungen, die die etablierten Parteien anbieten, wird die AfD immer weiter gestärkt. Der Ausweg aus diesem Dilemma muss eine neue Politik sein, die den Menschen wieder Vertrauen zurückgibt. Ich erkenne bei keiner der etablierten Parteien, wenn wir nur auf Berlin schauen, dass das gelingen wird. Alle vier Parteien waren in Regierungsverantwortung und wir können uns den Zustand der Stadt anschauen. Wir wissen exakt, was ohne eine neue Partei im Parlament in den beiden möglichen Regierungskonstellationen passieren wird. Wenn wir den Menschen das Vertrauen zurückgeben, dass Politik auch anders gemacht werden kann, dann können wir sie auch wieder von den extremen Rändern in die Mitte zurückholen.“

„Ich finde es geradezu absurd, dass die SPD mit Mietenwahnsinn stoppen wirbt und die Linke mit Enteignungen, damit wir endlich das Mietenproblem in den Griff bekommen. Wer war für den Verkauf der landeseigenen Wohnungen zuständig, wer war in Verantwortung, warum haben wir dieses politische Dilemma? Das wird komplett totgeschwiegen. Ich würde von SPD und Linke erwarten zu sagen, wir haben verbockt und reparieren es wieder. Stattdessen stellen sie sich hin und tun so, als seien andere daran schuld.“ (Anm.d.Red.: Zumindest **Klaus Wowereit** hat sich entschuldigt).

Anna Auerbach steht gemeinsam mit **Paul Loeper** an der Spitze der Landesliste von **Volt**. Die Partei stellt in allen 78 Wahlkreisen Kandidaten. Mit Anna Auerbach sprach Ed Koch



Nr. 653-01

1. September 2026

51. Jahrgang

Das Wahlprogramm von Volt

[https://voltdeutschland.org/storage/assets-berlin/pdf/policy-wahlprogramm-2026/wahlprogramm-\(last_edited_5-8-2026\).pdf](https://voltdeutschland.org/storage/assets-berlin/pdf/policy-wahlprogramm-2026/wahlprogramm-(last_edited_5-8-2026).pdf)

Wahlprogramme der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien

<https://cdu.berlin/wofuer-wir-stehen>

<https://spd.berlin/wahlprogramm/>

<https://gruene.berlin/wahlprogramm>

<https://dielinke.berlin/wahlprogramm/>

<https://afd.berlin/abgeordnetenhauswahl/>

Ohne die Kleinen

Während sich die schon im Parlament vertretenen Parteien im **rbb** dem Wahlvolk vorstellen können, erhalten offenbar die kleineren Parteien diese Chance nicht. Das ist ungerecht. Der **rbb** hätte genügend Möglichkeiten, auch den Kleinen eine Bühne zu bieten. Der **rbb** verfügt über zwei Kanäle, die lediglich um 19:30 Uhr und 21:45 Uhr für die Regionalsendungen für Berlin und Brandenburg getrennt genutzt werden. Möglich wäre, auf dem Berliner Kanal auch die kleinen Parteien vorzustellen. Und selbst bei den größeren, für die sich die Brandenburger auch nicht interessieren, könnte auf dem zweiten Kanal das reguläre Programm für die Brandenburger und die Berlin-Muffel laufen, z.B. zum tausendsten Male die 30 schönsten Orte von wo auch immer oder die 50 größten Schlager der 80er. **Meines Erachtens kommt der rbb seinem Programmauftrag nicht nach.**

Trotz dieser Kritik informieren wir Sie natürlich über die geplanten Sendungen:

„Ihr Plan für Berlin, Frau / Herr ...?“

Montag, 7. September, bis Freitag, 11. September, 22.15 - 22.35 Uhr

Wie soll Berlin in den kommenden Jahren aussehen? Welche Antworten haben die Parteien auf die drängenden Herausforderungen der Hauptstadt? Kurz vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus spricht Moderator **Volker Wieprecht** mit Spitzenkandidatinnen und -kandidaten. Die Gesprächsreihe bietet den Wählerinnen und Wählern die Gelegenheit, die Positionen der Parteien kennenzulernen.

Montag, 7. September: **Stefan Evers**, CDU

Dienstag, 8. September: **Elif Eralp**, Die Linke

Mittwoch, 9. September: **Steffen Krach**, SPD

Donnerstag, 10. September: **Werner Graf**, Grüne

Freitag, 11. September: **Kristin Brinker**, AfD

Samstag, 12. September: **Anna Auerbach**, Volt

Finde den Fehler! Preis: Eine Baustellenlampe.

Die junge Wahlarena von Fritz und rbb24:

„Berlin wählt – Ihr fragt. Politik antwortet.“

Dienstag, 8. September 2026, 20.15 - 21.45 Uhr

Erstmals dürfen bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Daher veranstalten das **rbb Fernsehen** und **Fritz vom rbb** zum ersten Mal eine Wahlarena, in der ausschließlich junge Kandidatinnen und Kandidaten auf Erstwählerinnen und -wähler treffen. Diskutiert werden Themen, die für junge Menschen in Berlin besonders relevant sind für ihren Alltag und ihre Wahlentscheidung. Moderation: **Selly Kahya** und **Leonie Schwarzer**

Zu Gast sind: *In alphabetischer Reihenfolge*

Alexander Bertram (AfD) (38) *Braunschweig

Philipp Hanschke (Volt) (20) *Stuttgart

Tamara Lüdke (SPD) (35) *München

Lukas Schaal (CDU) (36) *? Abi in Koblenz

Klara Schedlich (B'90/Die Grünen) (26) *Berlin

Niklas Schenker (Die Linke) (33) *Berlin

Finde den Fehler! Preis: Ein BVG Tagesticket ABC

Die rbb-Wahlarena: rbb24 Berlin wählt – Ihre Wahl. Ihre Fragen.

Mittwoch, 16. September, 20.15 - 22.00 Uhr

In der **rbb-Wahlarena** schildern Berlinerinnen und Berliner in Beiträgen und im Studio ihre Problemlagen – und die Spitzenleute aus der Berliner Landespolitik werden damit konfrontiert. Eingeladen sind die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten jener Parteien, die nach aktuellem Stand eine **realistische Chance haben**, in Fraktionsstärke in das Abgeordnetenhaus einzuziehen: *In alphabetischer Reihenfolge*

Kristin Brinker (AfD) *Bernburg Saale DDR

Elif Eralp (Die Linke) *München

Stefan Evers (CDU) *Herdecke NRW Ruhrgebiet

Werner Graf (B'90/Grüne) *Neumarkt Oberpfalz

Steffen Krach (SPD) *Hannover

Moderation:

Sascha Hingst und **Andrea Vannahme**

Anmerkungen:

Die Frage muss erlaubt sein: Wie sollen neue Parteien ins Parlament kommen, wenn sie nicht einmal eine „realistische Chance haben“, durch ein Massenmedium bekannt zu werden? So wird das nichts mit der Erneuerung unseres Landes, wenn wir nur auf die setzen, die jahrzehntelang gezeigt haben, wie man Fehler macht. Untergegangen ist Deutschland zum Glück nicht, es war ja auch nicht alles schlecht...

Ed Koch

02) Geschichte im Kiez. Von Ed Koch



Nr. 652-31

31. August 2026

51. Jahrgang

Geschichte im Kiez

Am 14. September 1980 bestiegen 46 Jugendliche und Erwachsene einen Bus und fuhren drei Stunden lang durch den damaligen Bezirk Tempelhof mit seinen Ortsteilen Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade. Zu sehen gab es eigentlich nicht das, was der Titel verspricht: Erkennbare Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof. Denn dort, wo Terror und Widerstand stattfanden, erinnerte damals wenig daran. Inzwischen gibt es an einigen Stellen Mahnmale und Gedenktafeln.

Dennoch war und ist immer noch diese Rundfahrt für die Teilnehmenden höchst interessant, weil sie ihre Fantasie spielen lassen müssen. Hier also wohnte dieser Widerstandskämpfer, hier war eine Kneipe, die von den Nazis überfallen wurde und in diesem Haus befand sich ein Folterkeller.

In monatelanger Kleinarbeit hatten sich Jugendliche aus dem Jugendclub Bungalow am Mariendorfer Damm mit den Zeitzeugen **Wolfgang Szepansky** (1910-2008) und **Emil Ackermann** (1902-1997) zusammengesetzt und Geschichtsforschung betrieben. 1980 standen keine Computer zur Verfügung und Google gab es noch nicht. In Büchereien und Archiven musste mühselig nach Spuren gesucht werden.

Szepansky und Ackermann saßen im KZ Sachsenhausen ein und leisteten im Rahmen ihrer Möglichkeiten Widerstand gegen das Nazi-Regime. Aus dieser Zeit kannten sie viele Menschen und Orte, die Eingang in die Rundfahrt fanden. Nach und nach entstanden knapp 40 relevante Ziele im Bezirk, die den kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und zivilgesellschaftlichen Widerstand zeigten.

Veranstalter der Rundfahrten war die **Arbeitsgemeinschaft Jugend in Mariendorf e.V.**, zu der auch der **Paper Press e.V.** gehörte, der später die Trägerschaft übernahm und bis heute innehat. Gern hätte die AG mit dem Jugendamt Tempelhof zusammengearbeitet. Das war jedoch nicht möglich, weil Ackermann und Szepansky aus dem kommunistischen Widerstand kamen, was für den CDU-Jugendstadtrat inakzeptabel war. Die linke Brandmauer der CDU gab es schon damals.

Anstatt mit der AG Jugend zusammenzuarbeiten und sich dem Projekt anzuschließen, musste der Sachbearbeiter für politische Bildung des Jugendamtes eine eigene Fahrt entwickeln. Auch bei dieser gab es Zeitzeugen, die allerdings während der Nazidiktatur nicht in Deutschland lebten. Die AG Jugend stellte trotzdem einen Antrag auf Sondermittel an die

Bezirksverordnetenversammlung zur Finanzierung einer Broschüre mit den Rundfahrtzielen. Auch das Jugendamt wollte für seine Fahrten eine Broschüre herausgeben. Die BVV bestand darauf, dass es nur eine Broschüre mit beiden Fahrten geben soll. Der Kompromiss, den Jugendamt und AG Jugend fanden, ist an Lächerlichkeit nicht zu überbieten. Es wurden zwei einzelne Broschüren gedruckt, mit einem Deckblatt versehen und in einem A5-Sichtordner abgeheftet. Dieses Werk mit den beiden Broschüren erhielten exklusiv die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Tatsächlich aber verteilte das Jugendamt auf seiner Fahrt nur seine Broschüren und die AG Jugend auf ihren Fahrten nur ihre Broschüren.

Der Vollständigkeit halber sollte noch erwähnt werden, dass von den Rundfahrten des Jugendamtes nur wenige stattfanden, während die der AG Jugend bzw. des* Paper Press e.V., gestern am 30. August, zum 70sten Male durchgeführt wurde. Die Broschüren zur Rundfahrt druckt heute im Rahmen eines Sponsorings das **PIEREG Druckcenter** in Marienfelde.

Von Anfang an hat die **Bruno- und Else-Voigt-Stiftung** mit ihrem Gründer und Vorsitzenden **Klaus-Dieter Schulz** die Rundfahrten finanziell unterstützt. Inzwischen haben die Gedenkstättenfahrt-Projekte des Paper Press e.V. auch die **STADT UND LAND Wohnbauten Gesellschaft**, die **Spielbank Berlin** und die **BBBbank** mit Zuwendungen bedacht. Und so werden hoffentlich auch in den nächsten Jahren die Rundfahrten durch Tempelhof und die Gedenkstättenfahrten nach Sachsenhausen stattfinden können.



Uwe Januszewski und Andreas Bräutigam am Gedenkort für das Außenlager des KZ Sachsenhausen in Lichtenrade.

Schon 1980 gehörte **Uwe Januszewski** federführend zu dem Kreis der Jugendlichen, die sich mit **Wolfgang Szepansky** und **Emil Ackermann** auf Spurensuche durch Tempelhof begaben. Er begleitete alle Fahrten und erklärte die historischen Zusammenhänge der einzelnen Stationen; bis kurz vor **Wolfgang Szepanskys** Tod gemeinsam mit ihm, seitdem allein. Die Stationen in Lichtenrade begleiteten **Ruth Zantow** oder **Andreas Bräutigam** von der **Projektgruppe Lichtenrade in der Berliner Geschichtswerkstatt**. Und traditionell enden die Fahrten vor dem Haus Schulenburg 2 in Nähe

50 paperpress seit 1976

Nr. 652-31

31. August 2026

51. Jahrgang

des Flughafens Tempelhof, in dem am 2. Mai 1945 der Befehl zur Kapitulation der Berliner Kampfverbände unterzeichnet wurde, was das Kriegsende für Berlin bedeutete. **Joachim Dillinger** erzählt seit 1980 die Geschichte dieses Hauses, in dem er lebt.



Joachim Dillinger und die Gruppe vor dem Haus Schulenburg 2 in Tempelhof. Fotos: Marlies Königsberg



Station am Erich-Hermann-Platz in Lichtenrade.



Joachim Dillinger, Wolfgang Szepansky, Uwe Januszewski, am 27. Oktober 2007 vor dem Haus Schulenburg 2. Es war die letzte Rundfahrt, an der Wolfgang Szepansky teilnahm. Foto: Ed Koch

Die Rundfahrt am 30. August war bis auf den letzten Platz ausgebucht, und es gab eine lange Warteliste. Die nächste Rundfahrt findet voraussichtlich im

September 2027 statt. Auch die Gedenkstättenfahrt nach Sachsenhausen Ende September ist seit langem ausgebucht, ebenfalls mit langer Warteliste. Wenn die Sponsoren weiterhin die Projekte unterstützen, wird es auch 2027 eine Rundfahrt und eine Gedenkstättenfahrt geben.



Am Gedenkort für das Außenlager des KZ Sachsenhausen, 27. Oktober 2007, Uwe Januszewski, Wolfgang Szepansky und Ruth Zantow. Foto: Ed Koch



30.08.2026: Die Gruppe der 70sten Rundfahrt an dem 1987 durch Volksbildungsstadtrat Klaus Wowereit eingeweihten Gedenkort (aus Eisenbahnschienen, Granit und Marmor) für das Außenlager des KZ Sachsenhausen in Lichtenrade, Bornhagenweg/Hanowsteig. Am 11. November 2024 wurde durch den stellvertretenden Bezirksbürgermeister Matthias Steuckardt eine ergänzende Info-Tafel eingeweiht.



Anhand des Stadtplans in der Broschüre konnten die Teilnehmenden, wie Marlies Königsberg, verfolgen, wo sie sich befanden. Foto: Karl-Heinz Kronauer

Was lehrt uns der Rückblick auf 46 Jahre Rundfahrtsgeschichte? Es macht nur bedingt Sinn, bei so einem Projekt mit der öffentlichen Verwaltung zusammenarbeiten zu wollen. Die NGOs der Zivilgesellschaft müssen es aus eigener Kraft schaffen. Bei einer Machtübernahme der als gesichert rechtsextremen Bestrebung geltenden AfD in Sachsen-Anhalt würde der Kampf gegen diese Zivilgesellschaft beginnen.

Ed Koch

03) KW 35 (24. bis 30.08.2026). Von Ed Koch



Nr. 652-30 30. August 2026 51. Jahrgang

KW 35

In meiner Wahrnehmung fand der größte Skandal in dieser Woche am Montag statt, als bei dem TV-Sender **ALEX** der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, vor laufender Kamera der Pressesprecher der Senatskanzlei, **Michael Ginsburg**, dem Sender drohte, dafür zu sorgen, dass ihm Fördergelder gestrichen werden. In der Sendung sollten die SPD und CDU-Politiker **Steffen Krach** und **Felro Badenberger** diskutieren. Da Badenberger im Abgeordnetenhaus unakkommodiert war, fand die Sendung nur mit Krach statt. Ginsburg forderte, die Sendung abbrechen und einen neuen Termin mit einem CDU-Politiker zu vereinbaren. Nach einer Stunde erschien dann doch noch die Justizsenatorin und der Sender zeichnete ein Gespräch mit ihr auf, das unmittelbar nach dem Gespräch mit **Steffen Krach**, einschließlich des Ausrasters von Ginsburg, am **Mittwoch, dem 2. September 2026, um 20:00 Uhr** bei **ALEX Berlin** zu sehen sein wird und anschließend in der Mediathek verfügbar ist.

Wahlhilfen

In dieser Woche gingen gleich vier Tools an den Start, die einem bei der Wahlentscheidung helfen sollen. Der **Wahl-O-Mat** der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, der **tool.party-check** der Uni Potsdam, der **sozial-o-mat** der Diakonie, und der **real-o-mat** von FragDenStaat. Der Wahl-O-Mat, sozusagen das Original, ist der einzige, bei dem man selbst die Parteien aussuchen kann, mit denen man seine Meinung verglichen haben möchte. Die anderen Tools zeigen automatisch die Parteien an, zu denen die eigene Meinung passt. Dabei scheint es, fallen die kleineren Parteien hinten runter.

In die Falle gelockt

Wer für die Auswahl der Schlösser zuständig ist, in denen Klausurtagungen des Bundeskabinetts stattfinden, wissen wir nicht. Vermutlich wird es das Kanzleramt sein. Bislang fanden die Tagungen im Gästehaus der Bundesregierung, Schloss Meseberg, 70 km nördlich von Berlin gelegen, statt. Diesmal ging es nach Neuhausen, ebenfalls 70 km von Berlin entfernt, nordöstlich gelegen. Und so wie es **Friedrich Merz** ankündigte, werden auch die künftigen Klausuren dort stattfinden.

Was kaum jemand wusste, vor allem **Lars Klingbeil** nicht, ist, dass hier 2003 und 2004 Kabinettsklausuren der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD) stattfanden. Das Schloss Neuhausen ist quasi der

Geburtsort der **Agenda 2010**. Werfen wir einen Blick zurück auf diese Agenda, die zum Trauma der SPD geworden ist.

Positive Auswirkungen (Wirtschaft und Arbeitsmarkt) Sinken der Arbeitslosenzahlen: Die Zahl der Arbeitslosen sank in den folgenden Jahren deutlich, und Deutschland bewältigte die damalige Massenarbeitslosigkeit.

Wettbewerbsfähigkeit: Durch die Stabilisierung der Lohnstückkosten und die Deregulierung des Arbeitsmarktes erholte sich die deutsche Wirtschaft, und die Exporte nahmen zu.

Flexibilisierung: Unternehmen erhielten neue Möglichkeiten, Arbeitskräfte einzustellen, unter anderem über die Zeitarbeit.

Negative Auswirkungen (Soziale Folgen) Ausweitung des Niedriglohnsektors: Es entstand ein großer Sektor für niedrig bezahlte Arbeit. Viele Menschen mussten trotz Vollzeitarbeit auf staatliche Aufstockungsleistungen (Hartz IV) zurückgreifen.

Prekäre Beschäftigung: Die Zahl befristeter Verträge und Leiharbeitsverträge nahm stark zu.

Soziale Spaltung: Kritiker betonen bis heute, dass die Reformen zu einer größeren Kluft zwischen Arm und Reich und zu mehr Altersarmut beigetragen haben. Quelle: KI-Antwort Google

Was für das Land und die Wirtschaft gut ist, muss nicht unbedingt für die SPD gut sein. 1998 erzielte die SPD mit **Gerhard Schröder** 40,9 Prozent. 2002 waren es noch 38,5. Nach der Agenda sank der Wert 2005 auf 34,2 (**Angela Merkel** wurde Kanzlerin) und 2009 auf 23 Prozent. 2013 gab es ein kleines Plus auf 25,7. 2017 ging es runter auf 20,5 Prozent. Dann kam der Laschet-Effekt 2021, **Olaf Scholz** holte 25,7 Prozent und lag damit knapp vor der Union. 2025, nach dem Scheitern der Ampel, folgte der Absturz auf 16,4 Prozent. Derzeit liegt die SPD in allen Umfragen bei zwölf Prozent.

An jenen Ort also, wo der Niedergang der SPD begann, lockte **Friedrich Merz** seinen Koalitionspartner, der die Historie des Schlosses nicht kannte, und in die Falle tappte. Darauf in der Pressekonferenz angesprochen, gab Klingbeil zu, von keinem Bezug zu Schröder gewusst zu haben. Merz: „Das hättest Du doch wissen müssen!“ Wer bereitet eigentlich die SPD-Minister auf solche Konferenzen vor?

Übrigens: Zu DDR Zeiten, von 1949 bis 1990, hieß Neuhausen Marxwalde, benannt nach **Karl Marx**. Prominentester Einwohner: **Sigmund Jähn**, erster Deutscher im Weltall.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Was noch?

Vor ein paar Tagen habe ich mit einem langjährigen Freund bei Gyros und Bier darüber nachgedacht, warum sich die Wähler von den Alt-Parteien abwenden und sich Besserung von einer Schein-Alternative erhoffen. Da sind wir sicherlich nicht die ersten, die sich diese Frage stellen.

Kann es sein, dass sich CDU, CSU und SPD, die seit 1949, also von Anfang an im Bundestag sitzen, einfach abgenutzt und keinen Weg zur Erneuerung gefunden haben? Vieles von dem, was schief läuft in diesem unserem Lande, kann man diesen Parteien anlasten, ob einstürzende Brücken, Sperrungen von wichtigen Verkehrswegen und natürlich die Probleme mit der Deutschen Bahn. Es zeigt sich 77 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, dass wenig in den Erhalt des Bestandes investiert wurde.



In Berlin müssen nun plötzlich überall die Wasserrohre erneuert werden, weil es immer häufiger zu Rohrbrüchen kommt - aktuell in der Dudenstraße - die monatelang die Straßen unbefahrbar machen. Der Verkehrsfunk am Morgen listet die Probleme auf. Überall muss repariert und Schäden beseitigt werden. Es ist doch nicht zu fassen, dass in Berlins Untergrund einhundert Jahre alte Wasserrohre liegen.

Da gab es keine Möglichkeit, diese im Laufe von knapp 80 Jahren Stück für Stück zu erneuern? Immerhin befinden sich fast alle Stromkabel inzwischen unter der Erde und schweben nicht mehr über unseren Köpfen. Bis 2031 sollen die Wasserrohre zwischen Körting- und Groß-Ziethener-Straße auf dem Mariendorfer und Lichtenrader Damm ausgetauscht werden. Auf sechs Kilometer führt der Verkehr nur einspurig pro Richtung an der Baustelle vorbei. Es staut sich von früh bis spät auf der B 96, eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen durch Berlin.

Jahrelanges Wegschauern fällt uns jetzt auf die Füße. Gravierend sind auch andere Fragen, die die Menschen direkt betreffen. Die FDP, derzeit weder im Bundestag noch im Abgeordnetenhaus vertreten, will helfen, vom Mieter zum Eigentümer zu werden. Für Normalverdiener, die kaum ihre aktuelle Miete bezahlen können, unerreichbar. Dass die Rente im Alter nur knapp oder gar nicht ausreichen wird, ist bekannt. Der Vorschlag, selbst etwas für die Altersvor-

sorge zurückzulegen, klingt gut, dazu muss am Ende des Monats aber etwas übrigbleiben.

Über die öffentliche Verwaltung zu meckern, ist oft berechtigt. Und schuld sind natürlich immer die Beamten. Wenn man ehrlich ist, funktioniert ja vieles dennoch, nur eben das, was nicht funktioniert, ist nicht wenig und belastend. Ohne Verwaltung und den öffentlichen Dienst ist kein Staat möglich. Ob es so viele Leute sein müssen, ist eine andere Frage. Vor allem sollten die teuren Führungsetagen abgespeckt werden. Zu viele Häuptlinge und zu wenig Indigene, formerly known as „Indianer“.

Jeder soll für seinen Job das Geld erhalten, das ihm zusteht. Was Berlin mit seinen Beamten gemacht hat, ist, wie wir nun wissen, verfassungswidrig. Sie sind zwischen 2008 und 2020* zu gering bezahlt worden. Wie kann das sein? Bis zu 7,2 Milliarden Euro müsste das Land nachzahlen. Bislang ist kein Cent ausgezahlt worden. Bis März 2027 hat das Bundesverfassungsgericht Berlin eine Frist gesetzt, die Sache aus der Welt zu schaffen. Finanzsenator **Stefan Evers** hat das am Donnerstag im Abgeordnetenhaus zugesagt, auch wenn er vielleicht gar nicht mehr zuständig sein wird.

*Zwischen 2008 und 2020 waren am Senat unter Führung der SPD auch CDU, Linke und Grüne beteiligt.

Das Urteil des Verfassungsgerichts gilt. Dennoch darf man fragen, ob dieses Urteil der Lebenswirklichkeit entspricht. Inzwischen bekommen die Beamten ihre korrekten Bezüge. Über die Höhe der Nachzahlungen sollte zumindest verhandelt werden können. Das Gesetz, das die Nachzahlung regeln soll, **Reparaturgesetz** zu nennen, kommt dem Eingeständnis gleich, einen Schaden angerichtet zu haben. Man hätte es auch **Beamtenbesoldungsanpassungsgesetz** nennen können. Nicht alles, übrigens, was einem zusteht, muss man in Anspruch nehmen. Anders verhält es sich bei einem Sportplatzwart, der bis heute nicht seine im April 2025 schriftlich zugesagte Gehaltserhöhung ausgezahlt bekommen hat? Was ist da los?

Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass die Betroffenen vom Politikversagen noch SPD, CDU, Grüne oder Linke wählen? Die Unzufriedenen werden sich umschauen und hoffentlich nicht auf das Abenteuer am rechten Rand einlassen. Es gibt genügend interessante Alternativen bei den kleineren Parteien, die unverbraucht sind. Die Altparteien hatten ihre Chance. Ihre Akkus sind leer und niemand weiß, wo das Aufladegerät steht. Sehr frei nach **Philipp Scheidemann** könnte man sagen: „Das Alte und Morsche ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue!“ Bloß, wer wird das sein?

Ed Koch

04) FDP greift Bürgermeister Oltmann an



Nr. 652-28

29. August 2026

51. Jahrgang

FDP greift Bürgermeister Oltmann an

Die **BZ** berichtete am 27. August über einen Vorgang aus dem Jahre 2019, als das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg das Vorkaufsrecht für drei Häuser in der Gleditschstraße anwandte. Zuständig war damals der heutige Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** (Grüne) in seiner Eigenschaft als Baustadtrat.

Die Wohnungen gingen an die Genossenschaft **Diese eG**, und die Mieter hätten die Möglichkeit gehabt, Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Oltmann soll die Mieter dazu aufgefordert haben.

Das hält der Spitzenkandidat der Bezirks FDP, **Axel Bering**, für „einen Skandal.“ Der BZ sagte er: „Die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen ist eine hochspekulative Geldanlage, die im Falle der Insolvenz zum Totalausfall der Geldanlage führen kann.“ Bering hält Oltmanns Verhalten für „Amtsmissbrauch“ und erklärt weiter: „Anlageempfehlungen für Hochrisikolösungen abzugeben, ist nicht Aufgabe eines Baustadtrates.“ Die FDP warnt: „Bei einer Insolvenz könnten die Genossenschaftsmitglieder Herrn Oltmann oder den Bezirk für ihren Verlust der Einlage in Regress nehmen.“

Oltmann widerspricht und erklärt gegenüber der BZ: „Ich habe keine Geldanlage empfohlen und keine vermittelt. Ich habe niemandem geraten, was sich für ihn finanziell lohnt, ich habe nichts verkauft und nichts daran verdient. Ich habe das Vorkaufsrecht wahrgenommen. Das ist ein Verwaltungsverfahren, kein Finanzgeschäft.“

Auf den BZ-Artikel reagierte **Reinhard Müller**, Chef des EUREF-Campus, mit einem Leserbrief, den wir nachfolgend ungekürzt wiedergeben.

Sie berichten über ein 2019 ausgeübtes Vorkaufsrecht des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg und die damit verbundene Aufforderung des seinerzeitigen Baustadtrats und heutigen Bezirksbürgermeisters an die Mieter, die sich für eine Beteiligung an der Verdrängung bedrohten, Genossenschaftsanteile zu zeichnen. Dies veranlasst mich zu einem klaren Widerspruch gegen die Kritik aus der FDP an Jörn Oltmann - auch wenn es sich ohnehin nur um Wahlkampfgetöse einer Kleinstpartei handelt.

Meiner Meinung nach war das Vorgehen uneingeschränkt im Interesse der betroffenen Mieter. Wer angesichts der Berliner Wohnungsnot politische Verantwortung übernimmt, darf nicht nur ambitionslos verwalten, sondern muss auch Lösungen aufzeigen. Herr Oltmann hat das Vorkaufsrecht des Bezirks

genutzt, um drei Häuser in der Gleditschstraße einer genossenschaftlichen Perspektive zuzuführen. Dass er anschließend bei den betroffenen Mietern dafür geworben hat, die hierfür erforderlichen Genossenschaftsanteile zu zeichnen, ist für mich kein Skandal, sondern Ausdruck ernstgemeinten politischen Engagements. Daraus eine unzulässige „Anlageempfehlung für Hochrisikolösungen“ zu konstruieren, halte ich für eine bemerkenswerte Überdehnung des Vorgangs. Berlin hat seit Jahren ein gravierendes Wohnungsproblem. Gleichzeitig ist die Eigentumsquote ausgesprochen niedrig. Gerade deshalb sind Modelle, die Mietern mehr wirtschaftliche Teilhabe ermöglichen, zu begrüßen.

Natürlich gilt: Eine Beteiligung an einer Genossenschaft ist keine risikofreie Geldanlage. Wie bei jeder wirtschaftlichen Beteiligung müssen Chancen und Risiken berücksichtigt werden. Daraus jedoch abzuleiten, ein Bezirksstadtrat dürfe sich nicht für ein solches Modell einsetzen, überzeugt mich nicht! Im Gegenteil: Ich wünsche mir, dass mehr Politiker den Mut haben, konkrete Lösungen zu unterstützen, anstatt sich im politischen Klein-Klein zu verlieren. Die Gleditschstraße zeigt, dass das Vorkaufsrecht mehr sein kann als ein theoretisches und sehr bürokratisches Instrument. Es kann genutzt werden, um Verdrängung entgegenzuwirken und Menschen die Chance zu geben, sich stärker mit ihrem Wohnraum zu identifizieren und daran wirtschaftlich teilzuhaben.

Wer hier ausschließlich auf mögliche Risiken verweist, sollte sich schlicht die Frage stellen, welche Alternativen es gibt. Das größte Risiko besteht aus meiner Sicht darin, dass trotz der Wohnungsnot immer wieder über Instrumente gestritten wird, ohne sie konsequent einzusetzen. Ich halte das damalige Vorgehen von Herrn Oltmann daher für nachahmenswert. Diejenigen, die sich für eine Beteiligung entschieden haben, haben aus meiner Sicht eine Möglichkeit wahrgenommen, die es in dieser Form nicht jeden Tag gibt.

Politik sollte Menschen nicht grundsätzlich davon abhalten, Verantwortung für ihre eigene Wohn- und Vermögenssituation zu übernehmen. Politik sollte vielmehr transparente Rahmenbedingungen schaffen und dort unterstützen, wo aus einer Idee ein tragfähiges Modell werden kann. Aus meiner Sicht hat Herr Oltmann genau das getan. Die Berliner Wohnungsfrage wird sich nicht durch politische Willensbekundungen lösen lassen. Sie braucht Mut - und konkrete Lösungen. Das Vorgehen in der Gleditschstraße war aus meiner Sicht eine solche konkrete Lösung.

1

05) Totalversagen. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 652-27

28. August 2026

51. Jahrgang

Totalversagen

Fassungslos habe ich mir gestern die Debatte um den Abschlussbericht zur so genannten Fördergeld-Affäre im Abgeordnetenhaus angetan. Maßnahmen zur Bekämpfung des in hohem Maße vorhandenen Antisemitismus in Berlin wurden in einer nie dagewesenen Weise diskreditiert. Grund dafür scheint ein Totalversagen der Kulturverwaltung zu sein.

Ein Staatssekretär und zwei Senatoren blieben auf der Strecke. Sinnvoll wäre aber wohl, die komplette Verwaltung auszuwechseln. Die Vorwürfe wiegen schwer. Sie hätte sich nicht damit zufriedengeben sollen, nur vor der hemdsärmeligen Vergabe von Fördermitteln zu warnen, sondern aktiv dagegen vorzugehen. Das Stichwort heißt „Remonstrations“. Das bedeutet die „Pflicht zum Einspruch gegen die Rechtmäßigkeit einer Anordnung.“ Adressat ist eigentlich der Vorgesetzte. Wenn von diesem allerdings die Anordnung ausgeht, müssten die nächsten Stufen der Hierarchie erklommen werden.

Mal ehrlich, welcher Mitarbeiter einer Verwaltung ist bereit, diesen Schritt zu gehen. In den Redebeiträgen wurde die Verwaltung heftig kritisiert, ihr allein die Schuld zu geben, greift aber zu kurz. 9,2 Millionen Euro hat der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses für 2026 und 2027 zur Verfügung gestellt. 2,65 Millionen davon sind nach Auffassung des Rechnungshofes rechtswidrig vergeben worden.

So gab es eine Vorfestlegung auf ausgewählte Projekte. Daran sollen Mitglieder der CDU-Fraktion beteiligt gewesen sein, was natürlich einen Eingriff in die Arbeit der Kulturverwaltung bedeutet. Außerdem soll das Auswahlverfahren nicht transparent gewesen sein, weil eine inhaltliche Prüfung oder eine Beteiligung der Fachjury für diese Mittel nicht stattfand.

Viel interessanter als dieser unsägliche Vorgang ist die Frage, was die Projekte bewirken. Auf die Frage an Google, ob die Wirkung dieser Projekte erkennbar ist, antwortet die KI: „Die Wirkung von Antisemitismus-Projekten ist schwer flächendeckend messbar, zeigt aber in der Praxis lokale und punktuelle Erfolge.“ „Antisemitische Vorfälle und Straftaten bleiben auf einem hohen Niveau oder steigen an. Das liegt oft an Krisen wie dem Nahostkonflikt oder der Verbreitung von Verschwörungsmythen im Internet. Ein Erfolg von Projekten wie Aufklärung an Schulen oder Beratungsstellen, führt nicht automatisch zu sinkenden Fallzahlen in der Kriminalstatistik. Oft bewirken sie das Gegenteil: Sie schärfen das Bewusstsein, sodass Betroffene Vorfälle häufiger melden. Festsitzende Vorurteile und sekundärer Antisemitismus

lassen sich durch kurzzeitige Workshops oder Bildungsformate schwer komplett auslöschen.“

Ist also die ganze Mühe, die sich gemeinnützige Organisationen machen, vergeblich. Immerhin wird für Betroffene Hilfe und Beratung angeboten. Das hilft heilen, verhindert aber nichts. „In der Jugendarbeit, an Hochschulen und in Behörden helfen Projekte dabei, antisemitische Muster und Codes (z. B. israelbezogenen Antisemitismus) überhaupt zu erkennen und zu benennen. Wissenschaftliche Begleitprojekte liefern wichtige Daten für Politik und Polizei, um Prävention zielgerichteter zu gestalten.“ Das ist fraglos wichtig, löst aber das Problem nicht.

So lange in bestimmten Familien der Hass auf Israel schon am Frühstückstisch thematisiert wird, und aufgehetzte Jugendliche das umsetzen, was sie meinen zu Hause gelernt zu haben, ändert sich nichts. Es muss viel früher angesetzt werden, schon in der Kindertagesstätte. Aber, gegen die Haltung der Eltern sind auch die Erzieher machtlos.

Drei Jahrzehnte war ich beruflich in der präventiven Jugendarbeit tätig und danach ehrenamtlich. Was hat es gebracht? Um Israel und die Juden zu verstehen, muss man an die Orte reisen, in denen sie millionenfach ermordet wurden, in die Konzentrationslager. An keiner dieser Fahrten, die der Paper Press e.V. angeboten hat, hat die Zielgruppe teilgenommen, die hätte erreicht werden müssen. Kein arabischer Jugendlicher war vermutlich jemals in Auschwitz.

Zugegeben, es fällt schwer, mit allem einverstanden zu sein, was die gegenwärtige israelische Regierung macht. Der illegale Siedlungsbau im Westjordanland ist nur ein Beispiel. Man kann auch darüber streiten, ob die Reaktion Israels nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 „angemessen“ oder „überzogen“ war. Wie würden Sie das als Jude sehen, egal wo sie leben?

Henryk M. Broder, gerade 80 Jahre alt geworden, schrieb in einem Beitrag für die **WELT**: „Die Idee der Zweistaatenlösung hat sich spätestens am Abend des 7. Oktober 2023 erledigt.“ Und: „Es ist vollkommen irrelevant, was die Juden tun oder nicht tun, das Ärgernis liegt darin, dass es sie gibt.“

Niemand muss alles gutheißen, was Israel macht, unberührt davon bleibt jedoch, dass Deutschland alles für das Existenzrecht dieses Staates tun muss. Das ist eine ewige Verantwortung, die wir uns selbst aufgebürdet haben. Die Kulturverwaltung und die Politik haben mit ihrem Unvermögen dem geschadet.

Ed Koch

06) Ausgebremste Jugend: Auf dem Radweg wie im Ehrenamt / Wahlhilfe.
Von Ed Koch



Nr. 652-26 27. August 2026 51. Jahrgang

Ausgebremste Jugend: Auf dem Radweg wie beim Ehrenamt

Junge Menschen bewegen sich vorwiegend zu Fuß, mit Fahrrad und E-Roller oder dem ÖPNV fort. Doch Berlin verschlechtert fortlaufend ihre Mobilität. Gleichzeitig müssen junge Ehrenamtliche ihr Deutschlandticket selbst finanzieren und zahlen beim fehlenden Verdienstausschlag drauf. Der **Landesjugendring Berlin** fordert daher vor der Berlin-Wahl sichere Radwege und bessere Bedingungen für junges Engagement.

Radwegausbau gestoppt, Tempo 30 einkassiert, Mobilitätsgesetz geschwächt: Berlin blockiert seine eigene Verkehrswende. Leidtragend sind dabei vor allem junge Menschen. Sie müssen sich vorwiegend auf lückenhaften, schlecht gewarteten und häufig blockierten Radwegen bewegen. „Wir brauchen endlich einen durchgängigen Radwegausbau“, sagt **Tilman Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. „Kinder und Jugendliche werden im Straßenverkehr zu wenig geschützt.“ Laut aktuellen Zahlen der Polizei wurden im ersten Halbjahr 2026 bereits 332 Kinder im Berliner Verkehr verletzt, ein Kind starb bei einem Unfall.

Ausgebremst werden junge Menschen zudem beim Ehrenamt: Wer sich engagiert, zahlt beim ÖPNV oft drauf, statt entlastet zu werden. In Berlin gibt es 2.806 Engagierte, die die Jugendleiter-Card „Juleica“ haben. 65 Prozent von ihnen sind zwischen 16 und 22 Jahren alt. Viele von ihnen nutzen das Deutschlandticket und fahren damit quer durch die Stadt, um Gruppen zu leiten, Veranstaltungen zu organisieren oder Ferienfahrten in ganz Deutschland zu betreuen. „Wer sich ehrenamtlich engagiert, sollte die 63 Euro im Monat fürs Deutschlandticket nicht selbst zahlen müssen“, sagt Weickmann. „Es kann nicht sein, dass Jugendleiterinnen und Jugendleiter dafür 765 Euro im Jahr ausgeben. Sie brauchen ein kostenloses Ticket.“

Auch wer sich für sein Ehrenamt in der Jugendarbeit vom Arbeitgeber freistellen lässt, zahlt in Berlin aktuell drauf: Einen Anspruch auf Freistellung vom Job für das Leiten von Seminaren oder Ferienfreizeiten gibt es zwar, jedoch ohne Lohnfortzahlung. „13 von 16 Bundesländern erstatten ihren Ehrenamtlichen den Verdienstausschlag. Berlin nicht“, sagt Weickmann. Der Landesjugendring Berlin fordert daher eine Berliner Regelung zur Erstattung des Verdienstausschlages. Gar keine Regelung gibt es nur in Berlin, Sachsen und im Saarland.

„Ob auf dem Rad oder im Ehrenamt: Wer jung ist, wird in Berlin gerade an zwei Stellen gleichzeitig ausgebremst und vergessen“, so Weickmann. „Auf beiden Feldern muss die Politik Lösungen anbieten, die die Bedingungen für junge Menschen verbessern.“

Über die Forderungen von „#WasFürUns: Berlin-Wahl ab 16“

Am 20. September 2026 wählt Berlin. Zum ersten Mal gilt Wahlalter 16. Etwa 780.000 junge Menschen zwischen sechs und 27 Jahren leben in Berlin. Das sind 21 Prozent der Stadtbevölkerung. Ihre Perspektiven spielen in der Politik leider zu selten eine Rolle. In den kommenden Wochen stellt der Landesjugendring Berlin daher seine jugendpolitischen Forderungen vor. Die 10 Forderungen wurden von 37 Berliner Jugendverbänden beschlossen, die zum Landesjugendring Berlin gehören. Die Themen: Wohnen, Mobilität, Jugendverbände und politische Bildung, Ehrenamt und die fehlende Jugendstrategie für Berlin.

<https://ljrberlin.de/sites/default/files/2026-05/Beschluss%2010%20jugendpolitische%20Forderungen%20zur%20Wahl%20des%20Abgeordnetenhauses%202026%20Landesjugendring%20Berlin.pdf>

Quelle: Landesjugendring Berlin

Wahlhilfe

Zwischenzeitlich kann man den ganzen Tag damit verbringen, herauszufinden, welche Partei zu einem passt.

Neben dem Wahl-O-Mat der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung gibt's drei weitere Frageportale:

<https://tool.party-check.org/index.php/335456>
der Uni Potsdam

<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2024/juli/sozial-o-mat-zur-wahl-in-brandenburg-thueringen-und-sachsen>
der Diakonie – betrifft auch Berlin

<https://real-o-mat.de/>
von FragDenStaat

Fragen zum Leben junger Menschen werden nicht gestellt. Der Autor dieser Anmerkung landet beim Selbstversuch aller Fragemaschinen immer wieder bei derselben Partei. Woran das wohl liegen mag?

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE19 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierag.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stillbrand
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

07) Man kann nicht alles wissen. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 652-26

26. August 2026

51. Jahrgang

Man kann nicht alles wissen



Foto: Ed Koch

Das Schloss Neuhardenberg ist das neue Meseberg. Die Kabinettsklausuren finden nun dort statt, wo **Klaus Hoffmann** viele Jahre lang sein Sängertreffen veranstaltet hat. Ob die Mitglieder der Bundesregierung abends gemeinsam gesungen haben, ist nicht überliefert.

Der wievielte Neustart der Reformen diese Klausurtagung war, weiß ich nicht. Wenn es diesmal nicht klappt, wird's wohl der letzte Versuch gewesen sein.

Journalisten können einem mit ihrem historischen Wissen ganz schön auf den Geist gehen. Die Pressekonferenz vor dem Schloss haben **Friedrich Merz**, **Lars Klingbeil** und **Alexander Dobrindt** unfallfrei über die Bühne gebracht, da wirft ein Journalist den Namen **Gerhard Schröder** in die Luft und fragt, wie viele Landtagswahlen noch verloren gehen müssen, ehe es Neuwahlen gibt. Häh?

Der Hintergrund

Schloss Neuhardenberg war in den Jahren 2003 und 2004 der Ort für zwei wichtige Kabinettsklausuren der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler **Gerhard Schröder** (SPD). **Agenda 2010**: Bei diesen Treffen auf Schloss Neuhardenberg beriet das Kabinett über zentrale Reformen, und Schröder verkündete dort wesentliche Teile und Meilensteine seiner umstrittenen „Agenda 2010“.

Wie wir wissen, hat **Angela Merkel** die Früchte der Agenda 2010 geerntet, für die SPD und **Gerhard Schröder** ging es von da an bergab.

Man habe ihm viel über das Schloss erzählt, sagte **Lars Klingbeil** in die Mikrophone, Schröder habe man ihm verschwiegen. Und als wenn dies nicht schon peinlich genug wäre, dass der aktuelle SPD-Chef nicht weiß, dass er sich an jenem Ort befindet, der Anfang vom schleichenden Untergang seiner Partei ist, haut ihm **Friedrich Merz** noch eins rein: „Das hättest Du doch wissen müssen!“ Man sollte genau hinschauen, wo man übernachtet und wer als Gespenst durch das Schloss huschen könnte.

Ed Koch

1

08) CDU droht ALEX TV mit Fördermittelentzug während einer laufenden Sendung



CDU droht ALEX TV

mit Fördermittelentzug während einer laufenden Sendung



Michael Ginsburg, Pressesprecher der Senatskanzlei, soll die Redaktion von „Recht & Wirklich“ während einer laufenden Produktion erpresst und unter Druck gesetzt haben. Was am 24. August 2026 als kurzfristige Umbesetzung einer politi-

schen Wahlsendung begann, entwickelte sich während der laufenden Aufzeichnung von „Recht & Wirklich“ im Programm des Senders **Alex** zu einem ungewöhnlichen und aus Sicht der Redaktion gravierenden Vorgang. Im Mittelpunkt steht **Michael Ginsburg**, der sich offenbar auch um den Wahlkampf des CDU-Spitzenkandidaten **Stefen Evers** kümmert.

Nach Darstellung der Redaktion soll Ginsburg zunächst die Bitte abgelehnt haben, kurzfristig einen Ersatz für die Berliner Justizsenatorin **Dr. Felor Badenberg** zu benennen, die an der Diskussion teilnehmen wollte, aber wegen einer Sitzung im Abgeordnetenhaus absagen musste. Wenig später, während die Sendung mit dem SPD-Spitzenkandidaten **Steffen Krach** bereits lief, soll er verlangt haben, die Aufzeichnung zu unterbrechen beziehungsweise zu beenden oder alternativ eine weitere Sendung mit einem CDU-Kandidaten aufzunehmen. Als die Redaktion erklärte, dass dafür keine weiteren Sendeplätze zur Verfügung stünden, soll Ginsburg den Druck weiter erhöht und mit politischen Konsequenzen für die Finanzierung des Senders gedroht haben.

Die Redaktion von „Recht & Wirklich“ wertet den Vorgang als Versuch, eine journalistische Entscheidung durch politischen Druck zu beeinflussen.

Kurz vor Beginn: CDU-Kandidatin sagt ab

Für die zweite Staffel von „Recht & Wirklich“ waren im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl drei politische Sondersendungen geplant. Die erste sollte Vertreter von SPD und CDU zusammenbringen. Als Gäste waren **Steffen Krach** und **Dr. Felor Badenberg** vorgesehen. Die Teilnahme Badenbergs war nach Angaben der Redaktion zuvor schriftlich durch die CDU zugesagt worden.

Etwa zehn Minuten vor Beginn der geplanten Aufzeichnung kam es dann zur kurzfristigen Absage.

Dabei ist eine Klarstellung wichtig: Badenberg war nicht krank. Sie konnte aufgrund einer Befragung im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses nicht wie geplant an der Aufzeichnung teilnehmen.

Für die Redaktion war dies zunächst kein politischer Konflikt, sondern ein kurzfristig zu lösendes organisatorisches Problem. Denn trotz der Absage sollte die CDU weiterhin die Möglichkeit erhalten, in der Sendung vertreten zu sein.

Redaktion suchte selbst nach Ersatz

Der Journalist und Moderator der Sendung, **Jannik Rubeck**, kontaktierte deshalb unmittelbar **Michael Ginsburg**, um einen Ersatz für Badenberg zu organisieren. Die Redaktion wollte damit ausdrücklich verhindern, dass die CDU aufgrund der kurzfristigen Absage aus der Sendung herausfällt.

Nach Darstellung Rubecks reagierte Ginsburg jedoch ablehnend. Er soll gesagt haben: „Ihr verlangt, dass ich Ihnen jetzt einfach den Generalsekretär oder Spitzenkandidaten schicke, das geht so nicht. Lassen Sie uns eine weitere Sendung aufnehmen.“ Die Redaktion begann daraufhin die geplante Aufzeichnung mit **Steffen Krach**.

Damit hätte die Angelegenheit eigentlich beendet sein können. Doch während der laufenden Produktion eskalierte die Situation.

Auch der Senderchef wird kontaktiert

Nach Angaben der Redaktion nahm Ginsburg anschließend Kontakt zum Senderchef auf. Auch dabei soll es zu erheblichem Druck gekommen sein.

Der Senderchef entschied sich daraufhin, das Gespräch nicht außerhalb der laufenden Produktion weiterzuführen. Er unterbrach die Sendung, nahm das Telefon mit ins Studio und übergab es während der laufenden Aufzeichnung an **Jannik Rubeck**. Die Kameras liefen zu diesem Zeitpunkt weiter.

Damit wurde aus einem zunächst außerhalb des Studios geführten Gespräch, ein Telefonat, das unmittelbar während der laufenden Sendungsproduktion stattfand. Im Studio befanden sich neben Rubeck dessen Co-Moderator **Florian Schwiecker**, Jurist und Bestsellerautor, sowie der SPD-Spitzenkandidat **Steffen Krach**. Beide konnten das Gespräch nach Angaben der Redaktion mitverfolgen. Im während der laufenden Aufzeichnung geführten Gespräch soll Ginsburg von Rubeck verlangt haben, die Sendung mit **Steffen Krach** zu unterbrechen beziehungsweise zu beenden. Alternativ habe er verlangt, eine weitere Folge mit einem CDU-Kandidaten aufzu-



Nr. 652-23

25. August 2026

51. Jahrgang

nehmen. Rubeck erklärte ihm nach eigenen Angaben, dass keine weiteren Sendeplätze zur Verfügung stünden. Daraufhin soll Ginsburg weiter Druck ausgeübt haben.

Nach Darstellung der Redaktion drohte er damit, politisch dafür zu sorgen, dass dem Sender die Mittel gestrichen werden. Sinngemäß habe er angekündigt, dies in einem Ausschuss zu veranlassen, wenn die Redaktion seiner Forderung nicht nachkomme.

Damit sei der Zusammenhang aus Sicht der Redaktion eindeutig gewesen: Die Redaktion sollte entweder die laufende Sendung mit dem SPD-Kandidaten beenden beziehungsweise verändern oder eine zusätzliche CDU-Sendung produzieren – andernfalls könnten politische Konsequenzen für die Finanzierung des Senders folgen.

Sollte sich diese Darstellung bestätigen, wäre das weit mehr als ein Streit über einen Sendeplatz. Es wäre der Versuch, eine redaktionelle Entscheidung durch die Androhung politischer Konsequenzen zu beeinflussen.

Mehrere Personen hören das Gespräch mit

Der Vorgang fand nach Angaben der Redaktion nicht in einem privaten „*Vier-Augen-Gespräch*“ statt. Das Telefonat wurde während der laufenden Produktion geführt. **Florian Schwiecker** und **Steffen Krach** konnten das Gespräch mitverfolgen, während die Kameras weiterliefen. Nach Angaben der Redaktion existieren außerdem eine Telefonliste, Produktionsunterlagen und die ursprüngliche schriftliche Zusage der CDU für den Auftritt Badenbergs. Der Ablauf des Tages lasse sich deshalb anhand mehrerer Quellen nachvollziehen.

Eine Stunde später kommt Badenbergs doch noch ins Studio

Rund eine Stunde nach ihrer ursprünglichen Absage kam **Dr. Felor Badenbergs** schließlich doch noch ins Studio. Mit ihr wurde eine verkürzte Folge aufgezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt war die Befragung im Innenausschuss beendet beziehungsweise Badenbergs nicht mehr durch ihre parlamentarische Verpflichtung gebunden.

Nach Angaben der Redaktion entschuldigte sich die Senatorin für ihre kurzfristige Absage. Zugleich habe sie das Vorgehen **Michael Ginsburgs** gegenüber der Redaktion nicht gutgeheißen. Die Redaktion stellt deshalb ausdrücklich klar, dass sich ihre Kritik nicht gegen Frau Badenbergs richtet.

Frau Badenbergs hatte aufgrund einer parlamentarischen Verpflichtung abgesagt. Die Redaktion hatte anschließend sogar selbst versucht, einen Ersatz zu

organisieren, damit die CDU weiterhin in der Sendung vertreten sein konnte. Der Vorwurf der politischen Einflussnahme richtet sich daher ausdrücklich gegen **Michael Ginsburg** und dessen Verhalten im weiteren Verlauf.

„Ich lasse mich nicht erpressen“

Moderator **Jannik Rubeck** kritisiert den Vorgang scharf: *„Ich habe das Telefonat in der laufenden Sendung mit Herrn Ginsburg geführt und bin immer noch zutiefst erschrocken über diese Aktion. Als Journalist lasse ich mich nicht erpressen und verurteile dieses Verhalten zutiefst.“*

Rubeck sieht darin eine grundsätzliche Gefahr für die journalistische Unabhängigkeit: *„Normalerweise kennt man solche Drohungen als öffentlich-rechtliches Format nur von der AfD. Wenn jetzt sogar die CDU anfängt, an unserer Presse zu schrauben und Medien zu erpressen, können wir das nicht dulden und müssen unsere Demokratie schützen.“* Die Redaktion bezeichnet den Vorgang als Versuch politischer Einflussnahme.

Redaktion will sich nicht politisch steuern lassen

Für *„Recht & Wirklich“* geht es deshalb längst nicht mehr um die Frage, ob eine Politikerin kurzfristig verhindert ist oder eine Partei einen anderen Gast schicken möchte. Eine Partei könne eine Sendung absagen. Politiker könnten verhindert sein. Wahlkampfteams könnten Kritik an einer Redaktion äußern. All das gehöre zum politischen und journalistischen Alltag. Eine Grenze sei jedoch dort erreicht, wo eine redaktionelle Entscheidung mit der Androhung politischer oder finanzieller Konsequenzen verbunden werde.

Besonders bemerkenswert sei, dass die Redaktion nach der Absage Badenbergs selbst versucht hatte, einen CDU-Ersatz zu organisieren. Es sei gerade nicht darum gegangen, die CDU aus der Sendung auszuschließen. Im Gegenteil: Die Redaktion wollte der Union weiterhin eine Teilnahme ermöglichen. Umso schwerer wiege aus Sicht der Redaktion der anschließende Versuch, die bereits laufende Sendung mit dem politischen Konkurrenten zu beeinflussen.

Die Sendung mit Steffen Krach und dem während der laufenden Produktion geführten Telefonat wird am **Mittwoch, 2. September 2026**, um 20:00 Uhr bei ALEX Berlin ausgestrahlt und ist anschließend in der Mediathek verfügbar.

Quelle: Redaktion Recht und Wirklich

09) Wahlhilfe. Von Ed Koch



50
paperpress
seit 1976

Nr. 652-22
25. August 2026
51. Jahrgang

Wahlhilfe

Seit gestern ist der Wahl-O-Mat online. Eine nützliche Hilfe für Unentschlossene oder für Stammwähler, die sicherheitshalber ihre Präferenz noch einmal überprüfen wollen.



Alle Fotos: Ed Koch

Die Spitzenkandidaten der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien trafen sich gestern Vormittag zum Start im Besucherzentrum der Berliner Landeszentrale für politische Bildung am Ostkreuz. **Stefan Evers** ließ sich durch den neuen Generalsekretär der CDU, **Lukas Krieger**, vertreten. **Steffen Krach** (SPD), **Werner Graf** (Grüne), **Elif Eralp** (Linke) und **Kristin Brinker** (AfD) erschienen selbst und wurden von **Lea Schrenk** von der Bundeszentrale für politische Bildung und vom Berlin-Chef **Thomas Gill** begrüßt. Mit dabei waren auch Mitglieder der jungen Redaktion des Wahlautomaten.



Krach, Graf, Eralp, Brinkert und Krieger kommentierten die 38 Thesen mit *Zustimmung*, *neutral* oder *Ab- lehnung*. Und siehe da, einhundertprozentige Zu- stimmung. Wie geht das? Ganz einfach. Am Ende wird gefragt, mit welchen Parteien man seine

Meinung abgleichen möchte. Gibt man nur eine ein, und kann sich an das eigene Wahlprogramm erin- nern, dann steht eine



100 am Ende, auch bei dem sichtlich zu- friedenen CDU-Gener-alsekretär **Lukas Krieger**. Damit wur- de es den Politikern leicht gemacht, sie

mussten sich nicht blamieren. Sinn des Wahl-O-Maten ist es aber, her- auszufinden, zu welcher Partei die eigenen Ansichten passen. Also gibt man die Parteien ein, die einen in- teressieren, oder einfach alle. Meine Empfehlung an die Politiker war, zu Hause diesen Test noch einmal mit dem Abgleich zu mehreren Parteien zu machen, vielleicht orientieren sie sich dann noch um. Meine Anregung wurde mit verhaltenem Schmunzeln auf- genommen.

Nun, mit mir bin ich im Reinen. Ich habe CDU, SPD, Grüne, Linke, AfD und Volt eingegeben. Die ge- ringste Zustimmung lag bei der AfD, was beruhigend ist. Gewonnen hat mit knapp 80 Prozent Überein- stimmung die Partei, die ich seit 1971 wähle, wenn auch zunehmend mit Schmerzen. Da mich allerdings diese Partei auf Bezirksebene nachhaltig verärgert hat, überlege ich, meine Stimme, zumindest für die BVV vielleicht einer anderen zu geben. Auf Platz Zwei in meinem Wahl-O-Mat-Ergebnis steht die unf*ck-Partei, frei übersetzt, *die alles wieder in Ordnung bringen will*. Natürlich gebe ich keine Wahlempfehlung ab, mit dem Wahlschein ist ohnehin jeder allein. Der Wahl-O-Mat zumindest, zeigt echte Alternativen auf.

Also: Klicken Sie auf www.wahl-o-mat.de und bil- den Sie sich Ihre Meinung.

Im Zoo-Palast ging es weiter



Wie vor dem heimischen Fernseher, Beine hoch, je- denfalls in der ersten Reihe, erlebten am Abend die Leser der **Berliner Morgenpost** das Spitzenkandi- datentreffen im Saal 2 des Zoo-Palastes. Und dies- mal war auch **Stefan Evers** dabei und AfD-Chefin

Kristin Brinker, die selten zu solchen Veranstaltungen eingeladen wird, was der Autor dieses Beitrages für einen Fehler hält. Die Partei zu ignorieren, treibt ihr ständig neue Wähler zu. Ob es einem gefällt oder nicht, man muss sich mit der AfD auseinandersetzen. Das ist gar nicht so schlimm und tut auch nicht weh, wie die Diskussion zeigte.



Leider wurde wertvolle Zeit zu Beginn der Veranstaltung vergeudet, weil den Gästen unbedingt erklärt werden musste, wie sie mit ihrem Handy Fragen einreichen können. Das klappte nicht besonders gut und am Ende waren es ganze fünf Fragen, die aus dem Publikum via Smart-Phone beantwortet werden konnten. Die halbe Technik-Stunde fehlte am Ende.

Viel sinnvoller war es, Fragen, die Jungwähler an die Kandidaten stellten, vorher per Video aufgenommen zu haben. So fragte **Vitus** den Finanzsenator, warum er Gebühren für das Schulessen nehmen wolle. Klare Antwort: Es ist nicht gerecht, dass Eltern, die es sich leisten können, nichts für das Essen ihrer Kinder bezahlen. Wer es sich nicht leisten kann, wird ohnehin kostenfrei versorgt.

Fine thematisierte das Müll-Problem und **Elif Eralp** erläuterte, wie man mit mehr Personal und größerem Einsatz die Stadt vom Müll befreien könnte. **Sevdije** richtete ihre Frage an **Kristin Brinker** in Sorge, dass sie trotz deutscher Staatsbürgerschaft abgeschoben werden könnte. Brinker stellte klar, dass, wer die deutsche Staatsbürgerschaft habe, Deutscher ist und sich keine Sorgen machen müsse. Brinker kritisierte allerdings, dass die Staatsbürgerschaft „verschleudert“ werde. Man müsse genau hinschauen, wem man sie verleiht. **Vitus** hatte noch eine Frage, diesmal an **Werner Graf** zur A 100. Er sehe es als Verrat an, dass die Grünen in der Rot-Grün-Roten Koalition der Erweiterung zugestimmt hätten. Graf begründete es damit, dass man in einer Koalition Kompromisse machen müsse.

Helena wandte sich mit ihrer Video-Frage an **Steffen Krach** und wollte wissen, was er gedenkt zu tun, damit sich Studierende Wohnungen leisten können. Natürlich Bauen, Bauen, Bauen, aber auch zu über-

legen, ob aus dem großen Leerstand an Gewerbeflächen Wohnungen gemacht werden können. Krach will überdies die Abzocke der Vermieter stoppen und endlich den Mietendeckel einführen.



Ansonsten wurden die bekannten und auf allen Wahlplakaten nachlesbaren Positionen ausgetauscht. Evers grenzte sich klar nach Links und Rechts ab; die CDU wie ein Sandwich zwischen den Brandmauern. Über Koalitionsfragen wurde natürlich nicht gesprochen, denn jeder weiß, dass es nach gegenwärtigem Stand nur zwei Optionen gibt: Schwarz-Grün-Rot oder Rot-Grün-Rot.



Das Thema Finanzen blieb **Stefan Evers** nicht erspart. An Kürzungen werde man nicht herumkommen. Krach mahnte an, behutsam vorzugehen, denn, ist ein Angebot erst einmal weg,

kommt es so schnell nicht wieder. Die erste Aufgabe des neuen Senats wird ein Kassensturz sein.

Kristin Brinker überraschte mit ihrem Wunsch, gern Finanzsenatorin werden zu wollen.

Danach befragt, welche Themen für die Besucher der Veranstaltung wichtig sind, nannten 26 Prozent Mieten und Wohnen und 21 Prozent die Sicherheit. Migration ist für 15 Prozent wichtig, während sich für Finanzen, Verkehr und Klimapolitik nur jeweils zehn Prozent interessieren. Die Hitzewelle ist vergessen, was heißt hier Klima, ist doch nur Wetter.

Um kurz nach 21 Uhr war die Veranstaltung zu Ende. Zu früh, um nach Hause zu gehen. Aber, die Restaurants rund um den Zoo-Palast hatten bereits geschlossen. Was für eine tote Gegend. Lediglich im ein Kilometer entfernten **Hard Rock Café** an der Meinelstraße gab es noch ein frisches Bier. Was tun die Parteien gegen die Verödung der City-West? Darüber reden wir dann beim nächsten Mal.

Übrigens: Chapeau. Um 22:29 Uhr hatte MoPo-Chefreporter **Joachim Fahrur** seinen Bericht schon online gestellt. Da saß ich noch beim Bier.

Ed Koch

10) Mehr Farbe ins Stadtbild



Nr. 652-21 **24. August 2026** **51. Jahrgang**

Mehr Farbe ins Stadtbild

Im Augenblick ist das Stadtbild durch die vielen Wahlplakate bunt genug. Das ist aber nicht nachhaltig, weil diese zum Glück nach dem 20. September wieder verschwinden. Auf Dauer angelegt ist jedoch das Stromkastenstyling, das die grauen Kästen am Straßenrand in kleine Kunstwerke verwandelt.

Für die Projektwochen 2027 werden Bewerbungen entgegengenommen.



Eckig, grau und unauffällig – so stehen sie am Straßenrand: die etwa 18.000 Stromkästen und rund 10.000 Trafostationen von **Stromnetz Berlin**. Sie bringen den Strom zu den Berlinerinnen und Berlinern. Seit mehr als 15 Jahren verschönern Schülerinnen und Schüler der Hauptstadt jährlich rund 500 der Kästen in Projektwochen mit selbst gestalteten Graffiti. Für 2027 sind noch einige wenige Plätze frei und Schulen können sich ab sofort und noch bis zum 30.09.2026 bei Stromnetz Berlin bewerben. Die Aktion richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse.

In einer einwöchigen Projektwoche gestaltet jede Klasse 15 Stromkästen in ihrem Kiez. Zunächst entwickeln die Kids eigene Motive. Anschließend werden unter Anleitung von Street-Art-Künstlern und Pädagogen Schablonen erstellt. Am Ende bringen die Kinder ihre Motive auf die Kästen. Die Kosten der Stromkastenstyling-Projektwochen trägt Stromnetz Berlin.

Bewerbungen schicken die Schulen bitte bis 30.09.2026 per E-Mail unter Nennung der Schule, Klassenstufe und einer Ansprechperson mit Kontaktdaten an: stromkastenstyling@stromnetz-berlin.de.

Tom Rütting, Leiter Politik & Kommunikation bei Stromnetz Berlin, sagt: „Berlin ist die Hauptstadt der Kreativen und diese Kreativität schon in der Schule

zu fördern, das ist uns seit vielen Jahren eine Herzenssache. Das Projekt Stromkastenstyling hat in der Zwischenzeit sogar Nachahmer in ganz Deutschland gefunden. Das freut uns besonders. Und ein wichtiger Nebeneffekt der Aktion: Wir schützen unsere Anlagen auch vor Vandalismus. Denn schöne Kästen werden nachweislich seltener übersprüht.“



Benjamin Graf-Kubel, ist Projektleiter beim Reinickendorfer meredo e.V., der im Auftrag von Stromnetz Berlin die Projektwochen durchführt. Er berichtet: „Vor allem Tiermotive sind bei den Schülerinnen und Schülern seit vielen Jahren sehr beliebt. Auch Sport oder Natur tauchen immer wieder in den Entwürfen auf. Uns ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern auch Themen wie Urheberrecht zu vermitteln, dass kann nicht einfach den Lieblings-Comic-Helden oder das Fußball-Vereins-Logo verwenden. Mit dem Projekt haben sie die Möglichkeit, ihren Kiez, in dem sie leben, mit ihren eigenen Motiven bunt zu gestalten.“

Die schönsten Stromkästen und Trafostationen werden jährlich in mehreren Kategorien von einer Jury ausgewählt. Für den Publikumspreis können jedes Jahr alle Interessierten via Social Media und online abstimmen. Die Preise werden im Beisein der jungen Künstlerinnen und Künstler bei einer großen Veranstaltung verliehen.

Mehr Informationen zum Stromkastenstyling gibt es im Netz unter:

www.stromnetz.berlin/fur-berlin/stromkastenstyling/

Quelle und Fotos: Stromnetz Berlin

11) KW 34 (17.08. bis 23.08.2026). Von Ed Koch



Nr. 652-20

23. August 2026

51. Jahrgang

KW 34

In dieser Woche hat sich wieder einmal gezeigt, dass nichts sicher ist in Berlin. Der Hackerangriff auf die Berliner Verwaltung ist ein unglaubliches Beispiel dafür. Durch nicht Tätigwerden oder Verschleppen von Anträgen, sorgt die Verwaltung ohnehin dafür, dass vieles nicht vorankommt. Und dann fällt auch noch großflächig die Informationstechnik aus. Was immer belächelt wurde, erweist sich nun als Vorteil. Wer noch ein Faxgerät hat, ist klar im Vorteil.



Hilfreich wäre es in so einer Situation, wenn es jemand gäbe, der in der Krise Kommunikation kann. Dieser Kollege kann es jedenfalls nicht. Das ist **Florian Hauer**, dem man nachsehen muss, sich nicht um den Job als *Chief Digital Officer* beworben zu haben. Er ist Opfer der mehrfach gescheiterten Personalpolitik der CDU, jüngster Fall, Hauers Vorgänger **Matthias Hundt**, der dem Steuerzahler nur Kosten verursacht hat, ohne dafür die erforderliche Leistung zu erbringen.

Hauer ist eigentlich Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales und als CDO nur „m. d. W. d. G. b.“, was heißt: „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“. Sein Auftritt in der **rbb Abendschau** war eine einzige Katastrophe. Dem Vertrauen in den Senat, dass unsere Daten bei ihm sicher seien, hat es eher geschadet als genutzt. In dieser Legislaturperiode wird es keinen neuen CDO geben. Hoffen wir, dass es keine weiteren Herausforderungen für Herrn Hauer auf den letzten Metern gibt. Foto: Senat

Falls Sie sich vorsorglich um die Stelle bewerben wollen, hier schon mal der Aufgabenkatalog: *Strategische Steuerung: Leitung der Bereiche Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und Smart City. Koordination: Ressortübergreifende Abstimmung von IT- und Reformprozessen in der Berliner Verwaltung. Sicherheit und Infrastruktur: Krisenmanagement und Stabilisierung der behördlichen IT-Infrastruktur sowie des Landesnetzes.* Quelle und Foto: Senat

Wir leben in hochtechnisierten Zeiten, die es leider nicht zu ermöglichen scheinen, unsere Daten sicher aufzubewahren. Im Schadensfall dauert es ewig, bis alles wieder funktioniert. Wir warten also auf den nächsten Störfall, der alle wieder überraschen und ratlos zurücklassen wird.

Was noch?



Es ist wirklich langweilig, sich in bestimmten Abständen immer wieder mit Plagiatsvorwürfen herumärgern zu müssen. Jüngster Fall, mitten im Wahlkampf, Berlins Justizsenatorin **Felor Badenberger** (CDU). Es gibt in diesem, wie in allen anderen Fällen, nicht zwei Wahrheiten. Entweder stammt der Text vom Autor, und zwar der ganze Text, oder er hat mehr oder weniger viel ohne Quellenangabe irgendwo abgeschrieben. Foto: Senat

In den meisten Fällen endet das Drama mit dem Rücktritt, es sei denn, man rettet sich sofort. Bestes Beispiel dafür ist der gegenwärtige Chef der Senatskanzlei **Florian Graf**. Als Plagiatsvorwürfe gegen ihn erhoben wurden, hat er sofort die Reißleine gezogen und seinen Dokortitel zurückgegeben, ohne sich auf wochenlange Auseinandersetzungen einzulassen.

Thüringens Ministerpräsident **Mario Voigt** (CDU) hat seinen Dokortitel schon verloren, was ihn nicht daran hindert, sich auf einen langen Klageweg einzulassen. Stünde nicht **Björn Höcke** hinter der Hecke, sollte Voigt am besten gleich zurücktreten. Denn, auch das sollte noch einmal klar gesagt werden, fremde Texte als eigene auszugeben, ist kein Kavaliersdelikt, und kann auch als Straftat gelten. Schön wäre es, Politiker zu haben, die nicht betrügen.

Im Fall Badenberger baut sich jetzt ein Verschwörungsszenario auf. Die **BZ** schreibt: „Aus den Plagiatsvorwürfen gegen Justizsenatorin Felor Badenberger (51, CDU) wird jetzt ein handfester Polit-Krimi. In CDU-Kreisen wächst nach B.Z.-Informationen der Verdacht, dass hinter den Vorwürfen mehr steckt als nur wissenschaftliche Kritik. Dort wird inzwischen offen darüber gesprochen, ob dahinter auch ein Versuch der AfD stecken könnte, Badenberger kurz vor der Berlin-Wahl zu schaden.“

In ihrer früheren Funktion als Abteilungsleiterin beim Bundesamt für Verfassungsschutz, wirkte sie maßgeblich an der Bewertung der AfD mit. **Stefan Weber**, der seine Zeit damit verbringt, Doktorarbeiten zu überprüfen, werden frühere Kontakte zu Thüringens AfD-Chef **Björn Höcke**, der sich **Sahra Wagenknecht** als Nachfolgerin von **Mario Voigt** wünscht, nachgesagt. „Beweise für einen Zusammenhang mit den aktuellen Vorwürfen gibt es bisher

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stiftbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 652-20

23. August 2026

51. Jahrgang

allerdings nicht.", schreibt die **BZ**. Und was macht Badenbergs Partei, die CDU? Sie stellt sich nach Angaben der **BZ** „trotzdem demonstrativ hinter ihre Senatorin.“ Auch wenn, wer wüsste es nicht besser als die Justizsenatorin, die Unschuldsvermutung gilt, so sprechen die bislang vorgelegten Plagiate eine deutliche Sprache.

Stefan Evers wird in der **BZ** wie folgt zitiert: „*Felox Badenbergs ist eine herausragende Justizsenatorin, die für Berlin viel bewegt. Wer sie kennt, weiß, mit welcher Integrität, Ernsthaftigkeit und Professionalität sie ihr Amt ausübt.*“ Das mag sein, wobei die einen so sagen und die anderen so sagen. Als ehrenhaft wird ihr angerechnet, dass sie proaktiv die Universität Köln um eine Überprüfung der Doktorarbeit gebeten hat. „*Dieses Vorgehen unterstütze ich ausdrücklich.*“, sagt **Stefan Evers**. Natürlich muss die Uni jetzt prüfen, das ist doch selbstverständlich, was denn sonst!?

Überrascht hat mich, dass Badenbergs „Unterstützung von überraschender Seite“ bekommt. „*Die Wirtschaftsministerin und frühere Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), die 2021 wegen einer Plagiatsaffäre als Familienministerin zurücktreten musste, sagte zur B.Z. auf die Frage, was sie Badenbergs rät: „Weitermachen und sich nicht beirren lassen. Die Uni um Prüfung zu bitten, ist genau richtig. Das muss erstmal abgewartet werden.“*“ Bei aller Wertschätzung für Frau Giffey, wäre es besser gewesen, sich gar nicht als so zu äußern. Zumal, wenn man im eigenen Fall letztlich zurückgetreten ist.

Es ist völlig egal, welche Motive der Plagiatsjäger hat und in welcher Verbindung er zur AfD steht, es gibt, wie gesagt, nicht zwei, sondern nur eine Wahrheit. Und nur Frau Badenbergs weiß, ob sie abgeschrieben hat oder nicht. Auf 43 Seiten des Gutachtens von **Stefan Weber** werden 83 Zitate beleuchtet, zum Beispiel: „*Es ist eine Ursehnsucht des Menschen, die Wahrheit über die eigene Herkunft und natürliche Abstammung zu erfahren*“, steht laut Gutachten in der Einleitung zu Badenbergs Dissertation. So steht es aber auch auf Seite 228 des Werkes „(Verfassungs)Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung“ von Dr. Andrea Schmidt-Didczuhn aus dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz aus dem Jahr 1989. Quelle: Berliner Zeitung.

Tja. 83mal gleiche und ähnliche Formulierungen verwendet zu haben, kann das Zufall sein? Frau Badenbergs sollte in sich gehen, und nur, wenn sie sich wirklich im Recht fühlt, kämpfen, ansonsten, siehe Schavan, Guttenberg, Giffey...

Melanie Amann, Chefredakteurin Digital der **Funk** Zentralredaktion, schreibt in einem Kommentar, der in der **Berliner Morgenpost** am 21.08.2026 veröffentlicht wurde: „*Plagiatsjäger: Die Suche nach Zitiertfehlern sollte kein Geschäftsmodell sein. Einst kämpften Plagiatsjäger für Redlichkeit in der Wissenschaft. Heute entwickelt sich mancher zu einer Art politischem Auftragskiller.*“

Frau Amann unterstellt, dass, wer nach Plagiaten forscht, meist ein wichtiges und legitimes Anliegen verfolgt, nämlich den Schutz der Wissenschaft vor Täuschern. Dokortitel sollen auf einer wissenschaftlichen Leistung beruhen, nicht auf fremden Gedanken. Zuletzt habe sich aber die Zunft der Plagiatsjäger in eine unschöne Richtung entwickelt: Die Aufklärung von wissenschaftlichem Fehlverhalten gerät zum Geschäftsmodell – oder gar zur Waffe im politischen Meinungskampf.

Frau Amann stellt die Frage, ob es wirklich Zufall ist, dass Plagiatsvorwürfe immer kurz vor Wahlen auftauchen. Und sie fragt, ob es dem Österreicher **Stefan Weber** um die Redlichkeit der Wissenschaft geht, wenn er Fehler in der Dissertation von Thüringens Ministerpräsident **Mario Voigt** in einer Pressekonferenz mit dem AfD-Rechtsextremisten **Björn Höcke** vorstellt? Oder wenn Weber seinen anonymen Auftraggebern noch Pressearbeit anbietet? Die erfolgt oft über rechte Krawallmedien.

So könne sich, schreibt **Melanie Amann**, ein Verfechter einer sauberen Wissenschaft zu einer Art politischem Auftragskiller entwickeln. Amann konstatiert, dass Plagiate verwerflich sind und es richtig sei, sie zu sanktionieren. Aber, gibt sie zu bedenken, dass viele von Weber angeprangerten Zitierverstöße später in sich zusammenfielen. Da sei es dann für die Betroffenen oft zu spät gewesen. Ohne einen Namen zu nennen, berichtet sie, dass es in einem Fall um ein Haar zum Suizid gekommen sei. „*Kein Plagiat wiegt so schwer, diesen Preis in Kauf zu nehmen.*“, endet ihr Kommentar.

Diesen Hinweis halte ich für äußerst problematisch. Also zum dritten Mal in diesem Beitrag: Es gibt nur eine Wahrheit, und die allein kennt der Doktorand. An der ehrenhaften Motivation von Herrn Weber kann man durchaus Zweifel haben. Mit dem Argument, Dissertationen nicht mehr zu überprüfen und das Ergebnis öffentlich zu machen, weil die Autoren dadurch selbstmordgefährdet wären, ist eine steile These. Man könnte all dem aus dem Wege gehen, wenn die Universitäten die Arbeit der Plagiatssucher übernehmen. Und was machen eigentlich die Dokortväter und Dokortmütter?

Noch was? Ja.

Grüße von **Madame Tussauds**

Haben das die Damen und Herren Politiker wirklich nötig? Kaum jemand sieht in Wahrheit so aus, wie auf den Wahlplakaten. Die Fotobearbeitungsprogramme springen einem förmlich ins Auge.



Dass FDP-Chef **Wolfgang Kubicki** in Berlin gar nicht zur Wahl steht, aber überall auf Plakaten zu sehen ist, ist fast so eine Täuschung wie bei Doktorarbeiten abzuschreiben. Kubickis Foto für die Plakate glattgebügelt zu haben, ist eine weitere Täuschung. Der Mann hat sich seine Falten, Sommersprossen und Altersflecken erworben,

warum zeigt er sie nicht. Die meisten Kandidaten sehen wie Wachsfiguren von Madame Tussauds aus.

Zur Plakatierung Kubickis hat der FDP-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat **Christoph Meyer** eine nachvollziehbare Anmerkung dem **Tagesspiegel Checkpoint** gemacht: „Im Gegensatz zur CDU oder der SPD müssen wir unseren Vorsitzenden im Wahlkampf nicht verstecken.“ Da ist was dran. **Bärbel Bas**, **Lars Klingbeil** oder **Friedrich Merz**, würden die Umfrage-Werte der SPD und CDU noch weiter nach unten drücken. Die Plakate mit dem glattgebügelt Kubicki sind übrigens weitestgehend verschwunden und durch neue mit Herrn Meyer ersetzt worden. Foto: FDP

Jetzt geht's los

Am Montag fängt die Schule wieder an und die heiße Phase des Wahlkampfes beginnt. Am Vormittag wird der **Wahl-O-Mat** gestartet und man kann überprüfen, welche Partei zu einem passt. Diese Prüfung kann am Abend auch im Zoo-Palast vorgenommen werden. Da läuft kein Film, keine Stars aus Hollywood sind zu sehen, nur unsere Spitzenkandidaten. Der Grüne Bürgermeisterkandidat **Werner Graf** lässt sich bei der Wahlveranstaltung der **Berliner Morgenpost** diesmal nicht von **Bettina Jarasch** vertreten und **Kirstin Brinker**, Landes- und Fraktionsvorsitzende der AfD, die sonst niemand einlädt, wird auch dabei sein. Die Veranstaltung ist ausverkauft. Ausverkauft ist auch die Wahlveranstaltung des **Tagesspiegel** am 17. September im Deutschen Theater, ohne Brinker.

Das Letzte!



Sicherlich haben Sie meine Berichte von abenteuerlichen Bahnfahrten schon vermisst. Nun, ich war in letzter Zeit nicht oft unterwegs, zweimal in Richtung Düsseldorf und beide Male gab es Verspätungen hin und zurück.

Leiden musste am Freitag ein Kollege, der dienstlich nach Wolfsburg reiste. Wolfsburg ist die Stadt, an der ein ICE schon mal versehentlich vorbeirauscht, ohne anzuhalten. Am Freitag klappte es, der Zug hielt pünktlich in Wolfsburg an.

Die Rückfahrt hatte es am selben Tag aber in sich. Beginnen wir am Ende: Bei einer Fahrzeit von rund 70 Minuten gelang es, 60 Minuten verspätet in Südkreuz anzukommen. Dazwischen lagen spannende Minuten.

Die Abfahrt verzögert sich aus einem altbekannten Grund: „*Verspätetes Personal aus vorheriger Fahrt.*“ Der Zug vor dem ICE 547 aus Wolfsburg nach Berlin, hatte einen Defekt am Tempomaten, was dazu führte, dass er langsamer fahren musste, mit entsprechenden Auswirkungen auf die folgenden Züge. Nächste Meldung des Kollegen: „*Wir stehen auf freier Strecke!*“ „*Hier läuft nichts.*“ Dann fiel auch noch zeitweise die Klimaanlage aus.

Es ging langsam voran, mit weiteren Stopps auf freier Strecke, um die Landschaft genießen zu können. Kurz vor Berlin dann die Ansage: „*Eine Einfahrt in den Hauptbahnhof ist derzeit nicht möglich!*“ Keine Auskunft über den Grund, vermutlich Verstopfung.

Letztlich gelang es doch noch, am Bahnhof Südkreuz anzukommen. Die Rolltreppen von Gleis 5 nach oben zu den S-Bahnen und zum Ausgang funktionierten nicht. Stau vor dem einzigen Aufzug von rund 40 Menschen mit viel Gepäck. Sind etwa die Ferien zu Ende?

Etliche Passagiere wollten mit der S-Bahn weiterfahren und wurden durch die Ansage „*Schienenersatzverkehr*“ ausgebremst. Daraufhin schrie ein Mann, laut vernehmbar über den ganzen Bahnsteig: „*Was für eine Scheiße!*“ Es ist egal, wie oft der Verkehrsminister oder die Bahnchefs ausgewechselt werden, es ändert sich nichts. *Einsteigen*: Ja, wenn der Zug käme. *Einchecken*: Ja, wenn der Navi funktioniert. *Entspannen*: Ja, wenn man wieder zu Hause ist.

Eine entspannte KW 35 wünscht **Ed Koch**

WG: KW 34

Posteingang

paperpress@berlin.de 07:01 (vor 3 Stunden)

23.08.2026

KW 34

Umfragen zur Berlin Wahl am 20. September 2026

	Umfragezeitraum	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	BSW
INSA	07.-13.08.2026	20%	15%	16%	3%	19%	17%	3%
T. 1.000	veröff. 14.08.2026							
Forsa	04.-18.08.2026	18%	12%	16%	3%	22%	18%	4%
T. 1535	veröff. 22.08.2026	-10,2	-6,4	-2,4	-1,6	+9,8	+8,9	
Vergleichszahlen zur Wahl vom Februar 2023								

Mit freundlichen Grüßen

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

paperpress ist ein Projekt des Paper Verein für

gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

12) Die Stachelschweine. DAS politische Kabarett in Berlin. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 652-19 **22. August 2026** **51. Jahrgang**



DIE STACHELSCHWEINE
DAS politische Kabarett in Berlin

DIE LETZTEN TAGE VON DEUTSCHLAND
VON FRANK LÜDECKE & SÖREN SIEG
Mit: Constantin Moll, Bianca Waechter, Jessica von Wehner

Der nächste deutsche Bundestag wird gewählt. **Alice Weidel** erwartet ihre erste Kanzlerschaft. Eine erfolglose Jazz-Sängerin bekommt die Chance ihres Lebens. Eine Aktivistin der „Vulkangruppe“ steht nach drei Jahren Fahndung vor ihrer Festnahme. Als es in der größten deutschen Stadt Probleme bei der Auszählung der Wahlzettel gibt, kommt plötzlich alles auf die Stimme eines einzigen Mannes an. Ein Berliner Eventkoch, der sich eigentlich nur für französischen Rotwein, japanisches Rindfleisch und sehr viel deutsches Trinkgeld interessiert. Es beginnt ein spektakuläres Wetteifern um seine Stimme und er bekommt lauter Angebote, die er nicht ablehnen kann: Von **Friedrich Merz**, **Elon Musk** und vielen anderen, die es alle gut mit der Demokratie meinen. Wie wird er sich entscheiden?

Die **STACHELSCHWEINE** räumen in ihrem neuesten Stück auf mit den Lieblingsphrasen, Lebenslügen und Widersprüchen der deutschen Politik. Satirisch und spielfreudig, lustig und schonungslos und mit jeder Menge Musik. Freuen Sie sich nicht zu früh. Und lachen Sie, solange es noch etwas zu lachen gibt. Denn schon bald könnten sie hinter uns liegen: Die letzten Tage von Deutschland!

www.diestachelschweine.de

Team:
Auf der Bühne **Constantin Moll**, **Bianca Waechter**, **Jessica von Wehner**. Regie **Frank Lüdecke**. Text **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg**. Komposition **Luca Fazioli**. Arrangements **Martin Rosengarten**. Musikalische Einstudierung **Sören Sieg**. Choreografie **Nele Neugebauer**. Bühne **Frank Lüdecke**. Technik **Jonas Albani**, **Andrzej Kotowicz**. Technische Leitung **Achim Sell**. Grafiken **Florentine Lüdecke**. Quelle: Die Stachelschweine

Nächste Vorstellungen
15.09.2026 – Öffentliche Probe – 25 Euro alle Plätze
Voraufführungen:
16.09., 17.09., 18.09.2026 – ab 32 Euro
19.09.2026 – Premiere – ab 34 Euro
jeweils 20:00 Uhr
danach regelmäßig im Programm.

Das Kabarett-Theater **Die Stachelschweine** ist das älteste Berliner Kabarett und das zweitälteste in Deutschland. Es wurde im Herbst 1949 in dem Künstler- und Studentenlokal Badewanne unweit der Berliner Gedächtniskirche als Schauspielerkollektiv gegründet. Der Name Stachelschweine ist angelehnt an eine Zeitschrift der 1920er Jahre, Das Stachelschwein, deren Herausgeber der Schriftsteller und Kabarettist Hans Reimann war.



Foto: Ed Koch

Seit 2019 betreiben **Caroline Lüdecke** als Geschäftsführerin und **Frank Lüdecke** als künstlerischer Leiter das Kabarett-Theater **Die Stachelschweine** im Europa Center (Foto links im Bild). Das kreative Autoren-Team **Frank Lüdecke** und **Sören Sieg** haben inzwischen zwei Jubiläen feiern können, 70 und 75 Jahre Stachelschweine mit fantastischen Programmen wie „Viel Tunnel am Ende des Lichts“ 2019 und „Ich hab noch einen Tesla in Berlin“ 2024. Zwischendurch haben sie sich nicht ausgeruht, sondern weitere Programme geschrieben, von denen einige noch aufgeführt werden.

Die nächsten Jubiläen im Blick, 2029 80 Jahre Stachelschweine, und das 100ste Programm (bei 91 sind sie schon) geht's hoffentlich immer weiter. An Themen mangelt es in diesem Lande und dieser Stadt wahrlich nicht. Und vielleicht haben wir Glück, und das neue Programm „Die letzten Tage von Deutschland“ verschieben sich noch um ein paar Jahre.

Ed Koch

13) Festival der Riesendrachen. Von Ed Koch



seit 1976

Nr. 652-1821. August 202651. Jahrgang

Festival der Riesendrachen

Berlin hebt ab: 13. **STADT UND LAND**-Festival der RIESENDRACHEN am 12. September 2026, von 11:00 bis 20:00 Uhr, auf dem Tempelhofer Feld.



Fotos: STADT UND LAND / City-Press GmbH

Wenn sich am 12. September wieder bunte Drachen über dem Tempelhofer Feld erheben, wird der Berliner Himmel für einen Tag zum farbenprächtigen Schauspiel. Beim 13. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN zeigen von 11:00 bis 20:00 Uhr rund 75 professionelle Drachepilotinnen und -piloten aus Deutschland und dem Ausland ihr Können. Mehr als 2.000 Drachen steigen dann in die Luft – darunter riesige selbstgenähte Figuren, wie Superhelden, Rockmusiker, Tiere, Fabelwesen und Comicfiguren. Das Festival lädt kleine und große Gäste zum Staunen, Entdecken und Mitmachen ein. Der Eintritt ist frei.

Dass das Festival jedes Jahr Drachenbegeisterte aus dem In- und Ausland anzieht, liegt auch am besonderen Ort: Die offene westliche Seite des Tempelhofer Feldes bietet ideale Bedingungen für spektakuläre Flugmanöver. Viele der teilnehmenden Pilotinnen und Piloten kommen regelmäßig nach Berlin – darunter auch Welt- und Europameister aus dem Bereich des Lenkdrachensports.

Die Einleiner-Drachenflierer bringen ihre größten Drachen mit, die sie über den Winter neu genäht haben. Manche davon sind mehr als 40 Meter lang. Moderierte Vorführungen mit Lenk- und Großdrachen, chinesischen Drachen sowie Ein-, Zwei- und Vierleinern geben spannende Einblicke in die faszinierende Welt der Drachenfliegerkunst.

Ein besonderes Highlight in diesem Jahr sind die Schleyerdeldas: Drachen mit langen, ausladenden Schweifen, die wie schwebende Schleier über den Himmel ziehen. Wenn mehrere von ihnen gleichzeitig

aufsteigen, entsteht ein eindrucksvolles Farbspiel über dem Tempelhofer Feld. Für die 13. Ausgabe des STADT UND LAND-Festivals der RIESENDRACHEN haben sich etliche Schleyerdeldas angekündigt. Und auch wer selbst aktiv werden möchte, ist willkommen: Wie jedes Jahr können Besucherinnen und Besucher eigene Drachen mitbringen und fliegen lassen.

Das Festival gilt als eines der größten Familienfeste Berlins und zieht jedes Jahr zehntausende Gäste aller Generationen an. Neben den Vorführungen am Himmel sorgt ein lebendiges Rahmenprogramm mit Musik, Essen, Aktionen und Mitmachangeboten für Kinder dafür, dass der Tag auch am Boden viel zu bieten hat. So wird das Tempelhofer Feld auch 2026 wieder zu einem Ort, an dem Berlin gemeinsam nach oben schaut.



Berliner Drachepilot **Robert Kirsch**: „Auf dem Tempelhofer Feld zu fliegen, ist immer etwas ganz Besonderes“.

Hier ein fast 30 Meter großer Super Mario, dort ein gigantischer Fisch, nur wenige Meter weiter eine ganze Reihe bunter Teddybären: Mehr als 2.000 Drachen werden über den ganzen Tag verteilt am 12. September über dem Tempelhofer Feld schweben. Und einer, kann zu allen etwas erzählen: **Robert Kirsch**, Berliner, Drachepilot und Moderator auf der Vorführwiese beim 13. STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN.

Seine Stimme ist weithin auf dem Tempelhofer Feld zu hören. **Robert Kirsch** beschreibt die kunstvollen Flugobjekte, erklärt wie groß sie sind, wie sie gebaut wurden und wie sie fliegen. „Was für die Besucherinnen und Besucher, ob groß oder klein, so einfach aussieht, ist meistens wirklich eine Menge Arbeit. Bei schwachem Wind braucht es viel Geschick, sie in die Luft zu bekommen und dort zu halten. Bei aus-

reichendem Wind fliegen die Drachen zwar fast von allein, aber die Zugkraft, die die bis zu 50 Meter großen Riesendrachen haben, ist enorm und beträgt manchmal bis zu 250 Kilogramm." Dann werden die Giganten der Lüfte an im Boden versenkten Pflöcken festgemacht. „Sonst müssten mehrere Leute den Drachen festhalten und lenken“, erklärt **Robert Kirsch**. All diese Informationen und noch vieles mehr erklärt der Drachenflüsterer bei seinen Moderationen am Flugfeld.



Der 42-Jährige ist von Beginn an in das STADT UND LAND-Festival der RIESENDRACHEN eingebunden, auch in das Konzept und die Gestaltung. „Zunächst waren Flugflächen in Marzahn oder Hellersdorf angedacht, aber letztendlich fiel die Wahl auf das Tempelhofer Feld. Das hat mich riesig gefreut damals, weil das riesige Feld großartige Voraussetzungen bietet und weil es eine große Aufgabe und Herausforderung ist, dort zu fliegen. Selbst Riesendrachen wirken hier manchmal winzig.“

Anreise & Verkehrslage

Den Besuchern wird die Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen.

Wichtig: Sperrungen am Veranstaltungstag

Bitte beachten Sie, dass am Veranstaltungstag voraussichtlich zwischen 12:00 und 19:00 Uhr der S+U-Bahnhof Tempelhof, der Tempelhofer Damm sowie dessen Autobahnabfahrten gesperrt sind (Stand: 24. Juli 2026). Auch zahlreiche Straßen im Umfeld des Tempelhofer Feldes werden auf Veranlassung der Polizei für den auswärtigen Verkehr gesperrt, damit die Wohngebiete entlastet werden und Not- und Rettungsfahrzeuge jederzeit ungehindert durchfahren können. Anlieger haben über kontrollierte Ein- und Ausfahrtstellen weiterhin Zufahrt. Eine Anreise mit dem Auto ist nicht zu empfehlen – Parkplätze stehen nicht zur Verfügung.



So erreichen Sie das Festival

S-Bahn und Regionalverkehr: Bahnhof Südkreuz. U6: Platz der Luftbrücke (aus Richtung Norden) oder Alt-Tempelhof (aus Richtung Süden). U7: Südsterne. U8: Leinestraße oder Boddinstraße. Bus 104/M43: Haltestellen Friedhöfe Columbiadamm oder Golbener Straße.

Die Ein- und Ausgänge zum Festivalgelände befinden sich am Columbiadamm, an der Herrfurthstraße, an der Oderstraße sowie im Südosten des Feldes. Auf der Westseite erreichen Sie das Gelände über den Eingang an der Paradestraße (Tor 10, direkt am U-Bahnhof Paradestraße) sowie zusätzlich über die Rampe zwischen Tor 9 und Tor 10 (in der Buswendeschleife). Für alle, die mit dem Fahrrad kommen, stehen an den Eingängen Fahrradstellplätze bereit.

Quelle: STADT UND LAND



Anhand der so geschaffenen Skulpturen werden Strukturen und Formen der einzelnen Körner räumlich erfahrbar. Zugleich wecken sie Assoziationen an reale Steine oder Felsen und an koreanische Suseoks – wie Miniaturgebirge geformte Steine, die in traditionellen koreanischen Gärten zu finden sind.

Weitere, ebenfalls mit **Phillip C. Reiner** entwickelte Arbeiten nutzen die bei den Scanverfahren entstandenen Querschnitte als Ausgangspunkt, um die Dichte und Zusammensetzung der Sandkörner als charakteristische, ortsspezifische Merkmale sichtbar werden zu lassen. Damit erweitert **Jeewi Lee** die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Material von der Oberfläche auf das Innere des Sandkorns.

Eine Gartenlandschaft in der Halle

In der Eingangshalle der Berlinischen Galerie komponiert Lee die einzelnen Werkgruppen zu einer immersiven Gesamtinstallation. Gemälde, Videos, Skulpturen und Sandflächen, verbunden mit Klang und Licht, fügen sich zu einer zugleich dystopisch und kontemplativ wirkenden Landschaft. Aus der nur scheinbar zufälligen Anordnung der Sandfelder am Boden und der vergrößerten Sandkörner entsteht eine szenografische Ordnung, die an den Aufbau asiatischer Gärten erinnert und die Besucher zu Teilen einer Choreografie werden lässt.

Das Lichtkonzept wurde gemeinsam mit **Thorsten Kosellek** erarbeitet. Die 60-minütige Soundinstallation stammt vom Komponisten und Klangkünstler **Jared Meier-Klodt**. Ausgangspunkt der Komposition sind Tonaufnahmen von Sand, die in alltäglichen, natürlichen und industriellen Kontexten entstanden sind. Meier-Klodt zerlegt diese Aufnahmen in Klangpartikel im Millisekunden Bereich – sogenannte Körner – und fügt sie zu neuen, vielschichtigen Klangtexturen.

Die Ausstellung findet im Rahmen der **Berlin Art Week 2026** statt.

Berlinische Galerie Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur
Alte Jakobstraße 124 -128 - 10969 Berlin

Vom 11. September 2026 bis zum 5. April 2027.

Das Museum hat Mittwoch bis Montag von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet (Dienstag geschlossen). Der reguläre Eintritt für die Tageskarte beträgt 12 €, ermäßigt 7 €.

www.berlinischegalerie.de

Über die Künstlerin

Jeewi Lee (*1987 in Seoul, Südkorea) studierte Malerei an der Universität der Künste Berlin sowie am Hunter College in New York. Seit 2015 wurde sie in zahlreichen nationalen und internationalen Ausstellungen gezeigt.



2018 erhielt sie den Kunstpreis Villa Romana, 2021 den Kunstpreis Junger Westen und 2025 das Stipendium Villa Aurora. **Jeewi Lee** lebt und arbeitet in Berlin.

Der GASAG Kunstpreis

Die von der GASAG initiierte Auszeichnung wird seit 2010 in Kooperation mit der Berlinischen Galerie

vergeben. Die Partner ehren mit dem Preis alle zwei Jahre eine herausragende künstlerische Position an der Schnittstelle von Kunst, Wissenschaft und Technik. Mit dem GASAG Kunstpreis ist eine ortsspezifische Präsentation in der Berlinischen Galerie und eine Publikation verbunden.

Der zweisprachige Katalog (dt./engl.) erscheint im November 2026 im Verlag Kettler. Er dokumentiert die Ausstellung und enthält Texte von **Guido Faßbender**, **Dehlia Hannah**, **Keumhwa Kim** und **Thomas Köhler**.

Bisherige Preisträger:

Susanne Kriemann (2010), **Tue Greenfort** (2012), **Nik Nowak** (2014), **Andreas Greiner** (2016), **Julian Charrière** (2018), **Marc Bauer** (2020) und **Mariechen Danz** (2024)

Jury des GASAG Kunstpreises 2026:

Kathrin Becker (KINDL – Zentrum für zeitgenössische Kunst), **Mariechen Danz** (Preisträgerin GASAG Kunstpreis 2024), **Guido Faßbender** (Berlinische Galerie), **Dr. Thomas Köhler** (Berlinische Galerie), **Christina Landbrecht** (Schering Stiftung), **Birgit Rieger** (Tagesspiegel), **Dr. Julia Wallner** (Arp Museum Bahnhof Rolandseck), Beisitzerin: **Birgit Jammes** (GASAG).

Nominiert für den GASAG Kunstpreis 2026 waren:

Sophie Erlund, **Simon Faithfull**, **Heike Kabisch**, **Jeewi Lee**, **Marina Pinsky**, **Sarah Ancelle**, **Schönfeld**, **Maya Schweizer**.

Quelle: Berlinische Galerie / GASAG

15) Was ist geschehen? Lesermeinungen



seit 1976

Nr. 652-15 A

19. August 2026

51. Jahrgang

Was ist geschehen?

Lesermeinungen

Lieber Ed Koch,

Ihre Zahlen finde ich interessant, aber bei Ihrer Schlussfolgerung gehe ich nicht ganz mit. Dass sich der Aufstieg der AfD nicht allein mit Arbeitslosigkeit, Renten oder Reallöhnen erklären lässt, bedeutet für mich noch nicht, dass wir mit den Medien den Schuldigen gefunden haben.

Vielleicht liegt das größere Problem im zunehmenden Vertrauensverlust in die Fähigkeit von Politik und Staat, erkennbare Probleme tatsächlich zu lösen.

Der erste große Schub der AfD kam mit der Flüchtlingsmigration 2015/16. Ein weiterer setzte ab 2022 ein: Pandemie-Folgen, Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation, erneute Migrationsdebatte und eine Bundesregierung, die den Eindruck permanenter Uneinigkeit vermittelte. Dabei ist die objektive wirtschaftliche Lage nicht dasselbe wie die Wahrnehmung der eigenen Situation. Ein Reallohnplus beseitigt beispielsweise nicht den zuvor eingetretenen Kaufkraftverlust und schon gar nicht Zukunfts- und Abstiegsängste.

Aber die wichtigere Frage ist für mich: Was folgt daraus?

Die demokratischen Parteien werden die AfD meines Erachtens nicht durch bessere Kommunikation oder moralische Abgrenzung wieder kleiner bekommen. Sie müssen beweisen, dass demokratische Politik Probleme lösen kann.

Dazu würde für mich erstens ein handlungsfähiger Staat gehören: funktionierende Verwaltung, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, bessere Schulen, mehr Wohnungsbau und öffentliche Räume, in denen Regeln auch durchgesetzt werden. Nicht immer neue Programme ankündigen, sondern Ergebnisse definieren, messen und gegebenenfalls nachsteuern.

Zweitens muss Migration geordnet werden, ohne die Politik der AfD zu übernehmen. Wer kein Aufenthaltsrecht hat, muss grundsätzlich auch wieder gehen. Wer bleiben darf, muss dagegen möglichst schnell Sprache lernen, eine Ausbildung erhalten oder arbeiten können. Probleme mit Migration müssen benannt werden dürfen, ohne Menschen aufgrund ihrer Herkunft auszugrenzen.

Drittens sollten wir staatliches Geld wesentlich zielgenauer einsetzen. Ich halte wenig davon, mit teuren Gießkannenmaßnahmen auch diejenigen zu subventionieren, die staatliche Unterstützung gar nicht benötigen. Das Geld brauchen wir dringender für Kitas und Schulen, Familienzentren, Jugendsozialarbeit, Ausbildung, bezahlbares Wohnen und Prävention – also dort, wo staatliche Investitionen Lebenschancen tatsächlich verändern können.

Und damit komme ich zu einem Punkt, der gerade für die SPD wichtig ist: Sozialdemokratische Politik darf sich nicht darauf beschränken, schwierige Lebenslagen finanziell abzufedern. Ihr eigentliches Versprechen müsste wieder gesellschaftlicher Aufstieg sein. Ein Kind darf nicht deshalb schlechtere Bildungschancen haben, weil seine Eltern arm sind oder selbst wenig Bildung erfahren haben. Ausbildung, gute Arbeit, wirtschaftliche Selbstständigkeit und auch Eigentumsbildung sollten wieder selbstverständliche sozialdemokratische Ziele sein.

Dazu gehört aber auch Selbstkritik. Wenn eine politische Maßnahme nicht funktioniert, sollte man sie ändern, statt sie jahrelang zu verteidigen. Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass Politik behauptet, alles richtig gemacht zu haben, sondern dadurch, dass sie aus Fehlern erkennbar Konsequenzen zieht.

Natürlich beeinflussen Medien die öffentliche Stimmung. Aber wenn Menschen erleben, dass Schulen nicht funktionieren, Wohnungen fehlen, Behörden überfordert sind oder sich an bestimmten Orten offene Drogenszenen etablieren, haben ihnen die Medien diese Erfahrungen nicht eingeredet.

Vielleicht liegt deshalb gerade hier die wirksamste Strategie gegen die AfD: weniger über die AfD reden und mehr beweisen, dass der demokratische Staat funktioniert.

Die AfD lebt davon, dass viele Menschen den demokratischen Parteien die Lösung ihrer Probleme nicht mehr zutrauen. Nehmen wir ihr diese Geschäftsgrundlage!

Herzliche Grüße

Angelika Syring

Zitat aus dem paperpress-Artikel: Ist der russische Krieg gegen die Ukraine schuld, weil er uns Milliarden Euro kostet? Die Rente mit 63 kanns ja wohl nicht sein. Aber kann es sein, dass die Lage eigentlich besser ist als die Stimmung? Und wer ist für die Stimmung zuständig? Die Medien, da haben wir den Schuldigen.

Na, wenigstens die richtige Frage gestellt - aber wo bleibt die Antwort? Warum sind die Alten unzufrieden im Osten - weil sie die Kriegshetze satt haben. Weil sie Ideologie schon mal hatten, und durch jeden Fernsehsender wieder auf Linie gebracht werden

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stübbrand
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 652-15 A

19. August 2026

51. Jahrgang

sollen. Das kennen sie von früher! Wenn die Wessis nix merken, ist das nicht die Schuld der Rentner im Osten - sondern der Blödheit der Wessis geschuldet. (Westberliner meine ich ausdrücklich nicht - denn die kennen ja wenigstens den Osten).

Wir Nachkriegskinder wissen noch, was uns unsere ausgebombten Eltern erzählt haben - haben wir es weitererzählt? Woher kommt die Kriegsfreude und kriegerische Sprache bei den etablierten Parteien an den Regierungstischen? Sollte ein Bundeskanzler - egal welcher Partei - nicht ein Kanzler für Frieden sein? G.

Absender ist der Redaktion bekannt.

16) Kein Wohnraum für junge Menschen: Berlin braucht dringend eine Jugendquote

50
paperpress

seit 1976

Nr. 652-16

19. August 2026

51. Jahrgang

Kein Wohnraum für junge Menschen: Berlin braucht dringend eine Jugendquote

Wohnungsunternehmen sollen verpflichtet werden, zehn Prozent ihrer Wohnungen ausschließlich an junge Menschen zu vermieten. Die maximale Warmmiete darf dabei 9,92 Euro pro Quadratmeter nicht überschreiten. Wohnraum bleibt sonst für zu viele junge Menschen unbezahlbar. Dazu braucht Berlin ein Azubiwerk nach Münchner Vorbild. Es sind zwei von zehn Forderungen, mit denen sich der **Landesjugendring Berlin** in den Wahlkampf zur Berlin-Wahl einmischt.

Wer jung ist, hat es auf dem Wohnungsmarkt besonders schwer: Ein WG-Zimmer in Berlin kostet aktuell 650 Euro im Schnitt. Auszubildende, Studierende und Berufseinsteiger haben oft nur geringe finanzielle Ressourcen, prekäre Jobs, unsichere Einkommensperspektiven und sind dazu oft neu auf dem Wohnungsmarkt. „Wir brauchen jetzt sofort eine Lösung, die junge Menschen schneller mit bezahlbarem Wohnraum versorgt“, sagt **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. „Dafür brauchen wir eine Jugendquote.“ Foto: Landesjugendring Berlin



Öffentliche und private Wohnungsunternehmen sollen verpflichtet werden, eine Jugendquote von zehn Prozent bei der Wohnraumvergabe einzuhalten, fordert der Landesjugendring Berlin. Das entspricht dem Anteil der 18- bis 26-Jährigen an der Berliner Gesamtbevölkerung. Die Warmmiete darf dabei nicht mehr als ein Prozent des BAföG-Höchstsatzes pro Quadratmeter betragen. Aktuell wären das 9,92 Euro. Der Landesjugendring Berlin versteht seinen Vorschlag als Diskussionsangebot an die künftige Landesregierung.

Das Land muss auch dafür sorgen, dass das Studierendenwerk mehr Wohnheimplätze anbieten kann: Aktuell warten Studierende bis zu 18 Monate auf einen der gerade einmal 9.000 Plätze. Und das bei 170.000 Studierenden in der Stadt. Für Auszu-

bildende ist die Lage sogar noch dramatischer: Für sie gibt es nicht einmal eine vergleichbare Einrichtung. Berlin muss daher ein Azubiwerk nach Münchner Vorbild aufbauen, fordert der Landesjugendring Berlin. Dort gibt es bereits über 1.000 Wohnheimplätze für Auszubildende. Apartments kosten ab 292 Euro, das Azubiwerk wird von der Stadt unterstützt. München geht sogar noch weiter: Eine „Umbauagentur“ soll leerstehende Büroflächen in Wohnraum umwandeln. Auch in Berlin stehen rund zwei Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Hier könnte Wohnraum für junge Menschen entstehen.

Seit Juli gibt es in der Hauptstadt zwar das „Berliner Azubiwohnen“. Dort stehen aber aktuell gerade einmal 154 Plätze für 340 Euro Miete zur Verfügung. „Das Berliner Modell ist ein richtiger erster Schritt“, sagt Weickmann. München zeige aber auch: Eigens für Azubis gebaute Wohnanlagen für spürbar günstigere Preise sind möglich. „Berlin muss massiv Wohnraum für alle junge Menschen bereitstellen“, so Weickmann. Denn: „Wer kein Zuhause findet, kann auch nicht bleiben. Und fehlt Berlin dann in Zukunft.“

Über die Kampagne #WasFürUns: Berlin-Wahl ab 16

Am 20. September 2026 wählt Berlin. Zum ersten Mal gilt Wahlalter 16. Etwa 780.000 junge Menschen zwischen sechs und 27 Jahren leben in Berlin. Das sind 21 Prozent der Stadtbevölkerung. Ihre Perspektiven spielen in der Politik leider zu selten eine Rolle. In den kommenden Wochen stellt der Landesjugendring Berlin daher seine jugendpolitischen Forderungen vor. Die zehn Forderungen wurden von 37 Berliner Jugendverbänden beschlossen, die zum Landesjugendring Berlin gehören. Die Themen: Wohnen, Mobilität, Jugendverbände und politische Bildung, Ehrenamt und die fehlende Jugendstrategie für Berlin.

Alle zehn Forderungen im Überblick:

<https://ljrberlin.de/wahl2026/forderungen>

Kampagnenseite zur Berlin-Wahl:

<https://ljrberlin.de/wahl2026>

Quelle: Landesjugendring Berlin

17) Was ist geschehen? Von Ed Koch



seit 1976

Nr. 652-15
18. August 2026
51. Jahrgang

Was ist geschehen?

Die Wahltermine rücken näher. Noch 19 Tage bis Sachsen-Anhalt und 33 bis Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Wirft man einen Blick auf die Umfragewerte im Vergleich zu den Wahlen von vor fünf Jahren, darf die Frage erlaubt sein, was ist geschehen seit 2021 in Bezug auf die Steigerungen bei der AfD?

Partei	Prozent Umfrage INSA 14.08.2026	Differenz zur Wahl 2021	Sitze nach Umfrage	Differenz zur Wahl 2021	130 Sitze Wahl 20.09.26
CDU	20%	-8,0	30	-22	
Linke	19%	+6,8	28	+6	
AfD	17%	+7,9	25	+8	
Grüne	16%	-2,4	24	-10	
SPD	15%	-3,4	23	-11	

Partei	Prozent	Differenz	Sitze	Differenz	Sitze
AfD	42%	+21,2	39	+16	83 Sitze
CDU	22%	-15,1	21	-19	Wahl 06.09.26
Linke	13%	+2,0	12	unverändert	
SPD	6%	-2,4	6	-3	
BSW	5%	+5,0	5	+5	

Partei	Prozent	Differenz	Sitze	Differenz	Sitze
AfD	36%	+19,3	28	+14	71 Sitze
SPD	29%	-10,6	23	-11	Wahl 20.09.26
Linke	11%	+1,1	8	-1	
CDU	10%	-3,3	8	-4	
Grüne	5%	-1,3	1	-1	

Quelle: INSA - Auswertung Berliner Zeitung - Tabelle: paperpress

8. Dezember 2021 bis 7. November 2024 Ampel unter **Olaf Scholz**, 7. November 2024 bis 6. Mai 2025 Rot-Grüne Minderheitsregierung, seit dem 6. Mai 2025 so genannte Große Koalition unter **Friedrich Merz**. Am Ende der Ampel hatte die AfD in Berlin 13, jetzt 17, in Sachsen-Anhalt 30, jetzt 42, und in Mecklenburg-Vorpommern 29, jetzt 36 Prozent. Unter Scholz kletterte die AfD kontinuierlich nach oben, unter Merz, der die AfD halbieren wollte, noch steiler nach oben. Wer hat Schuld?

Das Bruttoinlandsprodukt liegt 2026 zwischen 0,5 und 0,8 Prozent über dem Niveau von 2021. Daran kanns nicht liegen. Kaufkraftverlust in den fünf Jahren zwölf Prozent. Haben wir hier den Schuldigen?

Wie siehts bei den Reallöhnen aus? **2021** +3,1%, **2022** -4,1%, **2023** +0,2%, **2024** +2,9%, **2025** +1,9%, 1. Quartal **2026** +1,8%. Es geht also nicht mehr abwärts. Und wie sieht es bei den immer nörgeleinden Rentnern aus? **2021**: West 0,00% / Ost +0,72%, **2022**: West +5,35% / Ost +5,35% bzw. +6,12%. **2023**: Bundesweit +5,86% (vollständige Angleichung Ost an West) **2024**: Bundesweit +4,57%. **2025**: Bundesweit +3,74% **2026**: Bundesweit +4,24%. Sieht doch nicht schlecht aus, oder? Warum sind grade so viele alte Menschen unzufrieden?

Arbeitslosenquote: **2021**: 5,7% **2022**: 5,3% **2023**: 5,7% **2024**: ca. 6,0% **2025**: 6,3% **2026**: ca. 6,3% bis 6,4% (Werte für das laufende erste Halbjahr).

Berlin: **2021**: 10,9%, **2022**: **2023**: 9,0 bis 10,0%, **2024**: **2025**: 10,3%, 1. Halbjahr **2026** 10,2-10,4%.

Sachsen-Anhalt: **2021**: 7,6%, **2022**: 7,1%, **2023**: 7,5%, **2024**: 7,5% **2025**: 8,0%, **2026**: 8,1%.

Mecklenburg-Vorpommern: **2021**: 7,6% **2022**: 7,3% **2023**: 7,7/7,8% **2024**: 7,9% **2025**: 7,9% **Juli 2026**: 7,8%.

Entweder kann ich die Zahlen nicht richtig deuten, oder sie geben tatsächlich nicht her, warum die Menschen in den fünf Jahren einen Grund hatten, unzufriedener zu werden und meinten, sich der AfD zuwenden zu müssen.

Ist der russische Krieg gegen die Ukraine schuld, weil er uns Milliarden Euro kostet? Die Rente mit 63 kanns ja wohl nicht sein. Aber kann es sein, dass die Lage eigentlich besser ist als die Stimmung? Und wer ist für die Stimmung zuständig? Die Medien, da haben wir den Schuldigen.

In unserem Land muss niemand hungern und jeder, der es möchte, findet einen überdachten Schlafplatz. Deutschland ist eine der stabilsten Demokratien der Welt. Lasst Euch nicht einreden, dass es anders sei. Wer keinen beschimpft oder verunglimpft, kann sagen, was er will, und sei es noch so dämlich. Dennoch: Wenn ich Einwanderer wäre, Jude oder eine dunkle Hautfarbe hätte, würde ich dieses Land verlassen. Das ist unser Problem und sonst gar nichts. Die Schuldigen daran sind bekannt.

Ed Koch

paperpress comment

Nr. 652-13

16. August 2026

51. Jahrgang

KW 33 Teil 2 – Die SPD

Kein Geheimnis ist es, weil überall nachzulesen, dass ich von 1968 bis 1998 Mitglied der SPD war. Mein Grund einzutreten, hieß **Willy Brandt**. Mein Grund auszutreten, war das unsägliche Geschacher um eine fraglos notwendige, aber völlig falsch umgesetzte Bezirksgebietsreform in Berlin. „Vergossene Milch“, würde **Robert Habeck** sagen.

Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sehe ich bei dieser Partei nach wie vor am besten aufgehoben. Unerträglich sind jedoch die parteiinternen Machenschaften und das Gerangel um Posten, von denen ich nach 30 Jahren genug hatte. Auch bei anderen Parteien wird es vermutlich nicht besser sein.

Steffen Krach hat mir geschrieben, wie vielen Tausend anderen auch. „Ich mache Politik mit gesundem Menschenverstand statt mit ideologischen Scheuklappen: Sie können sich auf mich verlassen.“ Ja, das glaube ich ihm, und ich kann ihn mir auch sehr gut als Regierenden Bürgermeister vorstellen. Ich hätte mir auch **Franziska Giffey** erneut als Regierende Bürgermeisterin vorstellen können, eine Ansicht, die mir immer wieder Ärger mit Genossen einbringt, die zu meinem Freundeskreis gehören. Den gleichen Ärger bekomme ich, wenn ich sage, dass ich **Stefan Evers** als geeignet für dieses Amt halte. Ich begeben mich gern in die Minderheitsposition im Kreise meiner Freunde. Mehrheitsmeinung kann jeder.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eher Evers als Krach den Chefposten im Roten Rathaus erlangt, ist sehr hoch. Ich möchte in Berlin nicht erneut eine Koalition aus – in welcher Reihenfolge auch immer – SPD, Grünen und Linken. Und ich möchte keinen Senatschef oder Chefin der Linken oder Grünen. Aber, das wäre bei R2G der Fall, denn Linke und Grüne liegen wie festgemauert vor der SPD. Ließe sich die SPD auf so ein Bündnis ein, müsste sie **Elif Eralp** oder **Werner Graf** an die Spitze des Senats wählen. Andererseits kann ich mir eine Schwarz-Grün-Rote-Koalition auch nicht vorstellen. Aber eine von beiden wird es.

Die Wahl ist noch gar nicht gelaufen, da machen sich die Berliner Genossinnen und Genossen schon Gedanken um den **Day After**. Am 10. August erschien in der **BZ** die Überschrift: „Wäre Giffey die bessere SPD-Kandidatin gewesen?“ **Stefan Peter** schreibt: „Steffen Krach kann einem fast schon leidtun. Seit Wochen wird der Spitzenkandidat der Berliner SPD bei jeder Wahl-Umfrage abgewatscht. Aktuell liegen die Genossen bei zwölf bis 13 Prozent, klar auf dem letzten Platz. Dabei bringt er auf den ersten Blick

gute Voraussetzungen mit: Krach sieht gut aus und ist im persönlichen Gespräch sympathisch. Er gehört keinem Flügel an, kommt mit (fast) allen in der Partei gut aus – was in der Berliner SPD tatsächlich eine Leistung ist! Aber nett sein allein hilft halt nicht.

*Krach äußert sich zu allen möglichen Themen, wirklich Überraschendes kommt von ihm aber nicht. **Werner Graf** und **Bettina Jarasch** (das Spitzenduo der Grünen) langweilen die Wähler zwar auch, aber die Öko-Partei hat ihre feste Wählerschaft. Die würde auch für einen Stuhl stimmen, solange der grün gestrichen ist.*

Jetzt diskutieren die Genossen: Hätte die SPD wieder mit Franziska Giffey in den Wahlkampf ziehen sollen? ... Giffey ist pragmatisch, verkopfte Ideologie ist ihr fremd. Genau das wurde ihr wohl zum Problem – der linke Flügel der SPD setzt mehr auf Klassenkampf. Doch die Linkspartei zu kopieren, bringt exakt null.

*Sollte sich der letzte Platz der SPD am Wahltag bestätigen, droht Krach eine offene Revolte in der Partei. Dann dürfte sein Posten als Landeschef wackeln. Anspruch darauf erhebt vermutlich jemand, der den Job schon mal hatte und sich für den starken Mann in der Berliner SPD hält (und ist): **Raed Saleh**. Aktuell ist er „nur“ Fraktionschef, er gilt in der Partei vielen als Meister der Intrigen und des Populismus.“*

Der Kommentar hätte von mir sein können. **Raed Saleh** bastelt vermutlich schon jetzt an der Schuldfrage, unbeachtet der Tatsache, dass er seit über 15 Jahren am stetigen Abstieg der Berliner SPD an vorderster Linie beteiligt war. In welcher Dreier-Konstellation auch immer, die SPD wird nur drei Senatsposten besetzen dürfen. Zehn Mitglieder hat der Senat, einschließlich des Regierenden Bürgermeisters. Ich verwette meinen neuen Hometrainer, dass Saleh längst eine Liste gemacht hat, wer Senator und wer Staatssekretär von seinen Gnaden werden darf. Steht **Steffen Krach** auf der Liste? Er hat, wie er sagte, kein Rückreisesticket nach Hannover. Jeder, der nach Berlin kommt, sollte ein Rückreisesticket haben, so wie **Hans-Jochen Vogel** 1981 nach München und **Hans Apel** 1985 nach Hamburg.

Der unerfreuliche Zustand der Berliner SPD ist natürlich auch hausgemacht. Die jahrelangen Streitereien haben bei den Wählern Spuren hinterlassen. Aber, was keine Entschuldigung sein darf, besonders haben alle SPD-Landesverbände, auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, unter der Performance der Bundes-SPD zu leiden.

In dieser Woche erschienen in der **Berliner Zeitung** und der **taz** zwei niederschmetternde Artikel. Dramatischer als **Matthias Hochstätter** in der **Berliner Zeitung** kann man die Lage nicht beschreiben:

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIereg Druckcenter www.piereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.

Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress comment

Nr. 652-13

16. August 2026

51. Jahrgang

„Mit dem schrittweisen Suizid der SPD kommt auch das Ende der Merz-Regierung in Sicht. Die Stühle von **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** wackeln. Im Herbst könnten bei der SPD Köpfe rollen. Das würde die Regierung sprengen – und den Untergang der SPD besiegeln.“

Hochstätter schreibt: „Man muss sich das mal vorstellen: Die beiden SPD-Chefs **Bärbel Bas** und **Lars Klingbeil** hauen Kanzler **Friedrich Merz** ein ums andere Mal übers Ohr und ziehen die Union regelmäßig in politischen Verhandlungen so weit über den Tisch, dass Merz und seine Partei über die Monate so schlecht wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik dastehen. Und dann meckern die Sozis auch noch über ihre Führung und wollen Bas und Klingbeil wegwutschen?! Verrückte Welt.“

Und weiter: „Billionen neue Schulden und Sondervermögen, muntere Rentenerhöhungen, Bürgergeld wird nur umbenannt, Ausweitung der Tariftreue, lahme Sozialreformen, Steuerentlastung für Geringverdiener – was wollen die Genossen denn noch, um die sozialdemokratische Seele zu beruhigen?“

Der Juso-Vorsitzende **Philipp Türmer** laufe seit Wochen „nur noch mit geballter Faust in der Tasche herum, mahnt den Schutz der geschundenen ‚sozialdemokratischen Seele‘ an und warnt Bas und Klingbeil regelmäßig vor einem ‚Basisaufstand‘ oder einer ‚Revolution.‘“ Kleiner hat es Herr Türmer wohl nicht. Es gibt in der SPD das „Forum Demokratische Linke“, und deren Vorstand **Jan Dieren** sieht „die Glaubwürdigkeit der SPD als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen“ in Gefahr und möchte endlich mehr Sozialismus wagen.

Scheitert das Reformpaket, scheitert die Bundesregierung. Und dann? Die SPD nimmt sich derweilen Zeit für eine Personaldiskussion. Es ist eine Frage zur Unzeit, darüber zu lamentieren, ob Bas und Klingbeil neben dem Parteivorsitz auch noch Bundesminister sein bzw. bleiben sollen. Aber, die Bundesarbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt in der SPD“ fordert einen Sonderparteitag im Herbst, um Bas und Klingbeil abzuwählen: „Die aktuelle Führungsstruktur der SPD, als auch die inhaltliche Ausrichtung der Parteispitze ist offensichtlich gescheitert. Der Parteivorsitz und das Regierungsamt in Personalunion sind in der aktuellen Lage der Partei keine Option mehr.“ „Rädelsführer des Putschversuchs“, erfahren wir aus der **Berliner Zeitung**, „sind **Orkan Özdemir** aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und **Mehria Ashuftah** aus der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie sehen in der Bevölkerung eine ‚massive Irritation hinsichtlich der Sozialdemokratie in unserem Land‘“. Ja, das alles ist maximal irritierend und hilft der SPD nicht weiter.

„Mittlerweile,“ schreibt **Matthias Hochstätter** „ist das SPD-Profil so scharf, dass es mit der Linken beinahe deckungsgleich ist.“ Hochstätter bezeichnet den stetigen Linksruck in der SPD als „eine selbstreferenzielle Strategie in den schrittweisen Selbstmord.“

„Würde die SPD nach einem Putschparteitag im Herbst noch weiter nach links rücken, dann zerbricht die Koalition mit der Union.“, prognostiziert der Autor der **Berliner Zeitung**. Diejenigen, die die Abwahl von Bas und Klingbeil fordern, haben sicherlich schon Kandidatennamen in ihrer Schublade, wer dann den Schleudersitz SPD-Vorsitzender übernehmen sollte.

Seit 1946 hatte die SPD 24 Vorsitzende. Zehn davon sind zurückgetreten und sechs waren nur kommissarisch tätig. Zwei sind noch im Amt. Die restlichen haben nicht erneut kandidiert.

„Je mehr Merz reformieren will, desto stärker sperren sich Bas und Klingbeil, desto schlechter die Gesamt-Performance der Koalition, desto mieser die Umfrage-Werte.“ schreibt **Matthias Hochstätter**. Woher kommt bei der SPD dieser Hang zum Untergang? Hat sie doch den Untergang in Nazi-Deutschland überlebt. Das muss doch Ansporn sein, nicht noch einmal untergehen zu wollen, und diesmal ohne Fremdeinwirkung.

Auch der Innenressort-Chef der **taz**, **Kersten Augustin**, stellt fest, dass die Kritik am SPD-Führungsduo nicht abebbt. „Doch die Personaldebatten lenken davon ab, dass die Partei ein inhaltliches Problem hat.“, stellt er fest. „Sollte die SPD ihre Vorsitzenden austauschen? Noch wird diese Forderung nur von geltungsbewussten Genossen der dritten Reihe laut ausgesprochen.“

„Den richtigen Zeitpunkt für die Frage, wer der SPD neues Leben einhauchen könnte, gibt es nicht.“ „Spekuliert wird, dass nach den Landtagswahlen **Manuela Schwesig** den Parteivorsitz übernehmen könnte – wenn sie es schaffen sollte, Mecklenburg-Vorpommern gegen die AfD und gegen den Trend ihrer Partei zu verteidigen.“ Auch sie hätte dann ein Regierungs- und Parteiamt inne. „Doch wer glaubt, dass Schwesig die Rettung für die SPD wäre, schlägt auch **Cem Özdemir** als Chef der Grünen vor.“ „Die SPD ist mit ihrer Sehnsucht nach neuen Gesichtern nicht allein. Auch in der Union wird in diesem Sommer über ein Ende von **Friedrich Merz** als Bundeskanzler geraunt. Der Wunsch ist verständlich, aber er ist trügerisch.“ schreibt **Kersten Augustin**.

Wenn es der Union und der SPD nicht gelingt, diese Koalition zum Erfolg zu führen, dann Gnade Gott diesem Land.

Ed Koch

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

19) KW 33 (10.08. bis 16.08.2026) Teil 1 – Die Zweitstimme. Von Ed Koch



seit 1976

Nr. 652-12

16. August 2026

51. Jahrgang

KW 33 Teil 1 - Die Zweitstimme

Der Wahlkampf tobt so vor sich hin, die Kandidaten rennen durch die Stadt, klingeln an Haustüren und werfen ihre Flyer in die Briefkästen. Für Kugelschreibersammler ist es eine gute Zeit, einen Vorrat anzulegen, einfach alle Infostände abklappern.

Ein alter Gag: Sagt ein Mitarbeiter in einem Wahllokal zu dem vor ihm stehenden Wähler: „*Sie wissen, dass Sie auch eine Zweitstimme haben!*“ Antwort: „*Ja, aber meine Frau wählt schon selbst.*“

Wir wählen Parteien, auch wenn es so aussieht, als würden wir Personen die Stimme geben, weil uns von den Plakaten aufgeblühte Menschen anschauen. Die Erststimme ist für den jeweiligen Kandidaten im Wahlkreis gedacht, also dort, wo man wohnt. OK. Die Zweitstimme regelt letztlich das prozentuale Verhältnis der Parteien im Parlament. Das ist gerecht und besser als beispielsweise in Großbritannien, wo es nur Direktkandidaten gibt, und es sein kann, dass eine Partei mit 20 Prozent nur fünf Prozent der Mitglieder des Parlaments stellt. Nur, wer direkt gewählt wird, zieht ins Unterhaus ein.

Wäre das im Abgeordnetenhaus von Berlin wie im Unterhaus, säßen lediglich vier direkt gewählte Vertreter der SPD im Parlament. Die SPD holte aber 18,4 Prozent der Wählerstimmen, wonach ihr 34 Abgeordnete zustehen. Woher kommen nun diese 30 Leute? Von den Listen. Es gibt Parteien, die erstellen eine Landesliste, andere für jeden Bezirk eine. Die Listen sind salopp gesagt die Zweitstimmen. Anders als in anderen Ländern, wo nur direkt Gewählte ins Parlament kommen, spiegeln unsere Parlamente den Wählerwillen wider. Haben es, wie gesagt, nur vier Kandidaten direkt geschafft, müssen die 30 auf der Liste nicht traurig sein.

Und deshalb ist der Kampf um diese Plätze so erbarmungslos, in allen Parteien. Da wird wochenlang vorher gekungelt, sich in die tatsächlich existierenden Hinterzimmer zurückgezogen, und gefeilscht wie auf einem orientalischen Wochenmarkt. Nein, da sitzen keine Freunde zusammen und suchen die beste Frau, den besten Mann. Da geht's um ganz andere Interessen. Es werden nicht nur die Besten ins Parlament geschickt, sondern die, denen es gelang, eine Mehrheit auf den Nominierungsparteitagen zu erlangen.

Im Regelfall ist es so, dass jeder Wahlkreiskandidat über die Liste abgesichert ist, das heißt, gewinnt er den Wahlkreis nicht direkt, und hat er einen guten, also vorderen Platz auf der Liste, kann er dennoch ins Parlament einziehen, auch wenn er eigentlich verloren hat. Immer wieder machen die Parteien ihre Spielchen, fernab jeder Ernsthaftigkeit. Blicken wir

einmal beispielhaft auf **Franziska Giffey**, die mit Abstand bekannteste SPD-Politikerin Berlins, und fraglos auch aktivste.

2021 stand sie auf Platz Eins der Bezirksliste Neukölln, brauchte dieses Privileg aber nicht, weil sie ihren Wahlkreis direkt gewann. Bei der Wiederholungswahl 2023 zog sie allerdings über die Bezirksliste ins Abgeordnetenhaus ein, weil sie ihren Wahlkreis an die CDU verloren hatte. Und 2026 muss sie um den Wiedereinzug bangen, denn ihre Partei setzte sie nicht erneut auf die Bezirksliste. Den Wahlkreis direkt zu gewinnen, ist ziemlich aussichtslos. Offenbar kann es sich die SPD leisten, auf gute Leute zu verzichten. Denn, darum geht's nicht. Nominiert wird nur, wer in welches Schema auch immer passt, oder welcher Gruppierung auch immer angehört. Und passt Giffey erkennbar nicht rein.

Sie werden sich bis hierher gefragt haben, was ich Ihnen eigentlich erzählen will. **Kommen wir also auf den Punkt.** Nicht Sie, liebe Wählerinnen und Wähler, entscheiden, wen Sie wählen können, sondern die Parteien. Gewählt werden Parteien und nicht Personen. Auch wenn es bei den Direktkandidaten so aussieht, die Auswahl, wer im Wahlkreis kandidieren darf, treffen die Parteien. Sie haben dann lediglich die Möglichkeit, sich zwischen den verschiedenen Vorschlägen zu entscheiden. Die Parteien machen Ihnen also lediglich Personalvorschläge.

Wenn Ihnen das nicht ausreicht, gibt es nur eine Möglichkeit, das zu ändern. Werden Sie Mitglied in einer Partei, dann entscheiden Sie mit, wer auf das Wahlplakat kommt. In dieser Woche sind die aktuellen Mitgliedszahlen der Parteien veröffentlicht worden.

Mitgliederstärkste Partei ist die Linke mit 18.338 Genossen (Stand 12.08.) Täglich soll es 20 Neueintritte geben. Nach einem Mitgliederplus 2025 sind die Zahlen bei den Grünen wieder rückläufig, 17.513 (30.06.), etwa 600 bzw. 3,4 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Viele Jahre war die SPD die Mitgliederstärkste Partei. Am Jahresanfang waren es noch 17.673. Aktuelle Zahlen teilt die SPD nicht mit. Zur Jahresmitte zählte die CDU 12.159 Mitglieder, 272 bzw. 2,2 Prozent weniger als vor einem Jahr. Zuwachs hingegen gibt's bei der AfD, deren Mitgliederstand von 1.908 auf 2.084 kletterte, +3,98 Prozent. FDP: 3.370, ein Minus von 274 bzw. 7,5 Prozent. Den größten Zuwachs auf niedrigem Niveau gibt's bei **Sahra Wagenknecht**, die **Björn Höcke** als Ministerpräsidentin von Thüringen vorgeschlagen hat, von 292 auf 1.090, +808 bzw. 273,29 Prozent. Da schmeckt einem keine Bratwurst mehr.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

20) Verlorenes Vertrauen. Von Jannik Rubick



Nr. 652-09 14. August 2026 51. Jahrgang

Verlorenes Vertrauen

„Schon bei der Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin war mir klar: Über diese Amtszeit muss ich ein Buch schreiben.“, begründet Jannik Rubick die Herausgabe eines quasi Nachrufs auf Kai Wegner.



Die historisch wohl ungewöhnlichste erste Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der Kai Wegner erst im dritten Wahlgang zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde, machte bereits deutlich, dass diese Regierungszeit politisch alles andere als gewöhnlich werden würde. Dass diese Amtszeit später von politischen Kontroversen, aufgedeckten Widersprüchen und einem folgenreichen Vertrauensverlust geprägt sein würde, konnte ich damals natürlich noch nicht wissen.

In meinem Buch **„Das verlorene Vertrauen: Aufstieg, Macht und Absturz des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner“** habe ich seine bisherige Amtszeit analysiert. War die Regierungszeit tatsächlich so schlecht, wie es die Presse und manche politischen Kritiker darstellen? Oder hat Kai Wegner trotz aller Kontroversen wichtige Projekte angestoßen und für Berlin einiges auf den Weg gebracht?

War Kai Wegner der Hoffnungsträger, der Berlin nach Jahren des politischen Stillstands verändern und die Stadt neu ausrichten wollte? Oder wurde seine Amtszeit zunehmend zum Symbol für eine Politik, in der Anspruch und Wirklichkeit immer weiter auseinanderdriften?

Dieses Buch zeichnet Wegners politischen Weg nach – von seinen Anfängen in der Berliner CDU über seinen Aufstieg innerhalb der Partei bis an die Spitze des Roten Rathauses. Es geht um Wahlversprechen und Regierungsentscheidungen, um Koalitionen und Machtkämpfe, um politische Erfolge und Rückschläge, um öffentliche Kontroversen und um die Frage, wie belastbar das Vertrauen in einen Regierenden Bürgermeister tatsächlich ist.

Dabei geht es nicht nur um die großen politischen Schlagzeilen. Auch die vielen Entscheidungen, die im politischen Alltag getroffen wurden, werden betrachtet. Welche Vorhaben wurden umgesetzt? Welche Versprechen blieben unerfüllt? Wo wurden Veränderungen angestoßen? Und an welchen Stellen zeigte sich, dass zwischen politischen Ankündigungen und

der tatsächlichen Umsetzung ein erheblicher Unterschied bestehen kann?

Besonders entscheidend ist dabei die Frage nach dem Vertrauen. Eine Regierung kann Fehler machen, Entscheidungen korrigieren und politische Niederlagen erleben. Doch was passiert, wenn die Glaubwürdigkeit eines Regierungschefs selbst zum Gegenstand der öffentlichen Debatte wird? Welche Folgen haben widersprüchliche Aussagen, politische Affären und der Umgang mit Krisen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger?

Das Buch betrachtet dabei auch die Entwicklungen, die schließlich dazu führten, dass Kai Wegner seine Kandidatur als Spitzenkandidat der Berliner CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters zurückzog. Seine Amtszeit ist damit nicht beendet – er wird Berlin bis zur Abgeordnetenhauswahl weiter regieren. Doch politisch markiert dieser Schritt eine Zäsur und wirft die Frage auf, was von seinem Anspruch auf einen politischen Neuanfang geblieben ist.

Die Analyse stützt sich auf überprüfbare Quellen: amtliche Dokumente, parlamentarische Drucksachen, Gerichtsentscheidungen und umfangreiche eigene Recherchen. Ziel ist es, politische Entwicklungen nachvollziehbar zu machen und dort genauer hinzusehen, wo die öffentliche Debatte häufig von Schlagzeilen, Parteipolitik und persönlichen Bewertungen bestimmt wird.

Dieses Buch ist deshalb weder eine politische Abrechnung noch eine Hommage an Kai Wegner. Es soll vielmehr dazu einladen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Was war tatsächlich erfolgreich? Was lief falsch? Welche Entscheidungen waren notwendig, welche umstritten und welche möglicherweise folgeschwer? Und wie konnte aus dem Versprechen eines politischen Neuanfangs ein zunehmender Vertrauensverlust entstehen?

„Das verlorene Vertrauen“ blickt hinter die Schlagzeilen und versucht, die Amtszeit Kai Wegners in ihrer Gesamtheit zu betrachten – mit ihren Hoffnungen, ihren politischen Entscheidungen, ihren Erfolgen, ihren Fehlern und ihren Kontroversen. Denn die Geschichte einer Regierung besteht nicht nur aus großen Ankündigungen. Sie besteht aus Entscheidungen, Versprechen, Konflikten und den Konsequenzen, die daraus entstehen.

Und am Ende bleibt die entscheidende Frage: Was bleibt von der Amtszeit Kai Wegners, wenn die Berlinerinnen und Berliner ihr eigenes Urteil darüber fällen? Denn politische Macht lebt von Vertrauen. Und Vertrauen kann schneller verloren gehen, als es gewonnen wird. Text: Jannik Rubick

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt) Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

21) Wählen gehen!!!



Nr. 652-07 12. August 2026 51. Jahrgang

Wählen gehen!!!

Es gibt viele Möglichkeiten, sich als Bürger einer Demokratie einzubringen. Das wichtigste Privileg ist die Wahl. Am 20. September ist es wieder so weit. Zwar sollte es nicht egal sein, wen man wählt, zuerst aber zählt, sich überhaupt zu beteiligen. Die Wahlunterlagen werden in diesen Tagen versandt, und schon kann es losgehen, in den Bezirkswahlämtern, bei der Briefwahl zu Hause, oder klassisch direkt im Wahllokal.



Das Abgeordnetenhaus von Berlin, dort, wo die von uns Gewählten dann sitzen und im besten Falle in unserem Interesse arbeiten werden, startet eine stadtweite überparteiliche Wahlmobilisierungskampagne. Unter dem Motto „Wähl Dir Dein Berlin“ wirbt sie parteipolitisch neutral für die Teilnahme an der Wahl und vermittelt leicht verständliche Informationen zum Wahlablauf.

Die Präsidentin des Abgeordnetenhauses, **Cornelia Seibeld**, stellte die Kampagne gestern gemeinsam mit Unterstützerinnen und Unterstützern aus Zivilgesellschaft, Sport, Wirtschaft und Bildung vor. „Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen ihre Stimme nutzen. Wir werben nicht für Parteien oder Kandidatinnen und Kandidaten. Wir werben dafür, wählen zu gehen. Wer wählt, stärkt unsere parlamentarische Demokratie und entscheidet mit, wie sich unsere Stadt entwickelt“, sagt Parlamentspräsidentin Seibeld.

Berlinweit sichtbar

Seit dem 11. August wird die Kampagne im gesamten Stadtgebiet sichtbar. Rund 350 analoge und digitale Außenwerbeflächen, Werbung in Berliner S-Bahnen, rund 300 digitale Screens in Spätis, Imbissen und anderen Treffpunkten sowie Plakate auf Stromkästen, in Fahrschulen und Jugendzentren sorgen für eine hohe Reichweite. Ergänzt wird die Außenwerbung durch Social Media und die Kommunikationskanäle der Unterstützerinnen und Unterstützer.

Zu ihnen gehören unter anderem die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), die Berliner Stadtreinigung (BSR), die Charité – Universitätsmedizin Berlin, der Flughafen Berlin Brandenburg (BER), der Zoologi-

sche Garten Berlin und der Landessportbund Berlin (LSB). Sie unterstützen die Kampagne beispielsweise über eigene Kommunikationskanäle und Werbeflächen sowie durch Aktionen bei Veranstaltungen und Tagen der offenen Tür. Weitere Organisationen können sich der Kampagne während ihrer Laufzeit anschließen und den überparteilichen Wahlauf Ruf verbreiten.

„Unser Ziel ist es, die Menschen dort zu erreichen, wo sie leben, lernen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Die breite Unterstützung aus der Stadt hilft uns dabei, den Wahlauf Ruf möglichst vielen Berlin-erinnen und Berlinern nahezubringen“, so Seibeld.

Infos für Erstwählerinnen und Erstwähler

Erstmals dürfen bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Deshalb richtet sich ein besonderer Schwerpunkt der Kampagne an junge Menschen. Zielgruppengerechte Social-Media-Inhalte, Erklärvi-
deos und Platzierungen an Orten, die von jungen Menschen häufig besucht werden, informieren über die Wahl und sprechen gezielt Erstwählerinnen und Erstwähler an.

Die Kampagnenwebsite „wahl.berlin“ bündelt leicht verständliche Informationen zur Briefwahl, zum Wahltag sowie zur Erst- und Zweitstimme. Ein digi-
taler Wahlalarm ermöglicht es, den Wahltermin di-
rekt in den eigenen Kalender zu übernehmen.

Begleitende Aktivitäten in den Bezirken

Ergänzt wird die berlinweite Kommunikationskam-
pagne durch Aktivitäten in den Bezirken. Dazu gehö-
ren Straßenbefragungen, lokale Aktionen mit Unter-
stützerinnen und Unterstützern sowie Community
Runs, die in der Woche vor der Wahl stattfinden sol-
len.

Die Kiez-Challenge rückt darüber hinaus die Wahlbe-
teiligung in den Berliner Bezirken in den Mittelpunkt.
Eine Heat Map auf der Kampagnenwebsite macht
sichtbar, wo im Stadtgebiet begleitende Kampag-
nenaktivitäten stattfinden. Sie dokumentiert die Ak-
tivistäten im Kampagnenverlauf und stellt weder eine
Messung der politischen Stimmung noch eine Wahl-
prognose dar. Nach der Wahl werden erfolgreiche
Bezirke auf Grundlage der amtlichen Wahlergebnisse
durch die Präsidentin des Abgeordnetenhauses ge-
würdigt.

Weitere Informationen zur Kampagne und zur Berlin-
Wahl:
www.wahl.berlin

Quelle: Pressereferat Abgeordnetenhaus Berlin

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Wahl-O-Mat®

Berlin 2026

Der Wahl-O-Mat zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses ist ab dem 24. August gegen Mittag unter wahl-o-mat.de verfügbar.

Seit 2002 gibt es den **Wahl-O-Mat** der **Bundeszentrale für politische Bildung** (bpb). Er hat sich zu einer festen Informationsgröße im Vorfeld von Wahlen etabliert: Insgesamt

wurde er im Vorfeld von Wahlen rund 160 Millionen Mal genutzt.

Der Wahl-O-Mat ist nicht nur wichtig für die große Zahl derer, die noch nicht wissen, wen sie wählen möchten. Auch, wer auf eine bestimmte Partei festgelegt ist, kann überprüfen, ob seine Präferenz noch die richtige ist. Die Ergebnisse des Wahl-O-Mats überraschen viele Nutzer immer wieder.

Von den 3.913.644 Einwohnern Berlins (Stand 31. 12.2025) sind für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2.489.976 zugelassen. Die Bezirksverordnetenversammlungen dürfen 2.738.700 wählen, was damit zusammenhängt, dass EU-Bürger nur für ihren Bezirk, nicht aber für ganz Berlin abstimmen dürfen. Nichtwahlberechtigt für AGH-Wahl und BVV-Wahlen sind 1.174.944 Menschen, davon 976.000 ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Und dann natürlich die Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren.

Am 20. September dürfen diesmal auch alle 16- und 17-jährigen mitwählen. Angesichts der knappen Abstände zwischen den Parteien, könnten deren Stimmen wahlentscheidend sein. Zwar liegen exakte Zahlen für 16- und 17-Jährige in Berlin nicht vor, aber schätzungsweise geht man von rund 55.000 bis 70.000 aus. Es gab schon Parteien, denen 9.500 Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde fehlten. Hoffentlich verschwenden die Jugendlichen ihre Stimme nicht an irgendwelche Spaßparteien.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg

Die Redaktion des Wahl-O-Mat besteht aus 20 bis 25 Jung- und Erstwähler zwischen 16 und 26 Jahren, mehreren Politikwissenschaftlern, Statistikern und Pädagogen, die mit den Wirkungen und Funktionsweisen des Wahl-O-Mat vertraut sind, mehreren Wissenschaftlern und anderen Experten sowie den Verantwortlichen aus den institutionellen Trägern des Wahl-O-Mat: der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und in der Regel den jeweiligen Landeszentralen für politische Bildung.

Etwa drei Monate vor der Wahl trifft sich das Team zu einem dreitägigen Workshop. Während dieses

Workshops erarbeiten die Redakteure der Jung- und Erstwählerinnen und -wähler etwa 80 bis 100 Thesen. Die Experten und Verantwortlichen stehen ihnen beratend zur Seite. Basis des Workshops sind Partei- und Wahlprogramme der Parteien sowie deren programmatische Aussagen. Die Redakteure suchen aus diesen Unterlagen die wichtigen und zwischen den Parteien umstrittenen Punkte heraus und formulieren die Thesen. Am Ende des ersten Workshops steht eine Liste von 80 bis 100 Thesen.

Nach dem ersten Workshop werden diese 80 bis 100 erarbeiteten Thesen über ein abgesichertes Online-Eingabesystem den Parteien zur Verfügung gestellt. Die Parteien haben nun zwei bis drei Wochen Zeit, alle Thesen zu beantworten. Außerdem können die Parteien zu jeder These eine Begründung abgeben, mit der sie ihre jeweilige Positionierung ausführen und ihren genauen Standpunkt zum Themengebiet konkretisieren können.

Um Fehleingaben zu vermeiden, Verständnisprobleme der Parteien zu erkennen und die Qualität der Parteiantworten zu sichern, werden die Antworten und Begründungen der Parteien von einem Team aus Politikwissenschaftlern gesichtet. Gibt es erkennbare Differenzen zwischen der Positionierung einer Partei und ihrer zugehörigen Begründung, scheint eine Partei die These missverstanden zu haben oder tauchen andere Probleme mit den Antworten und Begründungen auf, dann erhält die Partei die Möglichkeit, ihre Antwort oder Begründung zu überarbeiten. Die Parteien haben immer die letzte Entscheidung über ihre Positionierung. Ihre Antworten werden im Wahl-O-Mat nicht interpretiert, sondern direkt wiedergegeben.

Im zweiten Workshop - etwa eine Woche vor Veröffentlichung des Wahl-O-Mat - werden aus den 80 bis 100 Thesen die 38 Thesen des Wahl-O-Mat ausgewählt. Innerhalb des eintägigen Workshops werden die Thesen ausgewählt, die die wichtigsten Themen der Wahl aufgreifen, von den Parteien kontrovers beantwortet werden, die Unterscheidbarkeit der einzelnen Parteien gewährleisten und ein breites thematisches Spektrum abdecken.

Nach dem zweiten Workshop startet die finale Programmierung des Wahl-O-Mat, er wird zahlreichen Tests unterzogen und auf die Server ausgespielt. Etwa zwei bis vier Wochen vor der Wahl wird der Wahl-O-Mat online gestellt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

22) Bleihaltig. Von Ed Koch



Nr. 652-07

12. August 2026

51. Jahrgang

Wahl-O-Mat®

Berlin 2026

Der Wahl-O-Mat zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses ist ab dem 24. August gegen Mittag unter wahl-o-mat.de verfügbar.

Seit 2002 gibt es den **Wahl-O-Mat** der **Bundeszentrale für politische Bildung** (bpb). Er hat sich zu einer festen Informationsgröße im Vorfeld von Wahlen etabliert: Insgesamt wurde er im Vorfeld von Wahlen rund 160 Millionen Mal genutzt.

Der Wahl-O-Mat ist nicht nur wichtig für die große Zahl derer, die noch nicht wissen, wen sie wählen möchten. Auch, wer auf eine bestimmte Partei festgelegt ist, kann überprüfen, ob seine Präferenz noch die richtige ist. Die Ergebnisse des Wahl-O-Mats überraschen viele Nutzer immer wieder.

Von den 3.913.644 Einwohnern Berlins (Stand 31. 12.2025) sind für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2.489.976 zugelassen. Die Bezirksverordnetenversammlungen dürfen 2.738.700 wählen, was damit zusammenhängt, dass EU-Bürger nur für ihren Bezirk, nicht aber für ganz Berlin abstimmen dürfen. Nichtwahlberechtigt für AGH-Wahl und BVV-Wahlen sind 1.174.944 Menschen, davon 976.000 ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Und dann natürlich die Kinder und Jugendlichen unter 16 Jahren.

Am 20. September dürfen diesmal auch alle 16- und 17-jährigen mitwählen. Angesichts der knappen Abstände zwischen den Parteien, könnten deren Stimmen wahlentscheidend sein. Zwar liegen exakte Zahlen für 16- und 17-Jährige in Berlin nicht vor, aber schätzungsweise geht man von rund 55.000 bis 70.000 aus. Es gab schon Parteien, denen 9.500 Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde fehlten. Hoffentlich verschwinden die Jugendlichen ihre Stimme nicht an irgendwelche Spaßparteien.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg

Die Redaktion des Wahl-O-Mat besteht aus 20 bis 25 Jung- und Erstwähler zwischen 16 und 26 Jahren, mehreren Politikwissenschaftlern, Statistikern und Pädagogen, die mit den Wirkungen und Funktionsweisen des Wahl-O-Mat vertraut sind, mehreren Wissenschaftlern und anderen Experten sowie den Verantwortlichen aus den institutionellen Trägern des Wahl-O-Mat: der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und in der Regel den jeweiligen Landeszentralen für politische Bildung.

Etwa drei Monate vor der Wahl trifft sich das Team zu einem dreitägigen Workshop. Während dieses

Workshops erarbeiten die Redakteure der Jung- und Erstwählerinnen und -wähler etwa 80 bis 100 Thesen. Die Experten und Verantwortlichen stehen ihnen beratend zur Seite. Basis des Workshops sind Partei- und Wahlprogramme der Parteien sowie deren programmatische Aussagen. Die Redakteure suchen aus diesen Unterlagen die wichtigen und zwischen den Parteien umstrittenen Punkte heraus und formulieren die Thesen. Am Ende des ersten Workshops steht eine Liste von 80 bis 100 Thesen.

Nach dem ersten Workshop werden diese 80 bis 100 erarbeiteten Thesen über ein abgesichertes Online-Eingabesystem den Parteien zur Verfügung gestellt. Die Parteien haben nun zwei bis drei Wochen Zeit, alle Thesen zu beantworten. Außerdem können die Parteien zu jeder These eine Begründung abgeben, mit der sie ihre jeweilige Positionierung ausführen und ihren genauen Standpunkt zum Themengebiet konkretisieren können.

Um Fehleingaben zu vermeiden, Verständnisprobleme der Parteien zu erkennen und die Qualität der Parteiantworten zu sichern, werden die Antworten und Begründungen der Parteien von einem Team aus Politikwissenschaftlern gesichtet. Gibt es erkennbare Differenzen zwischen der Positionierung einer Partei und ihrer zugehörigen Begründung, scheint eine Partei die These missverstanden zu haben oder tauchen andere Probleme mit den Antworten und Begründungen auf, dann erhält die Partei die Möglichkeit, ihre Antwort oder Begründung zu überarbeiten. Die Parteien haben immer die letzte Entscheidung über ihre Positionierung. Ihre Antworten werden im Wahl-O-Mat nicht interpretiert, sondern direkt wiedergegeben.

Im zweiten Workshop - etwa eine Woche vor Veröffentlichung des Wahl-O-Mat - werden aus den 80 bis 100 Thesen die 38 Thesen des Wahl-O-Mat ausgewählt. Innerhalb des eintägigen Workshops werden die Thesen ausgewählt, die die wichtigsten Themen der Wahl aufgreifen, von den Parteien kontrovers beantwortet werden, die Unterscheidbarkeit der einzelnen Parteien gewährleisten und ein breites thematisches Spektrum abdecken.

Nach dem zweiten Workshop startet die finale Programmierung des Wahl-O-Mat, er wird zahlreichen Tests unterzogen und auf die Server ausgespielt. Etwa zwei bis vier Wochen vor der Wahl wird der Wahl-O-Mat online gestellt.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

2

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

23) Russen enteignen. Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 652-05

10. August 2026

51. Jahrgang

Russen enteignen



In den letzten Tagen und Wochen haben verschiedene Medien darüber berichtet, dass das „Russische Haus“ in der Friedrichstraße, trotz Sanktionen, jährlich 70.000 Euro für die Grundsteuer des Grundstück von der Bundesregierung bekommt. Die

Übernahme der Grundsteuer erfolgt aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung aus dem deutsch-russischen Kulturabkommen und stellt keine Projektförderung für die Kulturarbeit des Hauses dar. Das „Russische Haus“ gehört der Russischen Regierung.

Erfreulich für **Wladimir Putin**, wie gründlich wir Deutschen unsere Verträge einhalten, während er täglich alle Regeln des Völkerrechts bricht und Menschen in der Ukraine durch seine Terrorangriffe ermordet. In jedem Vertrag gibt es eine außerordentliche Kündigungsklausel, in diesem nicht? Was will Putin machen, wenn wir einfach die Zahlungen einstellen? Noch mehr Drohnen schicken, noch intensiver versuchen, unsere kritische Infrastruktur anzugreifen? Putin führt längst Krieg gegen uns mit den verdeckten technischen Mitteln, die heute zur Verfügung stehen.

Steffen Krach fordert, das Haus zu enteignen und die Linke auf, dabei zu sein. Auf Instagram schreibt der SPD-Spitzenkandidat: *Im Ernst: So kann es mit dem russischen Haus nicht weitergehen. Diese Einrichtung wird vor allem für Propaganda genutzt, ohne jeden Mehrwert für den freien kulturellen und wissenschaftlichen Austausch und sollte boykottiert werden. Aktuelle Recherchen von WDR und SZ deuten nun auch daraufhin, dass es der Spionage dient.*

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, regelmäßig geeignete Maßnahmen in Bezug auf das Russische Haus zu prüfen. Sollte der Austausch von Kultur und Wissenschaft weiterhin kolossal auf der Strecke bleiben, ist auch eine Schließung der Einrichtung zu prüfen, bis sich das Verhältnis zu Russland nach einem Frieden in der Ukraine wieder entspannt hat.

Entspannung ist jedoch nicht in Sicht. **Donald Trump**, der sich in einen abenteuerlichen Krieg gegen den Iran vom israelischen Ministerpräsidenten **Benjamin Netanjahu** hat verwickeln lassen, unternimmt derzeit nichts Wirksames, um die Ukraine in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen. Und Europa hilft auch nicht in dem Maße, in dem es erforderlich

wäre. Es geht vor allem um Abwehrwaffen. Die Ukraine steht schutzlos da und die Nachbarn schauen zu, wie die Hauptstadt Kiew Nacht für Nacht in eine Trümmerwüste verwandelt wird und Putin selbst vor dem Weltkulturerbe in Odessa nicht halt macht und auch die Lebensader, den Hafen, angreift.

In meinem Freundes- und Bekanntenkreis befinden sich viele kluge Leute, die sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen. Ihr Alternativvorschlag heißt Diplomatie. Bei aller Wertschätzung und Respekt für Euch, liebe Leute! Auf alle diplomatischen Versuche, war bislang Putins Antwort, noch mehr Raketen zu schicken. Ja, es muss weiterhin intensiv versucht werden, auch wenn einem übel dabei wird, mit einem Kindermörder in Kontakt treten zu sollen, Gesprächskanäle zu suchen, um diesen unsäglichen Krieg zu beenden.

Putin verfügt offenbar, wie das Regime im Iran, über ein unbegrenztes Potenzial an Raketen und Drohnen. Werden in Russland und im Iran noch andere Güter „des täglichen Bedarfs“ produziert? Den Machthaber sind ihre eigenen Länder und Menschen offenbar vollkommen egal. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung kann der Krieg nur zu einem Ende kommen, wenn Putin einsieht, ihn nicht gewinnen zu können. Auch wenn beide Kriege nicht vergleichbar sind, so trifft das auch auf den Iran zu. Erst wenn Trump und Netanjahu erkennen, dass sie den Krieg gegen den Iran nicht gewinnen können, wird es Ruhe geben.

Zum Schluss noch einmal zurück nach Berlin.

Der **Tagesspiegel** hat von seinem Lieblings-Meinungsforschungs-Institut **Civey** fragen lassen, wen die Berliner als Regierenden Bürgermeister haben möchten, wenn sie ihn direkt wählen könnten. In Klammern hinter den Werten die der jeweiligen Parteien. (Quelle: Infratest dimap 16.07.2026)

Stefan Evers 20 Prozent (CDU: 20 Prozent)
Kirstin Brinker 15 Prozent (AfD: 16 Prozent)
Steffen Krach 14 Prozent (SPD 12 Prozent)
Elif Eralp 11 Prozent (Linke 22 Prozent)
Werner Graf 9 Prozent (Grüne 17 Prozent)

Die meiste Zustimmung, 24 Prozent, erhielt der Kandidat mit dem Namen „Keiner von Denen“. Und sieben Prozent wissen nicht, worum es geht. Am 17. September geht es ab 19:30 Uhr im Deutschen Theater um die Wahl drei Tage später. Außer **Kristin Brinker** (AfD) sitzen alle Spitzenkandidaten auf dem Podium. Am 19. September feiern die **Stachelschweine** in den Wahlsonntag hinein mit ihrem neuen Programm „Die letzten Tage von Deutschland.“ Wie sagt der Österreicher? „Passt!“

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
 paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber; Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
 paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

24) KW 32 (03.08. bis 09.08.2026) Teil 2. Von Ed Koch



50
paperpress
seit 1976

Nr. 652-04
9. August 2026
51. Jahrgang

KW 32 Teil 2

Als **Kai Wegner** am 10. Juli von der Spitzenkandidatur zurücktrat und damit auf eine mögliche Fortsetzung seiner Tätigkeit als Regierender Bürgermeister verzichtet, hatte man den Eindruck, er zöge sich gleich ganz zurück. Es gab viele Terminübernahmen anderer Senatsmitglieder. Aber, Wegner will offenbar seinen Job mit Anstand zu Ende bringen. Nach der Wahl am 20. September kann es eine Weile dauern, ehe ein neuer Koalitionsvertrag unterschrieben wird. Vermutlich würde Wegners Nachfolger darauf drängen, selbst die Neujahrsansprache im Fernsehen zu halten.

Wegner ist wieder überall zu sehen und kümmert sich weiterhin um sein Lieblingsprojekt, die Verwaltungsreform, dessen mögliche Früchte dann andere ernten werden. In dieser Woche hat **Kai Wegner** im Rathaus Schöneberg das Pilotprojekt „Reorganisation Bürgerämter 2030“ vorgestellt, mit dem die erste praktische Phase eines berlinweiten Modernisierungsvorhabens startet. Im Rahmen des Pilotprojekts entsteht ein Großraumbüro mit verschiedenen Organisationsformen (Kundenservice im Front-Office, Backoffice und Ausbildung), es werden Formen modernen Arbeitens erprobt und ein Gestaltungs- und Organisationsrahmen entwickelt. Die gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Modernisierung weiterer Standorte. Die Kosten betragen rund 400.000 Euro, wovon dreiviertel der Senat beisteuert.

Das Pilotprojekt war sogar der Hamburger Wochenzeitung **DIE ZEIT** eine Erwähnung wert. Demnach sollen die 45 Berliner Bürgerämter moderner und freundlicher werden. Der Umbau wird schrittweise erfolgen.



Janet Schütz erklärt das Konzept. Foto: BA Tempelhof-Schöneberg

„Bei den Bürgerämtern haben wir viel erreicht“, sagte **Kai Wegner** am Donnerstag stolz. „Mit neuen Standorten, mehr Stellen und über 460 digitalen Dienstleistungen ist der Service für die Berlinerinnen und Berliner deutlich verbessert worden. Die Bürgerämter funktionieren wieder, Termine im Bürgeramt gibt es meist für denselben oder den nächsten Tag. Diesen Erfolg wollen wir gemeinsam weiter ausbauen: Mit dem Pilotprojekt ‚Reorganisation Bürgerämter 2030‘ starten wir einen berlinweiten Modernisierungsprozess. Unser Ziel ist es, die Berliner Bürgerämter moderner, leistungsfähiger und attraktiver zu machen.“

Und **Matthias Steuckardt**, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Soziales und Senioren in Tempelhof-Schöneberg ergänzt: „Dass man in Berlin wieder zeitnah einen Bürgeramtstermin bekommt, ist eine große gemeinsame Leistung von Senatskanzlei und Bezirken. Mit dem Pilotprojekt hier in Schöneberg gehen wir konsequent den nächsten Schritt: moderne, zukunftsfähige Bürgerämter für die Kolleginnen und Kollegen und die Menschen vor Ort.“ Lassen wir an dieser Stelle einmal unerwähnt, was in der Berliner Verwaltung nicht rund läuft, und stimmen in die Zuversicht ein, dass alles nicht nur besser werden kann, sondern auch wird.

Zuständigkeitsdatenbank des Landes Berlin:
<https://www.berlin.de/moderne-verwaltung/verwaltungsmodernisierung/verwaltungsreform/datenbank/>

Was noch?

Heute schon gestritten? Lieber nicht, muss auch nicht sein. Nach Auffassung des Bundes deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen ist der Sommer eine Zeit, in der man nicht streiten sollte.



Vorstellung des Pilotprojektes unter großem Medieninteresse, v.l. Kai Wegner, Janet Schütz, Leiterin des Amtes für Bürgerdienste, und Bürgerdienste-Stadtrat Matthias Steuckardt. Foto: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
 paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
 Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
 Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
 paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Keilermann stilbrand®
 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
 Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Nr. 652-04

9. August 2026

51. Jahrgang

„Der Sommer zeigt sich auch in diesem Jahr von seiner abwechslungsreichen Seite. An den sonnigen Tagen zieht es die Berlinerinnen und Berliner nach draußen: Grillpartys auf dem Balkon, Treffen im Garten und unbeschwerte Stunden in der Sonne stehen hoch im Kurs.“, teilt uns der Vorsitzende des Bundes, **Malte Priesmeyer**, in einer Presseerklärung mit.

„Doch das enge Zusammenleben birgt auch Konfliktpotenzial. Während die einen feiern, ärgern sich die anderen über den Rauch von Nachbars Grill, die rasant gewachsene Hecke oder die Lautstärke der Balkonparty, zu der man selbst nicht eingeladen war. Anlässe für Unstimmigkeiten gibt es in der Urlaubs- und Gartenzeit viele. Wer dann sofort den Weg über Anwälte und Gerichte sucht, muss tief in die Tasche greifen und viel Geduld mitbringen. Ein Zivilrechtsstreit vor den Berliner Amtsgerichten zieht sich oft über sechs bis acht Monate hin – die Zeit für die anwaltliche Vorbereitung und eine teure Vollstreckung noch gar nicht mitgerechnet.“

Es geht jedoch schneller, günstiger und Nerven schonender: Konflikte lassen sich einvernehmlich beilegen. Wenn das Gespräch unter Nachbarn nicht mehr weiterhilft, stehen die rund 40 Schiedspersonen in allen Berliner Bezirken bereit. Als unparteiische, ehrenamtliche Schlichter vermitteln sie in zivil- und strafrechtlichen Streitigkeiten zwischen Privatpersonen.

Das amtliche Schlichtungsverfahren bietet eine vertrauliche und kostengünstige außergerichtliche Alternative, die meist in wenigen Wochen zu einer Lösung führt. Das Beste daran: Ein im Schlichtungsverfahren erzielter Vergleich ist ein echter Rechtstitel. Er ist, genau wie ein Gerichtsurteil, 30 Jahre lang vollstreckbar.

Weitere Informationen und die passenden Ansprechpartner finden Sie unter schiedsamt.de/berlin

Also: Verschwenden Sie nicht Ihre Zeit mit unnötigem Streit. Und zu Gartenpartys sollte man immer die Nachbarn einladen.

Noch was? Ja.

Ja, **die Zivis kommen wieder**. Bei einer möglichen Wiedereinführung des Wehrdienstes, müsste auch die Alternative Zivildienst wieder zum Leben erweckt werden. Und wie das so ist, in diesem unserem Lande, kaum ist ein Thema in der Öffentlichkeit, hat jeder eine Meinung dazu. Wir empfehlen den Beitrag der **tagesschau**:

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/zivildienst-gestaltung-100.html>

Der Präsident des Arbeiter Samariter Bundes Berlin, mit 75.000 Mitgliedern eine der größten Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, **Michael Müller**, sagte gegenüber **paperpress**: „Ich bin ja, wie der Bundespräsident, ein Befürworter eines sozialen Pflichtjahres für alle. Männer und Frauen sollen sich ein Jahr lang für die Gesellschaft engagieren. Das kann bei der Bundeswehr sein, oder bei Umwelt- und Sozialorganisationen. Natürlich muss es auch entsprechend vergütet werden ohne Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung.“

Während meiner Zeit als Leiter einer Jugendfreizeiteinrichtung war ich sehr dankbar für die Möglichkeit, einen Zivi engagieren zu können. Gerade in Einrichtungen mit wenig Personal können Zivis bei vielen organisatorischen Arbeiten helfen. Meine Erfahrungen mit den jungen Wehrdienstverweigerern sind überwiegend gut. Es gab auch einen, der sich am nächsten Tag krankmeldete, nachdem er zehn Bretter an die Wand gebohrt hatte.

Der überwiegende Teil entwickelte aber sehr schnell ein Interesse an dem, was in dem Haus geschah. Da gab es eine Zeitung, wurden Ausstellungen konzipiert, internationale Jugendbegegnungen veranstaltet und Projekte, die sich mit der Nazi-Diktatur beschäftigten. Immerhin blieben sechs Zivis über den Zeitraum ihres Dienstes hinaus, dem Haus erhalten, leiteten Jugendreisen, arbeiteten in der Redaktion mit, und übernahmen in zwei Fällen sogar Funktionen in den Vorständen der im Haus ansässigen Vereine. Aus meiner Sicht also: **Welcome back, Zivis!**

Noch ein Hinweis.

Am **Samstag, dem 5. September 2026**, findet ab 18:00 Uhr ein Benefizkonzert in Kooperation mit dem **ZigZag-Jazz-Club** am Fasanenplatz in Wilmersdorf statt. Die Musiker treten ehrenamtlich auf und freuen sich über freiwilligen Beitrag, der im umhergereichten Hut abgelegt werden kann.

Von 19:00 bis 22:00 Uhr veranstaltet der **Verein Freunde des Fasanenplatzes e.V.** ein **White Dinner** mit einem exquisiten Drei-Gänge-Menü zum Freundschaftspreis von 35 Euro, ausgenommen Getränke. Informationen und Anmeldungen an KarinKampmann@gmx.de

Darüber hinaus freut sich der Verein über eine Spende in Höhe von 65 Euro für die Aufwertung, Verschönerung und Pflege des Fasanenplatzes.

www.freunde-des-fasanenplatzes.de

Kommen Sie gut durch die 33. KW.

Ed Koch

25) KW 32 (03.08. bis 09.08.2026) Teil 1. An Banalitäten nicht zu überbieten.
Von Ed Koch

paperpress comment

Nr. 652-03
8. August 2026
51. Jahrgang

KW 32 Teil 1

An Banalität nicht zu überbieten

Nun hängen sie wieder. Die Wahlplakate. An Regeln, die für andere gelten, halten sich die Parteien nicht unbedingt, was den Start der Plakatierung betrifft und die vorgeschriebene Mindesthöhe. Übereinander an die Laternenmasten gehängt, grinsen uns die Kandidaten an. Ganz oben immer die AfD, weil ihre Plakate oft zerstört werden.

Über die Wirksamkeit der Plakatierung gehen die Meinungen auseinander. Aufgrund eines Plakates hat wohl eher selten ein Wähler seine Entscheidung getroffen. Den Zweck, die Bürger daran zu erinnern, dass Wahlen stattfinden, mag man nachvollziehen können. Dazu würden aber auch amtliche Hinweise in den Straßen ausreichen. Außerdem: Wer in diesen Tagen, auch wenn kein einziges Plakat hinge, nicht mitbekommt, dass am 20. September gewählt wird, muss keinen Fernsehapparat und kein Radio haben und nichts vom Zeitungslesen halten, online oder real.

Wahlen sollten kein Blinddate sein, es ist schon hilfreich, zu sehen, wie die Kandidaten ausschauen, wobei man natürlich nie nach dem Äußeren gehen sollte. Oft gibt es zwischen dem Foto auf dem Plakat und dem tatsächlichen Konterfei ziemliche Unterschiede. Vielleicht wollen einige nicht beim Bäcker erkannt werden.

Wozu aber um Gottes Willen diese Sprüche, die an Banalität nicht zu überbieten sind? Der **Checkpoint des Tagesspiegel** hat ein kleines Quiz veranstaltet und gefragt, welcher Spruch zu welcher Partei passt. Wir liefern die Antwort gleich mit:

- Freiheit verteidigen – Islamismus stoppen: **FDP**
- Für dich da: **Schönhauser Apotheke**
- Mieten deckeln, gegen Abzocke: **SPD**
- Freiheit ist die schönste Stadt der Welt: **Volt**
- Wir sind so bunt wie dein Kiez: **Rewe**

Die Schönhauser Apotheke und Rewe sind meine Favoriten. *Freiheit ist die schönste Stadt der Welt* gefällt mir auch recht gut.

Bei aller Wertschätzung für **Stefan Evers**, aber was soll der Spruch aus der Mottenkiste „*Ich bin konservativ. Und das ist auch gut so*“. Dieser Satz gehört zu **Klaus Wowereit**. Er sollte sich ihn schützen lassen und Tantiemen für Fremdnutzung nehmen. Ein anderer Evers-Spruch ist auch nicht viel schlauer.



Etwas unscharf aus dem Auto heraus fotografiert, aber lesbar. „*Einer muss vernünftig sein.*“ Wären doch alle so vernünftig und verzichteten auf diese Sprüche.
Foto: Andreas Schwager



Und was soll das? **Eberhard Diepgen** hat mit seinem Plakat „*Diepgen rennt*“, wegen der Ähnlichkeit zum Film „*Lola rennt*“, Ärger bekommen. Jetzt ein Plakat von **Steffen Krach**, das den beiden Vorgängermodellen sehr ähnelt. Gibt's auch neue Ideen?



Auf dem Plakat übt **Steffen Krach** den Amtseid, den er sprechen müsste, wenn er Regierender Bürgermeister werden sollte. Die Eidesformel steht auf dem Plakat.
Quelle: SPD

Mein Übersetzungsprogramm teilt mir mit, dass „*fuck*“ Scheiße bedeutet. Was aber bedeutet „*unfuck*“? Antwort: *In Ordnung bringen.* „*Unf*ck Berlin*“ ist auf den Plakaten von **Volt** zu lesen. „*Volt zeigt, was sich in der Stadt ändern muss – und liefert den Plan gleich mit.*“, wird versprochen.

Bewegen wir uns also bis zum 20. September durch den Dschungel der Wahlversprechen. Die Kandidierenden kann man gelegentlich auch live erleben. Zahlreiche Podiumsdiskussionen laden zum persönlichen Kennenlernen ein. Oft lässt sich der Bürgermeisterkandidat der Grünen, **Werner Graf**, durch **Bettina Jarasch** vertreten. Und ab und zu darf auch **Christoph Mayer** von der FDP Platz auf dem Podium nehmen. Warum macht keine eine Veranstaltung mit den ernst zu nehmenden Kleinparteien?

Einer Partei wird meistens die Rote Karte gezeigt, der AfD. Das ist Sache jedes Veranstalters, wen er einlädt. Ich halte es nicht für schlau, die AfD draußen zu lassen. Nur in einer Diskussion kann klar werden, welchen Irrweg diese Partei für uns vorgesehen hat. Lediglich die **Berliner Morgenpost** veranstaltet am 24. August ein Wahlforum, an dem auch die AfD-Spitzenkandidatin **Kristin Brinker** und tatsächlich **Werner Graf** teilnehmen werden, und natürlich die Spitzenkandidaten der Linken, CDU und SPD.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
 paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
 Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
 Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
 paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
 Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galiziendeutschen - Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite B 52

01) Neue Ausstellung widmet sich Berliner Straßennamen

ab 21.05.2026 bis 27.09.2026

Sonntag bis Freitag 10–18 Uhr

Mitte-Museum Berlin-Gesundbrunnen

Pankstraße 47, 13357 Berlin

Telefon: 030 460601910

Von Deutsche Presse-Agentur

Dieser Beitrag stammt aus dem Nachrichtenangebot der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Was sagen Berlins Straßennamen über Geschichte und Gegenwart aus? Eine neue Ausstellung im Mitte Museum beleuchtet die Debatten darüber und den Streit um Umbenennungen.

Berlin - Der Geschichte von Straßennamen in Berlin widmet sich eine neue Ausstellung in der Hauptstadt. Das Mitte Museum geht der Frage nach, was Straßennamen über die Zeit ihrer Vergabe verraten – und was aktuelle Debatten über Umbenennungen über die Gegenwart aussagen. "Straßenumbenennungen sind nie nur Verwaltungsakte", sagte die Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Mitte, Stefanie Remlinger. "Sie berühren wichtige Fragen der Erinnerungskultur, greifen aber auch spürbar mit Adressänderungen in den Alltag von Menschen ein."

Die neue Sonderausstellung, die bis zum 27. September zu sehen ist, zeige, warum solche Prozesse notwendig sein könnten und warum über neue Namen oft besonders leidenschaftlich diskutiert werde.

Umbenennungen sind oft umstritten

Allein in ihrem Bezirk habe es in den vergangenen zehn Jahren 33 Umbenennungen gegeben, sagte Remlinger. "Koloniale Belastungen und nationalsozialistische Bezüge wurden aus dem Straßenbild entfernt, der Anteil von Frauennamen ist gewachsen."

So wurde im vergangenen August nach jahrelangem Streit die Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße umbenannt. Der alte Name war als rassistisch in die Kritik geraten. Der neue geht auf den aus Westafrika stammenden Gelehrten Anton Wilhelm Amo zurück, der im 18. Jahrhundert hierzulande wirkte. Er gilt als erster bekannter schwarzer Philosoph und Jurist an deutschen Universitäten.

Die Ausstellung ist Teil des zweijährigen Berliner Gemeinschaftsprojekts "umbenennen?! Berlins Straßennamen in Geschichte und Gegenwart" von zwölf Berliner Bezirks- und Regionalmuseen.

Aktualisiert am 29.05.2026, 16:29 Uhr

<https://web.de/magazine/regio/berlin/ausstellung-widmet-berliner-strassennamen-42326944>

01) Gudrun Ehlert, Schlesien, hat uns verlassen

Sie war die gute Seele unserer Geschäftsstelle.

Aber nur durch Zufall haben wir von Ihrem Ableben erfahren.

Wir hoffen, dass wir in der nächsten Ausgabe des AGOMWBW-Rundbriefes einen ehrenden Nachruf veröffentlichen können.

Die Redaktion

